

Saar-freund

Schwört und spricht:
Recht bleibt Recht.

Wahr bleibt wahr:
Deutsch die Saar!



Organ für den deutschen Saarfreiheitskampf



Mitteilungsblatt des Bundes der Saarvereine

Nummer 12 * 15. Jahrgang

Berlin, den 15. Juni 1934

Die Abstimmung festgelegt

H. W. L.
JUL 7 1934



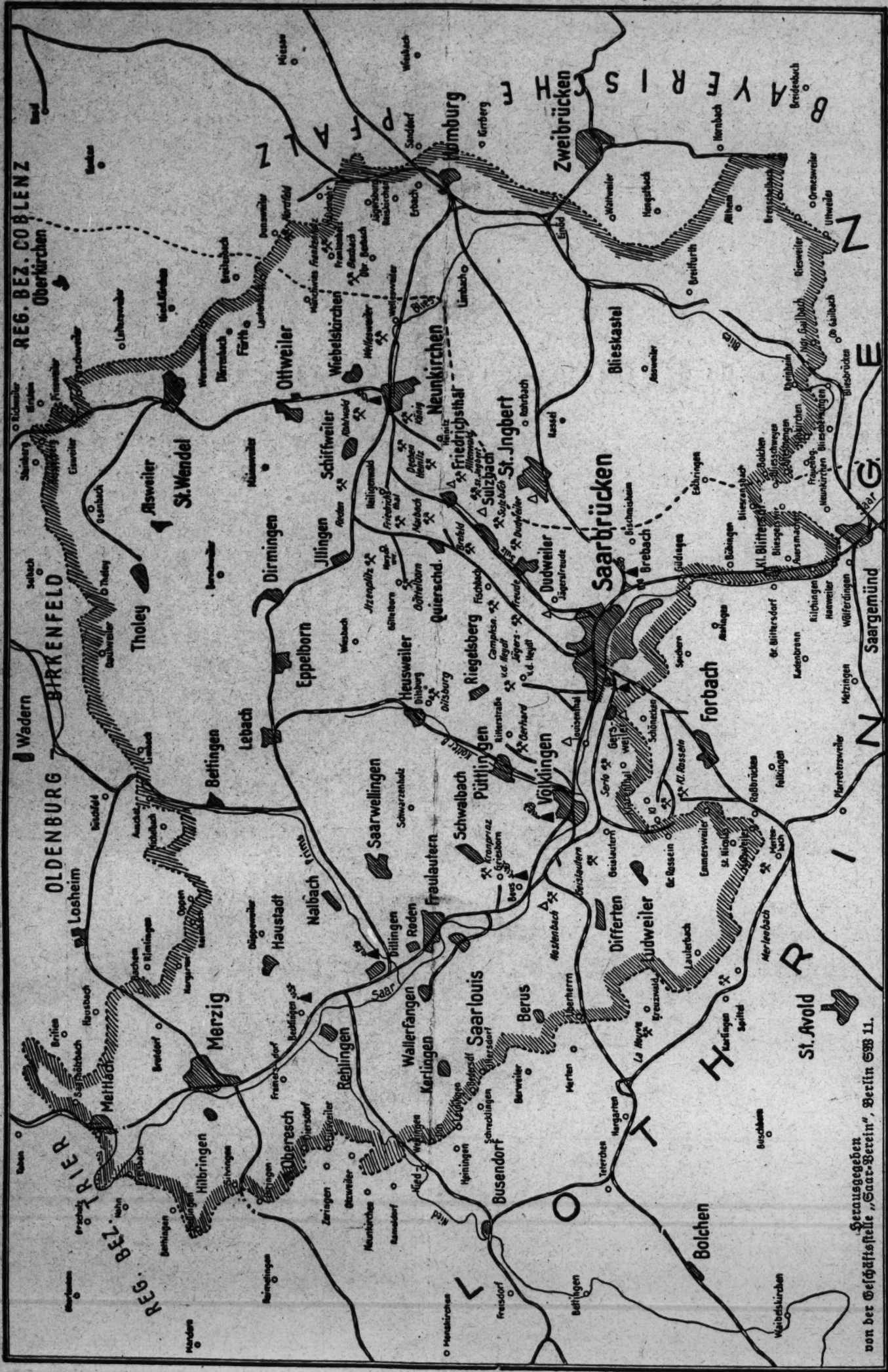
phot. Max Wentz, Saarbrücken

Alt-Saarbrücken: Die Schloßkirche im Blütenschmuck

„Frankreich hat nicht aufgehört, die Einverleibung des Saarlandes oder einiger Teile desselben zu betreiben, und es hat seinen ganzen Einfluß daran gesetzt, günstige Vorbedingungen für die Abstimmung der Saarländer zu schaffen.“

Hermann Stegemann
in seinem soeben erschienenen neuen Werk „Weltwende“

Karte des Saargebiets Maßstab ca. 1:300 000



Veranlagung von der Verlagsanstalt „Saar-Berlin“, Berlin SW 11.

Saar-freund

Schwört und spricht:
Recht bleibt Recht.

Wahr bleibt wahr:
Deutsch die Saar!

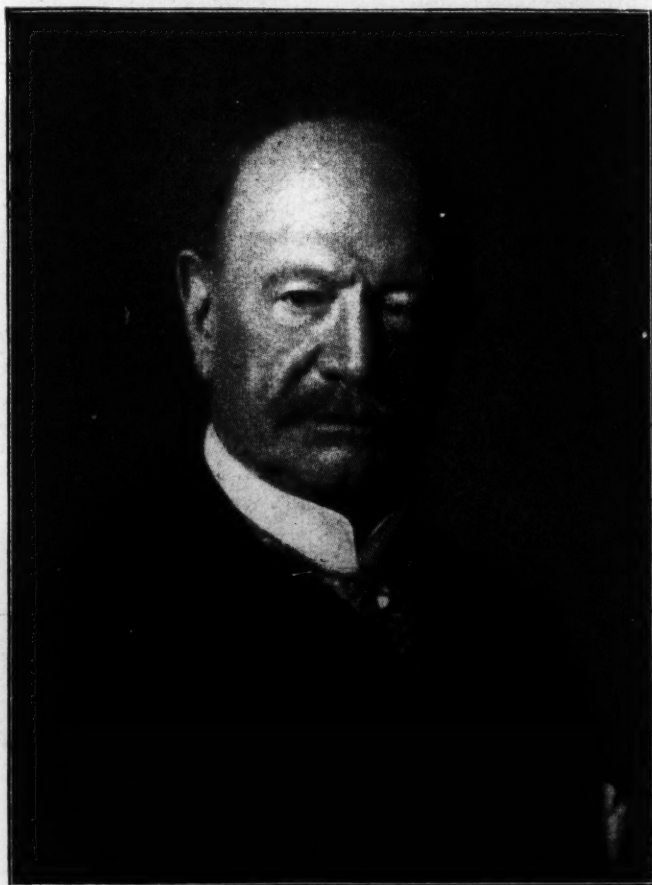


Deutsch die Saar immerdar !

Organ für den deutschen Saarfreiheitskampf



Mitteilungsblatt des Bundes der Saarvereine



Wiegand

Geheimer Bergrat Dr. ing. Ewald Hilger

75 Jahre

In Dankbarkeit gewidmet von Theodor Vogel

Am 13. Juni d. J. vollendet der Geheime Bergrat Dr. ing. Ewald Hilger sein 75. Lebensjahr. Ein langer Lebensweg, der nicht vielen Menschen beschieden ist, ein Weg aber im Leben Ewald Hilgers, der bedeutungsvoll war in seinen Aufgaben, die das Schicksal ihm gestellt, segensreich in seinen Lösungen, die die Frucht ernster Arbeit einer starken, charaktervollen Persönlichkeit war.

Wenn wir hier in unserem „Saar-Freund“ aus Anlaß des 75. Geburtstages Ewald Hilgers das Schaffen und Wirken dieses aufrechten deutschen Mannes zu würdigen versuchen, so geschieht dies aus zweiseitiger Verpflichtung heraus. Ist doch der Name Ewald Hilgers mit dem deutschen Saargebiet aufs engste verbunden. Hier im Saargebiet als Leiter der fiskalischen Gruben und Vorsitzender der Bergwerksdirektion, hat er es in wirtschaftlich schwierigen Zeiten verstanden, die Grundlage der Saarländischen Wirtschaft, den Kohlenbergbau des deutschen Landes an der Saar, im wirtschaftlichen Erwerbsprozeß zu kräftigen und damit auch der zahlreichen Bergarbeiterschaft in der Saarheimat die Existenz zu gewährleisten.

Hier im Saargebiet hat Ewald Hilger im tiefsten Grunde aus wahrhafter Menschenliebe weitblickend praktische soziale Fürsorge vorbildlich getätigt, die zum Segen wurde für einen Arbeiterstamm, der neben seiner schweren Berufspflicht im tiefen Schacht der Erde doch auch die Möglichkeit fand, auf eigener Scholle mit der Natur und der Heimat eng verbunden zu sein. Nicht vergebens sollte bleiben, daß Ewald Hilger in der Belegschaft der ihm zu treuen Händen anvertrauten Saargruben besonderen Wert legte auf die Pflege treuer Kameradschaft und wahrhafter Vaterlandsliebe. Wenn heute in politisch gefährlichen Zeiten, wo es gilt, den Kampf zu führen um die Deutscherhaltung des deutschen Saargebietes, besonders unsere braven Saarbergknappen in eiserner Entschlossenheit die zuverlässigsten Stützen in diesem Kampfe sind, dann ist es mit Ewald Hilgers Werk, der in seinen Bergknappen den Stolz zu erwecken verstand, königlich preussische Bergleute zu sein. Und als die Zeit kam, in der Frankreich in Versailles seine gierige Hand nach dem deutschen Saargebiet ausstreckte, hat Ewald Hilger als Mitglied der sogenannten „Friedensdelegation“ des Reiches mit der Inbrunst seines deutschen Herzens gerungen, das traurige Schicksal der Fremdherrschaft vom Saarlande noch abzuwenden. Ein Erfolg war ihm leider nicht beschieden, die Macht des siegestrunkenen Gegners war zu groß, das Reich selbst zu ohnmächtig und die Welt zu interesselos am Saarschicksal, um das schwere Unrecht von Versailles am Saargebiet zu verhindern.

Aber um so entschlossener widmete sich Ewald Hilger dem nun beginnenden Kampfe um die Deutscherhaltung des Saargebietes. Hatte er schon vor der Entscheidung über das Saar-Schicksal den Bestrebungen des vom Landgerichtsdirektor Dr. Carl Röchling ins Leben gerufenen Saargebietschutzes das größte Interesse entgegengebracht, so stellte er sich nach dessen Auflösung auch der Geschäftsstelle „Saar-Verein“

und dem später gegründeten Bund der Saar-Vereine mit seinem klugen Rat und praktischer opferbereiter Tat zur Verfügung, den Kampf um die Saar mit aller Entschlossenheit weiter zu führen. Wahrlich, Ewald Hilger war und ist ein Kämpfer für die Saar, und mit Stolz empfinden wir es, ihn als erstes und ältestes Ehrenmitglied des Bundes der Saarvereine in unseren Reihen zu wissen. Eine Pflicht tiefer Dankbarkeit ist es daher, wenn wir seiner und seines Wirkens zu dem Tage, an dem er sein 75. Lebensjahr vollendet, an dieser Stelle gedenken.

Und noch ein zweiter Anlaß verpflichtet besonders den Schreiber dieser Zeilen zu diesem Gedenkblatt für Ewald Hilger. War es mir doch vergönnt, zu der Zeit, als Ewald Hilger an der Spitze der königlich preussischen Saargruben stand, in seinem Geiste treu vaterländisch zu wirken. Von ihm zur Leitung des von der Bergwerksdirektion Saarbrücken begründeten und herausgegebenen „Saarbrücker Bergmanns-Freund“ berufen, war diesem Blatte die Aufgabe gestellt, den vaterländischen Geist in der Belegschaft zu pflegen und zu stärken. Sein Wirken in diesem Sinne auch über sein Amt hinaus führte Ewald Hilger ganz natürlich zur Teilnahme am politischen Leben der Bürgerschaft. Als charaktervolle Führerpersönlichkeit, als die er gerade von den besten nationalen Kreisen geschätzt wurde, war er in den politisch bewegten Zeiten Anfang dieses Jahrhunderts in die Sphäre der Angriffe gerückt. Immer aber galt ihm die Sache seines deutschen Vaterlandes, niemals die seiner eigenen Persönlichkeit. Es war ihm einfach Pflicht seiner treu vaterländischen Gesinnung, wenn er diesen Kampf führte gegen Parteien, die sich der Erkenntnis verschlossen, das Vaterland an die erste Stelle zu stellen, oder sich sogar als Feinde dieses Vaterlandes in ihrer nationalen Phrasenlogik bekannten. Von seiner aufrichtigen und offenen Kampfesweise zeugt auch Ewald Hilgers Bekenntnis: „So lange mich Seine Majestät der König auf der Stelle läßt, auf der ich stehe, dulde ich auf den sogl. Gruben keine Sozialdemokraten, denn Sozialdemokraten gehören nicht in die königlichen Betriebe!“

Hat nicht die Gestaltung unserer heutigen politischen Verhältnisse im Innern des Reiches dieses Hilgersche vorausblickende Wort aus dem Jahre 1905 heute seine volle Berechtigung erwiesen, läßt uns heute nicht die Zeit mit ihrem Bekenntnis, daß das Vaterland unbedingt allem anderen vorangestellt und Gemeinnutz vor Eigennutz gehen müsse, und daß erst der soziale Geist, wie ihn ein Ewald Hilger zum Segen von 50 000 Saarbergleuten und ihrer Familien praktisch betätigte, die Grundlage wahrer Volksgemeinschaft sei, nicht erkennen, daß Hilgers Weg der richtige war. Niemals hat im Leben Hilgers der Eigennutz eine Rolle gespielt. Hat nicht auch jene politische Parteilitterung, die einen aufrechten deutschen Mann wegen seines offenen Bekenntnisses gegen die Feinde

des Staates zwang, wenn er sich selbst treu bleiben wollte, auf sein ihm liebgewordenes und so treu verwaltetes Amt zu verzichten und aus dem Staatsdienst auszuscheiden, sich als ein Unsegen für Deutschland erwiesen? Wahrlich, es wäre besser für das Reich gewesen, wenn schon damals Männer an seiner Spitze gestanden hätten, die mit starker Hand die Einmischung parteipolitischer Interessen in die Leitung und Verwaltung des Reiches abgewehrt hätten. Leider aber zeigt uns die Geschichte unseres Volkes, daß wiederholt die besten Männer und treuesten Wahrer der Staatsinteressen solchen Einflüssen unterliegen mußten!

Und noch ein anderes verpflichtet mich, aus Anlaß des 75. Geburtstages Ewald Hilgers seiner an dieser Stelle zu gedenken. Seine unschätzbare Hilfe, die er der deutschen Abwehrbewegung gegen Frankreichs Begehrlichkeit nach der Saar geleistet hat und noch leistet. Sein treuer Beistand für die Aufgabe der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Aufklärung über die Saarfrage im Reich und darüber hinaus zu verbreiten, den Willen im gesamten deutschen Volke zu festigen, der deutschen Abstimmung der Saar, die letztlich das Schicksal des deutschen Saarlandes zu entscheiden haben wird, die ihm gebührende Geltung zu verschaffen. Mit uns ist Ewald Hilger von dem glühendsten vaterländischen Wunsche beseelt, den Tag der Rückkehr der Saar zum Reiche mit zu erleben.

Es ist ein arbeitsreiches, mühevolleres, opferbereites und kampferfülltes Leben, auf das Ewald Hilger heute an seinem 75. Geburtstage zurückblicken kann. Seine Heimat ist Essen an der Ruhr, die Stätte nimmerastender Arbeit, wo er am 13. Juni als Sohn des Bergwerks- und Hüttenbesizers Ewald Hilger das Licht der Welt erblickt hat. Hier ist ihm auch der Wille zu einer seltenen Arbeitskraft angeboren worden. Die Liebe zum Bergbau ist in ihm gewissermaßen im Schoße der Familie gewachsen. So wendet er sich denn auch dem Studium des Bergfaches zu, dem er an den Universitäten in Lausanne, Straßburg, Berlin und an der Ecole des Mines zu Mons oblag. Daß er sein Studium mit vollem Ernst und großem Pflichteifer erfaßte, beweist, daß er sein Referendar-Examen mit Auszeichnung bestand und für vorzügliche Leistungen eine Reiseprämie zuerkannt erhielt. Längere Reisen in allen wichtigen Bergbaugebieten vertieften sein bergbauliches Wissen, zu dem sich später in der praktischen Ausübung die Erfahrung gesellte.

Im Jahre 1887 führte ihn sein Weg zum erstenmal in das Saarland, dem er seine besten Jahre erfolgreichen Wirkens widmete. Verhältnismäßig schnell vollzog sich sein Aufstieg in der Beamtenlaufbahn: 1882 Bergreferendar, 1887 bis 1889 Bergassessor und Berginspektor, 1891 Bergtrat und Mitglied der königlichen Bergwerksdirektion zu Saarbrücken, 1894—1896 Bergwerksdirektor und Chef der Louisensthaler Berginspektion. Vorübergehend wurde die Tätigkeit Ewald Hilgers im Saarbrücker Bergbau unterbrochen durch seine Berufung als Oberbergrat zum Vorsitzenden der königlichen Bergwerksdirektion in Zabrze (jetzt Hindenburg) in Oberschlesien. Aber schon 1900 kam er als Geheimer Bergrat wieder nach Saarbrücken zurück, um die Leitung der kgl. Bergwerksdirektion in Saarbrücken zu übernehmen. Bis zum Jahre 1905 hat er dieses Amt gewissenhaft und vorbildlich verwaltet. Er war nicht nur Verwaltungsbeamter, sondern ein Führer der Wirtschaft großen Formates, der die Interessen der ihm anvertrauten Saargruben mit der fortschreitenden Entwicklung der Saarländischen Wirtschaft zum Ausgleich zu bringen verstand. Der Name Ewald Hilgers wird mit der Geschichte des Saarbergbaus und auch der Saarländischen Wirtschaft verbunden bleiben!

Mit kaufmännischen Weitblick verstand er es, in der wirtschaftlich schwierigen Zeit durch Verbreiterung der Absatzgrundlage der Saarkohle die Förderung aufrecht zu erhalten und damit der Belegschaft Feierschichten und Not zu ersparen. Den technischen Ausbau der Gruben brachte er mustergültig in die Höhe moderner Entwicklung. In sozialer Fürsorge für seine Bergknappen erwies er sich als umsichtiger Betreuer. Ihm ist es zu verdanken, daß den Bergleuten die Schwankungen auf dem Kohlenmarkte ferngehalten werden konnten. Sein Ziel war eine ruhige und ständige Lohnentwicklung, denn mit Recht vertrat er den Standpunkt, daß vorübergehende Lohn-

erhöhungen mit nachfolgenden Kürzungen unter dem Einfluß der Absatzlage dem Haushalt der Bergarbeiterfamilien nur abträglich sein konnten und daß daher eine ständige Lohnpolitik mit langsamem Aufsteigen das Richtige sei. Dafür förderte er mit um so größerem Eifer die Siedlungsmöglichkeiten der Bergarbeiterfamilien, denn er sagte sich, daß der Besitz von Haus und eigener Scholle das beste Bindemittel zur Heimat und damit auch zum deutschen Vaterlande sei. Hier hat Ewald Hilger Vorbildliches geleistet! Große Fürsorge widmete er auch dem Knappschaftswesen, um den Bergmann auch in Krankheitsfällen und im Alter zu schützen. Von leutseliger Art gewährte er dem einfachsten Bergmann Zutritt, der in seinen Sorgen und Nöten sich vergewissern konnte, bei ihm verständnisvolles Gehör zu finden. Daß ein so impulsiver Charakter wie Ewald Hilger den marxistischen Ideen den Kampf ansagte, war nur zu verständlich, sah er doch in diesen Kreisen den Feind, der sein sorgfames Aufbauwerk zu vernichten strebte, den Feind, der aus der Verelendung der Massen Gewinn zu ziehen trachtete durch das Wachsen seiner Anhängerschaft. Wohl war Ewald Hilger in diesem Kampfe ein scharfer Gegner, aber immer offen und aufrichtig ist er in diesem Kampfe gewesen von der ersten bis zur letzten Minute.

Es ist den marxistischen Ideenträgern auch nicht gelungen, das Vertrauen der Saarbergarbeiterschaft zu ihrem Chef zu untergraben. Das erwies sich beim Abschiede Ewald Hilgers von der Saar im Jahre 1905, als er sich infolge politischer Intrigen entschloß, von seinem Amte als Vorsitzender der kgl. Bergwerksdirektion Saarbrücken zurückzutreten. Schwer genug ist ihm dieser Entschluß gefallen, das hat er offen bekannt, als Tausende und aber Tausende von Bergleuten nach Saarbrücken strömten, um ihrem scheidenden treuen Chef eine Abschiedsbehrung zu erweisen, wie sie wohl noch keinem von seinem Amte scheidenden Beamten erwiesen worden ist. Ich sehe noch in jener unvergeßlichen Abendstunde die endlose Kette der Saarbergknappen in ihrer ernsten Tracht mit brennenden Grubenlampen, höre noch die warmen Worte eines schlichten Bergmannes, der im Namen seiner Kameraden versicherte, daß sie alle bis zum letzten Atemzuge für König und Vaterland arbeiten würden, ein Wort, das die Saarbergleute trotz schwerster Bedrückung unter der staatsfremden Verwaltung in ihrer unerschütterlichen Treue zum Reiche heute wahrnehmen. Dem echten deutschen Manne, dem glühenden Patrioten, ihrem hochverehrten Chef, dem Geheimen Bergrat Ewald Hilger, galt dann das dreifache „Glück auf“ für die Zukunft, in das hier Tausende von Bergleuten aus dem Herzen heraus einstimmten, und ein unvergeßener Augenblick wird es mir bleiben, als im Dunkel des Abends vor dem Gebäude der Bergwerksdirektion Tausende von Flammen der hochgeschwungenen Grubenlichter aufleuchteten zur Bekräftigung dieses „Glück auf“. Geheimrat Hilger hat es später bekannt, daß ihm diese Abschiedsbehrung in seinem Dasein das Ereignis gewesen sei, das ihm die größte Genugtuung bereitet habe.

Eine Genugtuung war es ja auch für Ewald Hilger, als ihm nach seinem Verzicht auf sein Amt im Staatsdienst die Leitung als Generaldirektor der Vereinigten Königs- und Laurahütte in Oberschlesien anvertraut wurde. Auch hier war er der rechte Mann am rechten Platze, der sich als glänzender Wirtschaftsführer bewährte und diesem industriellen Privatbetriebe größten Ausmaßes seine vordem gefährdete Entwicklung sicherte. Unter den unseligen Folgen des Schanddikates von Versailles fiel dieser wertvolle deutsche Industriebesitz in die Hände der polnischen Herrschaft, unter der ein aufrechter deutscher Mann vom Schlage eines Ewald Hilger nicht gelitten werden konnte. Seine Ausweisung erfolgte denn auch sehr bald. Die Verlegung der Direktion der Königs- und Laurahütte nach Berlin unter seiner Leitung erwies sich bald als zu schwierig, und in Rücksicht auf die Interessen des Werkes entschloß sich Ewald Hilger im Jahre 1923, sein Amt als Generaldirektor niederzulegen.

Es mutet wie ein tragisches Geschick an, daß Ewald Hilger im Westen und Osten des Reiches nach segensreichem Wirken beide Male durch politische Einflüsse von der Stätte seiner erfolgreichen Arbeit scheiden mußte. Wahrlich, seine treue Pflichterfüllung im Dienste für sein Volk und Vaterland wäre beide Male eines besseren Lohnes würdig gewesen!

Daß ein Mann wie Ewald Hilger auch mit Begeisterung seiner militärischen Pflicht nachkam, entspricht nur seinem Naturell. Im Oktober 1878 trat er als Einjährig-Freiwilliger beim Schleswig-Holsteinischen Ulanen-Regiment Nr. 15 ein. Gern und freudig nahm er später, mit Leib und Seele Soldat, regelmäßig an den militärischen Übungen in seinem ihm lieb gewordenen Regiment teil, zu dem er immer die besten kameradschaftlichen Beziehungen aufrecht erhielt. 1883 erfolgte seine Beförderung zum Leutnant d. R., 1899 zum Rittmeister d. R., und beim Regierungsjubiläum Kaiser Wilhelm II. zum Major d. R. Beim Ausbruch des Weltkrieges eilte auch der nun 53jährige sofort zur Fahne, um sich in den Dienst für das Vaterland in so ernster Zeit zu stellen. Er wurde an die Spitze des Korpshauptquartiers des XXI. Armeekorps kommandiert. Beim Scheiden von diesem arbeitsreichen militärischen Amte hat ihm der Kommandeur des XXI. Armeekorps, General der Infanterie, Fritz von Below, bescheinigt, daß Ewald Hilger, ausgestattet mit ungewöhnlichem Scharfblick und höchster Willensstärke, gestützt auf ein seltenes Organisationsgeschick und äußerst gewandt in der Führung von Verhandlungen mit den Behörden des feindlichen Landes, der geeignetste Mann gewesen sei, um in kürzester Zeit das Hauptquartier marschfähig zu machen. Mit Umsicht und Tatkraft, bei den schwierigsten Verhältnissen bewährt, habe er seine Aufgabe zu lösen verstanden. Und General von Below fügt noch hinzu, daß Ewald Hilger vermöge der ihn auszeichnenden militärischen und Führereigenschaften und seiner gründlichen Dienstkenntnisse auch ein weit größeres Wirkungsfeld, als seine Mobilmachungsbestimmung ihm zugewiesen habe, unschwer gemeistert hätte. Mit der Empfehlung: „Ich halte Major Hilger für geeignet zur Beförderung zum Oberstleutnant“, schließt das sehr ehrenvolle Dienstbescheinigungszeugnis. Von seiner Militärzeit im Frieden her rührt auch Ewald Hilgers Bestreben zur Pflege kameradschaftlicher Gesinnung, die er durch die Betätigung im Kriegervereinswesen im Saarlande ausgeübt hat. Der Kreiskrieger-Verband, Saarbrücken, ernannte ihn in Anerkennung hierfür zu seinem Ehrenvorsitzenden.

Der Zusammenbruch des Reiches und der unglückliche Ausgang des Weltkrieges gegen Deutschland mußte einen Mann wie Ewald Hilger aufs tiefste seelisch erschüttern. Aber noch war seine Aufgabe im Dienste des Vaterlandes nicht erfüllt. Als Mitglied der Friedensdelegation war er bei den Verhandlungen in Versailles, Spa, Brüssel und Paris mit tätig, um zu versuchen, die Ketten von Versailles um sein geliebtes deutsches Vaterland, wo es ging, zu mildern. Freilich, angesichts des Siegerübermutes der Gegner, die Deutschland auf dem Felde nicht niederzuringen vermochten, ein aussichtsloses und meist vergebliches Beginnen. Wie muß es in der Seele dieses aufrechten deutschen Mannes ausgesehen haben — dieses glühenden Bismarckverehrer! —, als er mit erleben mußte, wie in wahn sinniger Willkür das Reich Bismarcks zertrümmert wurde, als er erleben mußte, daß sich im Herzen

des Reiches der Marxismus und der Kommunismus erhoben, die Leitung der Geschicke des Reiches an sich zu reißen und den Feinden Deutschlands damit in die Hände arbeiteten und Deutschland noch ohnmächtiger machten, als es schon war?! Wahrlich, ein Schicksalsweg, dessen erschütterndes Geschehen Menscheit nicht zu erfassen, nicht zu deuten vermag!

Aber auch schwerstes menschliches Leid ist Ewald Hilger nicht erspart geblieben. Seinen einzigen geliebten Sohn mußte er auf dem Felde der Ehre im Weltkrieg lassen; er fiel als Leutnant d. R. des Schleswig-Holsteinischen Ulanen-Regiments Nr. 15, des Regiments seines Vaters, an der Spitze einer Patrouille gegen den Feind auf dem Hirzensteinkopf in den Vogesen. Die treue, liebende Gattin und Lebensgefährtin und eine Tochter mußte er im Schoße der Erde betten. Still und einsam wird es am Tage seines 75. Geburtstages im Herzen sein, wenn er wehmütvoll seiner Lieben gedenkt, die nicht mehr um ihn sind. Rückschauend mag er an diesem Tage den Blick betrachtend darauf lenken, was ihm in diesem langen Leben an mannigfachem Leid, bitterer Enttäuschung und an seltener Freude beschieden war. Aber treu geblieben ist ihm doch ein weiterer Kreis aufrichtiger Freunde und Verehrer, die zu schätzen wissen das hohe Lebenswerk Ewald Hilgers, die zu seinem 75. Geburtstage seiner in Liebe und Verehrung gedenken, und ich darf mich mit Stolz zu dem Kreise der Verehrer zählen und bekennen. Gewiß sind Ewald Hilger in reicher Fülle hohe Auszeichnungen, ehrenvolle Ämter und Würden geworden, es würde seinem einfachen und schlichten Wesen nicht entsprechen, sie hier aufzuzählen. Aber hoch schätzen wird dieser trotz seiner menschlichen Größe so einfach gebliebene Mann, wenn ihm aus dankbaren Herzen warme lebendige Liebe und Verehrung entgegenquillt.

In diesem Sinne sind diese Zeilen geschrieben worden, die ich meinem langjährigen, hochverehrten Chef aus der Saarbrücker Zeit und Förderer unserer Aufgabe für die deutsche Saar in tiefer Ehrfurcht widme, und ich weiß auch, daß ich ihm keinen liebteren Wunsch darzubringen vermag als den, daß es ihm vergönnt sein möge, in Gemeinschaft mit treuen deutschen Saarkämpfern den Tag in Gesundheit zu begehen, der uns die Wiedervereinigung des deutschen Saarlandes mit dem Reich bringt. Wäre dieser Tag doch zugleich der Tag der Rettung deutschen Bodens an der Saar von begehrllichem Zugriff, ein Tag des sicheren Zeichens, daß unser Vaterland in seiner gefestigten Volksgemeinschaft doch wieder den Weg des Aufstiegs gefunden hat, und zu überwinden beginnt die feindselige Willkür, Deutschland in der Erniedrigung zu halten und ihm sogar die Verteidigung seiner gefährdeten Grenzen zu verwehren.

Deutsches Sehnen und Hoffen gilt diesem Tage deutscher Selbstgeltung, erfüllt auch das Herz Ewald Hilgers zu seinem 75. Geburtstage wie allezeit seines Lebens. Ihn zu seinem Lebensgedenktag und zur Erfüllung seiner Zukunftsehnsucht im hohen Alter der alte treue Bergmannsgruß

„Glück auf!“

Saar-freund

Schwört und spricht:
Recht bleibt Recht.

Wahr bleibt wahr:
Deutsch die Saar!



Organ für den deutschen Saarfreiheitskampf

Mitteilungsblatt des Bundes der Saarvereine

Nummer 12 * 15. Jahrgang

Berlin, den 15. Juni 1934

Die Abstimmung festgelegt

Von Richard Bosselt

„Kein anderer Fall wie der der Saar läßt so deutlich erkennen, wie Frankreich im Jahre 1919, von der Annexion auf die Besetzung und von der Besetzung auf die Internationalisierung eines von ihm begehrten Gebiets zurückweichend, seine Ansprüche auf deutsches Land zu behaupten und zu verlarven wußte. Frankreich hat nicht aufgehört, die Einverleibung des Saarlandes oder einiger Teile desselben zu betreiben, und es hat seinen ganzen Einfluß daran gesetzt, günstige Vorbedingungen für die Abstimmung der Saarländer zu schaffen.“

In diesen kurzen Worten umreißt Hermann Stegemann in seinem neuen Werk „Weltwende“ mit dem Untertitel „Der Kampf um die Zukunft und Deutschlands Gestaltwandel“ sehr scharf den Sinn der französischen Saarpolitik. An dieser Stelle ist mehrfach darauf hingewiesen worden, welche Taktik die französischen Unterhändler in Versailles versucht haben, um die Saar-Annexion zu erreichen. Sie haben sich schließlich mit einer Formel einverstanden erklärt, wie sie im Saarstatut niedergelegt wurde und von der Clemenceau u. a. sagte, „daß die fünfzehnjährige Wartezeit gewählt wurde, um die Zeit handeln zu lassen.“ Frankreich hoffte eben, daß es ihm mit Hilfe der ihm im Saarstatut eingeräumten politischen und wirtschaftlichen Vormachtstellung an der Saar gelingen würde und müßte, „nachträglich das zu erreichen, was englischer Neid und amerikanische Mißgunst nicht zuließ“, nämlich die Annexion des Saargebietes. Und an die Wirkung seiner Mittel hat Frankreich bis auf den heutigen Tag geglaubt. Vielleicht ist ihm jetzt bei den Saarverhandlungen in Genf die Erkenntnis gekommen, daß seine Hoffnung sich kaum erfüllen wird. Unter dem Druck der Tatsachen und wohl auch unter dem Druck der Weltmeinung hat es sich schließlich dazu verstanden, der Festsetzung des Abstimmungstermins zuzustimmen, wenn auch unter Bedingungen, die vor allem in der Sicherstellung seiner bezahlten Helfer bestehen. Darüber wird noch zu reden sein. Hier sei zunächst nur das eine festgestellt, daß dieses Ergebnis der Saarentscheidung schon im

Januar dieses Jahres hätte erreicht werden können, wenn der Völkerbundsrat die überparteiliche Völkerinstanz wäre, die er sein soll, und wenn Frankreich nicht eben bis zuletzt noch die Hoffnung gehabt hätte, daß es die Saarabstimmung hätte verschleppen können. Es sind ja genügend Versuche in der Hinsicht gemacht worden, Versuche, die ebenso unfair wie vertragswidrig sind. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, daß ein Organ des Völkerbundes, nämlich die Saarregierung, sich mit Elementen eingelassen hat, von denen feststeht, daß sie im Dienste und Solde jenes Landes stehen, das in Versailles die Annexion des Saargebietes betrieb, und das die Versailler Saarentscheidung mit Hilfe eines politischen Betrugers zu beeinflussen bemüht war.

Man kann die Entscheidung des Völkerbundsrates, der den Vorschlag des Saarausschusses über die Festsetzung der Saarabstimmung auf den 13. Januar 1934 einstimmig gutheiß, nicht würdigen, ohne auf diese Vorgänge ausdrücklich hinzuweisen. Wenn es nach dem Willen der Saarregierung gegangen wäre, dann hätte sie vielleicht sogar gegen die bessere Einsicht der Franzosen die Festsetzung der Saarabstimmung verhindert. Es wird einer späteren Zeit vorbehalten bleiben müssen, einmal die Hintergründe aufzudecken, die dieses eigenartige Verhalten der Saarregierung veranlaßt hat. Jedenfalls verträgt sich die saarpolitische Einstellung des Herrn Präsidenten Anoz nicht annähernd mit der offiziellen britischen Politik. Diese parteiische Einstellung des Herrn Anoz ist es auch, die uns trotz der Genfer Entscheidung bedenklich macht, ob es möglich sein wird, im Sinne der zwischen Deutschland und Frankreich getroffenen Vereinbarungen die Zeit bis zur Abstimmung ohne ernstliche Störungen zu überbrücken. Denn wenn man jetzt wieder die Saarlouiser Vorkommnisse betrachtet, dann drängt sich einem immer mehr die Ueberzeugung auf, daß die Saarregierung systematisch auf die Hervorrufung von Zwischenfällen bedacht ist in der Hoffnung, dadurch ihre politischen Absichten zu erreichen.

Die Bevölkerung des Saargebiets hat mit innerster Begeisterung die Entscheidung des Völkerbundsrates angenommen. Sie weiß heute, daß die Tage der Fremdherrschaft gezählt sind, sie weiß, daß der deutsche Sieg um so überragender sein wird, je mehr sie dafür sorgt, daß Ruhe und Ordnung nicht gestört werden. Die Anweisungen, die von der Führung der Deutschen Front zur Wahrung der Disziplin ergangen sind, sind so eindeutig und so scharf, daß eben nur Agenten und Provokateure sie mißachten können. Das Glücksgefühl der Bevölkerung über den herausziehenden Freiheitstag ist so unmittelbar und aus tiefstem Herzen kommend, daß die Bevölkerung auch jene Bestimmungen der Genfer Entscheidung mit Ruhe und Gelassenheit hingenommen hat, die eigentlich seinem gesunden politischen Empfinden widersprechen. Denn daß man Verrätern und käuflichen Kreaturen gewissermaßen die Hand zur Versöhnung reichen soll, das geht fast über die Kraft einer Bevölkerung, die fünfzehn Jahre lang von solchen Elementen terrorisiert wurde. Wir sind weit davon entfernt, alle jene unsicheren Rantonisten unter dem gleichen Gesichtspunkt zu betrachten und zu verurteilen. Irren ist menschlich, auch politisches Irrer. Wenn sich ein Irrender, und sei es auch in letzter Stunde, zur Wahrheit und Klarheit zurückfindet, dann wird man über seine Vergangenheit den Mantel der Liebe decken. Wer aber, wie wir es gerade in den letzten Monaten erlebt haben, nur deshalb zu den Gegnern des Deutschtums und des deutschen Vaterlandes übergegangen ist, weil er seinen bisherigen politischen Einfluß und seine Bonzenpfünde nicht mit ins neue Reich hinüberzuretten vermag, wer aus gekränkter Eitelkeit oder aus falschem Geltungsbedürfnis ins deutschfeindliche Lager abgewandert ist, gehört nicht zu den moralisch wertvollen Menschen, derentwegen sich Staatsmänner eine diplomatische Blöße geben dürfen.

Uebrigens ist die Frage der Garantien für die „Freiheit, Geheimhaltung und Ernsthaftigkeit der Abstimmung“ von französischer Seite aufgeworfen worden, offenbar doch wohl nicht in dem Wunsche, bei einem etwaigen Anschluß des Saargebiets an Frankreich die für Deutschland tätig gewesenen Bevölkerungskreise vor französischer Verfolgung zu schützen. Vielmehr ist diese Forderung erhoben worden in der Ueberzeugung, daß das Saargebiet auf Grund des politischen Willens seiner Bevölkerung zum deutschen Vaterland zurückkehrt. Das ist ein wertvolles Eingeständnis, das die französischen und frankophilen Lohnschreiber Lügen straft, die noch bis vor kurzem nicht nur in Presseaufsätzen sondern sogar in Denkschriften an den Völkerbund den Eindruck zu erwecken suchten, als würde die Bevölkerung des Saargebiets in ihrer Mehrheit sich gegen Deutschland entscheiden.

Eine interessante Feststellung hat sich bei der Aussprache über den Saarabstimmungstermin im Völkerbundsrat ergeben. Der französische Außenminister hat in falscher Auslegung der Garantiebestimmungen behauptet, daß nach der Rückgliederung die Bevölkerung des Saargebiets ein „unbegrenztes Beschwerderecht an den Völkerbund“ habe, wenn sie glaube, daß sie unter dem deutschen Regime irgendwie benachteiligt oder geschädigt werde. Ein solches Beschwerderecht in der Barthouschen Auslegung ist nicht vorgesehen. Barthou verfolgt mit solcher Darstellung vielmehr die Absicht, für das Saargebiet das Bestehen einer Minderheit vorzutäuschen, die es in Wahrheit an der Saar nicht gibt. Er folgt mit solcher Taktik aber Clemenceauschen Spuren, die er mit seiner Behauptung von den 150 000 Saarfranzosen hinterlassen hat. Wäre nur ein Bruchteil dieser 150 000 an der Saar vorhanden, dann hätten die Franzosen es nicht nötig gehabt, sich die Hilfe derer von Braun und Genossen zu sichern. Die Festsetzung eines Beschwerderechts für eine Uebergangszeit von einem Jahre wirkt aber insofern höchst eigenartig, als der sel-

ben Bevölkerung ein solches Beschwerderecht während der Dauer der Völkerbundsverwaltung nicht eingeräumt worden ist. Wenn die Bevölkerung auch versucht hat, sich mit ihren tausendfachen Beschwerden an den Völkerbund zu wenden, so mußten alle solche Beschwerdefälle erst über die Saarregierung geleitet werden, über eine Instanz also, gegen die sich alle diese Beschwerden richteten und die dadurch Richter über sich selbst ist. Sie entschied denn auch selbstverständlich regelmäßig gegen die Bevölkerung. Jetzt auf einmal, wo die Bevölkerung an der Saar ihrer rechtmäßigen Regierung wieder entgegengeführt werden soll, besinnt man sich darauf, daß der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben werden müßte, ihre Rechte zu vertreten.

Was die einzelnen Bestimmungen der Genfer Entscheidung zur Saarabstimmung angeht, so lassen sie nur zu deutlich den Einfluß der Saarregierung und ihrer profranzösischen Einstellung erkennen. Mit der Einrichtung eines Abstimmungsausschusses und vor allem der sogenannten Abstimmungsgerichte ist man von der Voraussetzung ausgegangen, daß gewaltsame Einwirkungen auf die Abstimmenden erfolgen könnten, daß das Abstimmungsgeheimnis verletzt werden könnte, und daß die Abtrünnigen der Verfolgung ausgesetzt sein würden. Die Saarbevölkerung und mit ihr Deutschland haben nicht den geringsten Anlaß, wegen des Abstimmungsergebnisses beunruhigt zu sein. Sie bedürfen deshalb nicht der Gewaltmittel, wie man sie von französischer Seite seit nunmehr fünfzehn Jahren gegen die Bevölkerung zur Anwendung gebracht hat und wie sie der Generaldirektor der französischen Saargruben, Guillaume, mit zynischer Offenheit auch für die Folge ankündigte. Diese Kreise, die in dem bekannten Röchling-Prozeß als Zeuge auftraten, in Wirklichkeit aber die Angeklagten hätten sein müssen, sind längst reif, nach rechtlichen und moralischen Gründen wegen Nötigung, Bedrohung und Erpressung zur Verantwortung gezogen zu werden.

Auf Einzelheiten der Genfer Entscheidung wird noch einzugehen sein, wenn darüber nähere Mitteilungen vorliegen. Eines aber möchten wir schon heute ansprechen: Wie verhält es sich in bezug auf ihre Abstimmungs-berechtigung mit jenen Personen des Saargebiets, die vor dem Stichtag, dem 28. Juni 1919, französischer Ausweisungswillkür zum Opfer fielen? Diese Personen, mit dem deutschen Heimatland an der Saar engstens verwachsen, dem Deutschtum durch Blut und Scholle ewig verhaftet, haben nicht freiwillig ihren Wohnsitz im Abstimmungsgebiet aufgegeben, sie wurden vielmehr aus ihrer Heimat vertrieben, weil sie aus ihrem Deutschbekenntnis kein Hehl machten, weil sie es ablehnten, sich der französischen Assimilierungspolitik zu unterwerfen, weil sie sich gegen Besatzungsterror und -willkür zur Wehr setzten. Haben diese Menschen ihr Abstimmungsrecht verwirkt, weil der französische Gegenpartner sie unberechtigtweise von Haus und Hof jagte? Hierüber enthalten die Genfer Bestimmungen bisher keine Klarheit. Für die Verräter am Deutschtum versucht man Vorrechte zu schaffen, für die Kämpfer der Heimat aber sollen jene Bestimmungen nicht gelten, die der Bevölkerung an der Saar eine freie und unbeflügelte Entscheidung über das künftige Schicksal des Saargebiets zusichern? Hier muß Klarheit geschaffen und ein Unrecht verhindert werden, das gegebenenfalls auf Grund des Wortlauts der Abstimmungsbestimmungen entstehen könnte.

Vorerst aber stellen wir nochmals mit Genugtuung fest, daß in Genf die bessere Einsicht und die Verantwortung dem Recht und der Wahrheit gegenüber gesiegt haben. Die Saargebietsbevölkerung wird am 13. Januar 1935 abstimmen, und sie wird so abstimmen, daß es durch die ganze Welt klingen wird:

Das Saargebiet war deutsch, ist deutsch und wird deutsch bleiben!

Die Einigung über die Saarabstimmung

Wie wir bereits in einem Sonderblatt unserer letzten Ausgabe mitteilten, ist am 1. Juni zwischen den deutschen und französischen Saarunterhändlern in Genf mit Zustimmung ihrer Regierungen eine Vereinbarung zustande gekommen, die der unter Aloisi stehende Saarausschuß zur Grundlage seines Berichts an den Völkerbundsrat gemacht hat. Dieser Bericht enthält u. a. folgende Punkte:

Von seinem Auftrag ausgehend und nach Erfüllung seiner besonderen Aufgaben schlägt das Dreierkomitee eine Entschließung vor, in der zunächst nochmals als Ausgangspunkt

die Unabhängigkeit und Freiheit der Abstimmung festgestellt wird. Danach fällt der Völkerbundsrat folgende formulierte Entscheidungen.

1. Der Völkerbundsrat nimmt Kenntnis von den Erklärungen der Regierungen Deutschlands und Frankreichs im Hinblick auf die Durchführung der Verpflichtungen, die aus dem § 34 des Anhangs zu Art. 50 des Vertrages von Versailles hervorgehen, und behält sich vor, zu gegebener Zeit auf der Grundlage des § 39 die Modalitäten zu prüfen, auf Grund deren die Vorteile der Verpflichtungen, welche die beiden Regierungen durch diese Erklärung hinsichtlich der Abstimmungsberechtigten auf sich genommen haben, auch ausgedehnt werden könnten auf alle jene Bewohner des Saargebietes, die kein Stimmrecht haben.

2. Der Völkerbundsrat wird über die Durchführung dieser Verpflichtungen wachen, über eine Durchführung, die er als eine wesentliche Bedingung für die Volksabstimmung betrachtet.

3. Der Völkerbundsrat setzt das Datum für die Abstimmung auf Sonntag, den 13. Januar 1935, fest.

Der Bericht geht dann auf die praktischen Maßnahmen ein, die das Komitee ins Auge gefaßt hat für die Organisation und Durchführung der Volksabstimmung im Saargebiet. Dazu heißt es:

1. Einsetzung einer Abstimmungskommission

a) Das Dreierkomitee schlägt dem Völkerbundsrat die folgende Entschließung vor: Der Rat entscheidet:

Eine Abstimmungskommission wird eingesetzt, die der Autorität des Völkerbundsrats untersteht. Die Kommission hat den Auftrag, die Volksabstimmung zu organisieren, zu leiten und zu kontrollieren. Im besonderen hat sie die Aufgaben zu erfüllen, die ihr der Rat überträgt im Einklang mit den Bestimmungen der Artikel 49 und 50 des Friedensvertrages von Versailles und des Anhangs zum Absatz IV des Teils III dieses Vertrags. Die Abstimmungskommission hat das Recht, alle zweckmäßigen Verordnungen und Verfügungen vorzubereiten, die sich auf die Volksabstimmung im Saargebiet erstrecken, auch außerhalb ihrer bereits festgelegten Befugnisse, um sie entweder dem Völkerbundsrat oder in eiligen Fällen dem Ratskomitee zu unterbreiten.

Die Kommission wird aus drei Mitgliedern gebildet, die vom Völkerbundsrat ernannt werden. Ein Sachverständiger, der ebenfalls vom Völkerbundsrat ernannt wird, wird der Kommission als technischer Berater beigegeben. Falls es nötig erscheint, soll dieser Sachverständige ein Mitglied der Kommission, das verhindert sein sollte, vorübergehend ersetzen. Die Abstimmungskommission soll die Entscheidungen mit Stimmenmehrheit treffen.

Die Regierungskommission des Saargebiets wird der Abstimmungskommission ihre Unterstützung leihen. Sie wird im besonderen darüber wachen, daß die Abstimmungskommission von Seiten der Behörden die Hilfe und die Mittel erhält, um die sie gegebenenfalls bei ihnen nachsuchen wird.

b) Abstimmungsordnung.

Das Komitee teilt dem Rat in der Anlage die beiden ersten Teile und die Strafbestimmungen des Entwurfs einer Abstimmungsordnung mit, die auf der Grundlage des Sachverständigenkomitees ausgearbeitet worden sind. Das Komitee ersucht den Rat um eine allgemeine Billigung der Bestimmungen dieser Abstimmungsordnung, glaubt aber auf folgendes hinweisen zu müssen:

Wie in seinem vorläufigen Bericht ausgeführt wird, ist das Komitee der Ansicht gewesen, daß der Vertrag mit der Bestimmung „die Wahl findet nach Gemeinden oder nach Distrikten statt“, die bereits im Gebiet bestehenden Verwaltungseinteilungen meint. Das Komitee ist zu dem in Kapitel 1 Art. 10 des Reglements zum Ausdruck gebrachten Schluß gelangt, daß

das Abstimmungsergebnis nach Bürgermeistereien und für die Gemeinden, die nicht zu einer Bürgermeisterei gehören, nach Gemeinden stattfindet.

Zum Zweck der Abstimmungshandlung bildet jede Bürgermeisterei und jede selbständige Gemeinde einen Wahlbezirk. Mit dem Ausdruck, die Abstimmung findet nach Gemeinden oder nach

Distrikten statt, meint der Vertrag nach Ansicht des Komitees eine Methode der Wertung des Abstimmungsergebnisses. Die Abstimmung muß infolgedessen Gegenstand einer besonderen Berechnung in jeder Bürgermeisterei und jeder selbständigen Gemeinde sein. Die Regierungskommission soll auf Ersuchen der Abstimmungskommission die notwendigen Anordnungen zur Inkraftsetzung der Wahlordnung erlassen. Die Abstimmungskommission kann, ehe sie dieses Ersuchen an die Regierungskommission richtet, die in der Wahlordnung vorgesehenen Termine und Fristen festsetzen sowie weitere Einzelheiten bestimmen und Änderungen anbringen.

c) Das Komitee hält es für wichtig, daß die Abstimmungskommission ihre Tätigkeit im Saargebiet in kürzestmöglicher Frist aufnimmt. Sie schlägt daher vor, daß der Rat den Zeitpunkt, an dem die Aufnahme der Tätigkeit der Abstimmungskommission erfolgt, auf den 1. Juli 1934 festsetzt.

2. Maßnahmen auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung

a) Der Rat beschließt: In dem Gebiet werden ein Obergericht für die Abstimmung sowie acht Kreisgerichte gebildet. Diese Gerichte erkennen nach später zu erlassenden besonderen Vorschriften:

1. Ueber Streitigkeiten betreffend die Eintragung in die Listen der Stimmberechtigten und die Gültigkeit der Abstimmungshandlung;
2. über die Verstöße gegen Abstimmungsverordnungen;
3. über gewöhnliche strafrechtliche Vergehen, soweit sie mit dem Gegenstand der Volksbefragung im Zusammenhang stehen, die vor, während oder nach den Abstimmungshandlungen begangen sind.

b) Der Rat fordert die Regierungskommission auf, die notwendigen Verordnungen zu erlassen, um die Verordnung über die Schaffung eines Abstimmungsgerichtes und von acht Kreisgerichten im Saargebiet in Kraft zu setzen, sobald ihr ein diesbezügliches Ersuchen der Abstimmungskommission zugegangen ist.

c) Der Zeitpunkt, an dem die vorgenannte Behörde ihre Tätigkeit aufnehmen wird, wird von der Abstimmungskommission im Einvernehmen mit dem Ratskomitee festgesetzt.

3. Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung

Das Komitee hat es für angemessen gehalten, die notwendigen Maßnahmen in Aussicht zu nehmen, um unter allen Umständen die Aufrechterhaltung der Ordnung durch die Verstärkung der örtlichen Polizei und Gendarmerie zu sichern. Infolgedessen schlägt es dem Rat folgenden Entschließungsentwurf vor:

Der Rat ist der Auffassung, daß die Regierungskommission für die Aufrechterhaltung der Ordnung unter allen Umständen verantwortlich bleibt und ermächtigt sie daher, wenn diese es für notwendig hält, die Kräfte der örtlichen Polizei und der Gendarmerie während der Abstimmungszeit zu verstärken. Diese Verstärkung soll bis an die Grenzen des Möglichen durch Rekrutierungen unter den Bewohnern des Saargebiets erfolgen. Sollte es die Regierungskommission für notwendig halten, Rekrutierungen außerhalb des Gebietes vorzunehmen, so wird ihr der Völkerbundsrat durch Vermittlung seines Komitees zu diesem Zweck seine ganze Unterstützung gewähren. Die Kosten, die durch die Verstärkung der Polizei und der Gendarmerie erwachsen, werden aus den für die Abstimmung bereitgestellten Mitteln bestritten.

Der vierte und letzte Absatz regelt

die Kostenfrage.

Außer den Bestimmungen über die von Deutschland, Frankreich (je 5 Mill. franz. Franken) und der Regierungskommission des Saargebiets 1 Million franz. Franken) zu leistenden Vorschüsse, die auf einem Sonderkonto beim Völkerbund und getrennt von seinem eigentlichen Haushalt zu führen sind, bestimmt der Bericht: Der Rat wird später prüfen, in welcher Art die Abstimmungskosten endgültig geregelt werden sollen.

Dann heißt es weiter: Der dem Bericht als Anlage beigegebene Entwurf einer Abstimmungsordnung enthält in 60 Artikeln und einem besonderen strafrechtlichen Teil eingehende Vor-

Schriften über die technische Vorbereitung und den Hergang der Abstimmung.

Die Artikel 1—9 bezeichnen den Gegenstand der Abstimmung sowie im Sinne der bereits bekannten Vorschläge des Sachverständigenkomitees den

Kreis der Abstimmungsberechtigten.

Es kann nur persönlich abgestimmt werden und nur von denjenigen, die in der Liste eingetragen sind. Ausgenommen von der Abstimmung sind Entmündigte, Insassen einer Irrenanstalt und diejenigen, die durch ein rechtskräftiges Urteil die bürgerlichen Ehrenrechte verloren haben, es sei denn, daß die Verurteilung wegen eines politischen Deliktes erfolgt ist. Als Abstimmungsorgane fungieren neben den bereits erwähnten Abstimmungsgerichten in jedem Kreis ein Kreisbüro, das aus einem oder mehreren von der Abstimmungskommission im Einvernehmen mit dem Ratkomitee ernannten Beamten besteht. Diese Beamten dürfen weder dem Saargebiet noch einer der beiden an der Abstimmung interessierten Nationen angehören. Das Kreisbüro führt unter Autorität der Abstimmungskommission die Oberaufsicht darüber, daß eine freie, unbeeinflusste und geheime Abstimmung gewährleistet wird. Ihm obliegt ferner die Ueberwachung und Nachprüfung der Aufstellung der Abstimmungslisten durch die Gemeindeausschüsse. Diese Gemeindeausschüsse bestehen aus einem Vertreter des Kreisbüros als Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern sowie zwei Stellvertretern. Die Mitglieder werden unmittelbar von der Abstimmungskommission ernannt und können von ihr jederzeit abberufen werden. Der Gemeindeausschuß beschließt mit Stimmenmehrheit über Beschwerden.

Ueber die Aufstellung der Abstimmungslisten wird bestimmt, daß die Abstimmungskommission an einem noch festzusetzenden Zeitpunkt an allen Gemeindehäusern und in den Tageszeitungen einen Aufruf zu veröffentlichen hat, in dem gesagt wird, daß alle, die sich für abstimmungsberechtigt halten, ihre Eintragung in die Liste beantragen können. Es ist Sache der Abstimmungskommission, gegebenenfalls den Aufruf außerhalb des Gebiets bekannt zu machen.

Der Antrag auf Eintragung muß mit den näher bezeichneten Angaben an den Gemeindeausschuß des Bezirks gerichtet werden, in dem der Antragsteller am 28. Juni 1919 gewohnt hat.

Die vorläufigen Listen werden durch Anschlag veröffentlicht. Eine Eintragung, gegen die innerhalb einer gewissen Frist kein Einspruch erhoben wird, ist endgültig.

Bis in alle Einzelheiten ist in den Artikeln 29 bis 59 der Hergang der Abstimmungshandlung geregelt. Es heißt da u. a.:

Die Wahlurnen, die Umschläge für den Stimmzettel, welche von der Abstimmungskommission gestempelt sein müssen, die Stimm Scheine und die Siegel sollen von der Abstimmungskommission geliefert werden. Sodann sollen alle Abstimmungsberechtigten in Abstimmungsabteilungen eingeteilt werden, da das Kreisbüro die Mitglieder der einzelnen Wahlbüros ernannt. Der Vorsitzende jedes Wahlbüros muß ebenfalls Ausländer — weder Deutscher noch Franzose sein.

Die Abstimmenden dürfen im Wahllokal auf keinen Fall mitteilen, für welche der drei Möglichkeiten sie gestimmt haben. Wer vor seiner eigenen Abstimmung einen solchen folgenschweren Fehler begehen sollte, würde nicht zur Abstimmung zugelassen und außerdem noch zu 500 Franken Geldstrafe verurteilt werden.

Die Abstimmung jedes einzelnen vollzieht sich in einer Zelle, wo er mit schwarzem Bleistift, der in der Zelle angebracht ist, auf den Stimmzettel die Ziffer 1 in der Rubrik, welche seiner Wahl entspricht, anbringt. In der Zelle muß der Abstimmende den Stimmzettel, ohne ihn zu falten, in einen Umschlag stecken, den er selbst schließen muß. Sodann verläßt er die Zelle und übergibt den geschlossenen Umschlag dem Vorsitzenden des Wahlbüros, der ihn in die Urne steckt. Sollte die Abstimmung nicht in der Zelle vor sich gegangen sein, dann muß der Vorsitzende sofort den Umschlag und den Stimmzettel an sich nehmen und den Stimm Schein annullieren.

Der Abstimmende, welcher den Stimm Schein und den Umschlag nicht dem Vorsitzenden übergibt, wird sofort verhaftet und mit 600 Franken bestraft.

Die Abstimmung dauert bis 6 Uhr. Um 6 Uhr läßt der Vorsitzende die Tür des Wahllokals schließen und fragt mit lauter und vernehmbarer Stimme, ob sich noch Personen im Wahllokal befinden, die noch nicht abgestimmt haben. Wenn auch diese ihre Stimme abgegeben haben, wird die Tür wieder geöffnet und der Schluß der Abstimmung verkündet.

Alle mit Abstimmungsämtern beauftragten Personen haben folgenden Eid zu leisten:

„Ich schwöre, die Gesetze des Gewissens treu zu beachten und als Mann von Ehre und Gewissen die mir anvertrauten Aufgaben zu erfüllen.“

Die

Strafbestimmungen

sehen im wesentlichen folgende Delikte vor:

a) Wahlfälschung durch Inhaber öffentlicher Ämter: Bei betrügerischen Handlungen dieser Art können bis zu zwei Jahren Gefängnis und 15 000 Franken Geldstrafe verhängt werden.

b) Wahlfälschung durch andere Personen.

c) Verhinderung der Abstimmungsorgane an der Ausübung ihrer Befugnisse durch Gewalt, Drohung, Betrug, Korruption, Verbreitung falscher Nachrichten, aufrührerische Schreie, beleidigende Worte oder durch jedes andere unerlaubte, wenn auch indirekte Mittel. Die Strafe beträgt bis zu drei Jahren Gefängnis. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der die Abstimmungshandlung oder die freie Ausübung des Abstimmungsrechtes verhindert oder behindert oder eine Person zu bestimmen sucht, zu enthüllen, in welchem Sinne entweder sie selbst oder ein Dritter gestimmt hat oder zu stimmen beabsichtigt. Werden die Handlungen von mehreren Personen zusammen begangen, so ist die Mindeststrafe ein Jahr.

d) Wer in der unter c) bezeichneten Weise die Abstimmung eines anderen zu beeinflussen sucht oder ihn verhindert, sein Stimmrecht auszuüben, oder ihm Hindernisse bereitet, wird mit Gefängnis von drei Monaten bis zu einem Jahr bestraft, wobei die Begehung durch mehrere Personen wiederum strafverschärfend wirkt.

e) Wer mehrmals oder an Stelle eines anderen oder ohne Berechtigung abstimmt, wird mit Gefängnis von sechs Monaten bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe von 250 bis 5000 Franken bestraft.

f) Jede Art von Teilnahme wird wie die Haupttat bestraft.

g) Außerdem sind Ordnungsstrafen der verschiedensten Art vorgesehen.

Die Garantieerklärung

Von den gleichlautenden vereinbarten Garantieerklärungen, die sowohl der deutsche wie der französische Außenminister zur Abstimmung im Saargebiet dem Präsidenten des Dreier-Ausschusses, Baron Aloisi, gegenüber abgegeben hat, hat die deutsche folgenden Wortlaut:

Herr Präsident!

Mit Beziehung auf Ihr Schreiben vom 1. Juni 1934 betreffend die Volksabstimmung im Saargebiet, beehre ich mich, Ihnen namens der deutschen Regierung folgendes mitzuteilen:

1. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, unbeschadet der Bestimmungen des § 39 der Anlage zu Artikel 50 des Vertrages von Versailles

a) sich jedes unmittelbaren oder mittelbaren Druckes zu enthalten, der die Freiheit und die Aufrichtigkeit der Stimmabgabe beeinträchtigen könnte;

b) sich ebenso hinsichtlich der abstimmungsberechtigten Personen jeder Verfolgung, Vergeltungsmaßnahmen oder Schlechterstellung wegen der politischen Haltung, die diese Personen während der Verwaltung durch den Völkerbund mit Beziehung auf den Gegenstand der Volksbefragung eingenommen haben, zu enthalten;

c) die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um jede diesen Verpflichtungen zuwiderlaufende Handlung ihrer Staatsangehörigen zu verhindern oder ihr Einhalt zu gebieten.

2. Wenn ein Streit zwischen Deutschland und einem Mitglied des Völkerbundsrates über die Auslegung oder Anwendung der in dieser Erklärung übernommenen Verpflichtungen entsteht, ist die deutsche Regierung damit einverstanden, daß dieser Streit gemäß den Bestimmungen des Haager Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 18. Oktober 1907 vor den Ständigen Schiedsgerichtshof gebracht wird, damit dieser über die Streitfrage und über die zu treffenden Maßnahmen entscheidet, unbeschadet der Rechte des Völkerbundsrates gemäß der ihm anvertrauten Aufgabe auf die Erfüllung dieser Verpflichtungen zu achten.

3. Außerdem ist die deutsche Regierung damit einverstanden, daß für den Zeitraum eines Jahres,

gerechnet von der Einführung des endgültigen Regimes an, das Abstimmungsobergericht unter folgenden Bedingungen beibehalten wird:

- a) Jede im Saargebiet abstimmungsberechtigte Person kann beim Abstimmungsgericht Beschwerde einlegen, wenn sie wegen ihrer während der Verwaltung des Gebiets durch den Völkerbund mit Beziehung auf den Gegenstand der Volksbefragung eingenommenen politischen Haltung einen Druck, eine Verfolgung, eine Vergeltungsmaßnahme oder eine Schlechterstellung erlitten hat.

Die Beschwerde wird nur zugelassen, wenn sie sich auf eine im Saargebiet begangene Handlung oder auf eine Entscheidung von Behörden bezieht, die im Saargebiet oder in den Bezirken besteht, denen Teile dieses Gebietes angeschlossen sind.

- b) Das Gericht ist zuständig, über die Beschwerden zu entscheiden und alle Maßnahmen wegen angemessener Wiedergutmachung, geldlicher oder sonstiger Art, anzuordnen; keine Entscheidung, selbst gericht-

licher Art, die unter die vorgenannten Bedingungen fällt, kann gegen die Entscheidung des Abstimmungsgerichts Geltung beanspruchen.

- c) Wenn eine Person, die im Saargebiet abstimmungsberechtigt ist, von einer Strafverfolgungs- oder Verwaltungsbehörde außerhalb des Gebietes verfolgt wird, kann sie unter denselben Bedingungen beim Abstimmungsgericht eine Entscheidung darüber beantragen, ob die Verfolgung in Widerspruch zu der in dieser Erklärung übernommenen Verpflichtung steht; die Verfolgung ist bis zu einer Entscheidung des Abstimmungsgerichtes auszusetzen und, wenn diese Entscheidung es mit sich bringt, einzustellen.

Die deutsche Regierung verpflichtet sich, alle Vorkehrungen zu treffen, um die Ausführung der Entscheidungen zu sichern, die unter den vorstehenden festgelegten Bedingungen ergehen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez. Freiherr v. Neurath.

Völkerbundsrat einstimmig für Saareinigung

Am 4. Juni hat der Völkerbundsrat die ihm vom Saarausschuß vorgelegte Entschließung über die Saarabstimmung ohne jede Änderung einstimmig angenommen.

Nach einleitenden Worten des Präsidenten berichtete der Vorsitzende des Dreierausschusses, Baron Aloisi, dem Rat. Er rühmte die Verständigungsbereitschaft Deutschlands und Frankreichs, die diese Einigung erst ermöglicht habe. Er dankte den übrigen Mitgliedern des Dreierausschusses und den Sachverständigen, die ihm bei seiner Aufgabe geholfen haben, und schloß, die erreichte Einigung habe nicht nur den Sinn, die Abstimmung selber zu ermöglichen, sondern sie solle auch als Grundlage für eine bessere Verständigung und Zusammenarbeit dienen.

Außenminister Barthou wies zunächst auf die Bedeutung der Festlegung des Datums hin und unterstrich die

Verständigungsbereitschaft der beiden Regierungen,

die sich bei den Verhandlungen gezeigt habe. Er erwähnte dabei, daß über die Festlegung des Datums keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestanden hätten. Man habe keinen Augenblick daran gedacht, das vertragliche Recht der Bevölkerung zu mindern. Tatsächlich habe nur dafür gesorgt werden müssen, daß dieses Recht in Freiheit und Würde ausgeübt werden könne. Deshalb sei es unerlässlich gewesen, für die Einwohner der Saar, und zwar für alle Einwohner, die nötigen Garantien für die Zukunft zu schaffen, was auch immer das Schicksal des Saargebietes sein werde. Barthou führte dann im einzelnen die für die Saarbevölkerung festgelegten Garantien auf. Er bezog sich dabei auf die von ihm und dem deutschen Außenminister abgegebenen Erklärungen. Hier fügte er aber hinzu, daß zu den Erklärungen noch Ausführungsgarantien hätten hinzutreten müssen. Barthou sagte dann, daß die Erklärungen sich zunächst nur auf die Abstimmungsberechtigten bezogen. Der Rat habe aber die Möglichkeit, ihre Ausdehnung auf alle Einwohner des Saargebietes zu beschließen. Über die Tragweite der Verpflichtungen des Rates in dieser Hinsicht könnten keine Zweifel bestehen. Der französische Außenminister sprach dann noch von dem doppelten Beschwerderecht der Saarbevölkerung, die sich einerseits an die Abstimmungsgerichte, während der Ubergangszeit und weiter für unbegrenzte Zeit (?) an einen internationalen Körper wenden könne. Die französische Regierung denke nicht daran, sich zu verteidigen, weil sie auf diesen Garantien bestanden habe. Denn die Saarbevölkerung hätte nicht die Möglichkeit gehabt, selbst diese Garantien durchzusetzen.

Die beiden Regierungen, fuhr Barthou fort, haben damit zugegeben, daß die Erfüllung dieser Pflichten eine wichtige Bedingung für die Abstimmung selbst ist. Trotz der sehr bedauerlichen Zwischenfälle, die die Presse gemeldet habe (die aber erlogen sind! Red.), wünschte er der Ueberzeugung zu bleiben, daß die Verpflichtungen genau eingehalten werden, um die Abstimmung, wie vorgesehen, zu ermöglichen. Barthou betonte dann weiter, daß die Autorität der Regierungskommission des Saargebietes unbedingt gewahrt bleiben müsse. Die Regierungskommission müsse jederzeit auf die Unterstützung des Rates zählen können. Von jetzt an gäbe es im Saargebiet keine Entschuldigung mehr für Gewalttate und Bedrückungen. Drohungen, Reden

und Rundfunksendungen (Straßburger Sender!), die die Gemüter erregen und auf deren Gefahr die Regierungskommission hingewiesen habe, müßten in Zukunft unterbleiben. In diesem Zusammenhang wies der französische Außenminister darauf hin, daß auch Frankreich, das mehrere tausend Staatsangehörige im Saargebiet habe, ein besonderes Interesse an der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung habe.

Der Vertreter Englands, Eden, hatte den Bemerkungen Barthous nicht viel hinzuzufügen. Er wies darauf hin, daß der Rat das Recht habe, die für die Abstimmungsberechtigten erreichten Garantien auf alle Einwohner des Saargebietes auszuweiten. Wenn, wie er hoffe, das Dreierkomitee seine Funktionen weiter behalte, so werde es zweifellos zu gegebener Zeit in der Lage sein, Vorschläge zu machen, auf Grund deren allen Einwohnern des Saargebietes angemessene Garantien gegeben werden könnten. Auch Eden sprach dann seine Zuversicht aus, daß die Vereinbarungen in jeder Beziehung durchgeführt werden, was eine wesentliche Bedingung für die Volksabstimmung sei. Zum Schluß lobte auch Eden den Geist der Verständigungsbereitschaft, der von den beiden Regierungen bewiesen worden sei.

„Können wir“, so fuhr er fort, „das nicht als ein gutes Vorzeichen für ähnliche Bestrebungen auf anderen Gebieten betrachten? Sicherlich könnte nichts der Regierung Sr. Majestät willkommener sein, als das Wachsen und die Entwicklung von gegenseitigem Vertrauen und gutem Willen getragenen Beziehungen zwischen den beiden großen Staaten, die am meisten an der Frage interessiert sind, mit der wir uns heute befassen haben.“

Der polnische Außenminister Beda führte u. a. aus, die Frage einer Volksabstimmung sei unter Bedingungen, wie sie an der Saar vorliegen, immer eine schwierige Sache. Um so mehr könne er den Ratsausschuß und seinen Präsidenten aufrichtig zu dem

Die Mitglieder der Abstimmungskommission

Zu Mitgliedern der Abstimmungskommission wurden vorgesehen:

1. Der Schweizer Heinrich Moutet, früherer Richter des schweizerischen Obergerichts in Bern, Mitglied des Ständerates, gegenwärtig außerordentlicher Professor der Rechte an der Universität Bern,
2. der schwedische Gouverneur Rodhe, früherer Leiter der juristischen Abteilung des schwedischen Außenministeriums und späterer Gouverneur von Gotland,
3. der holländische Verwaltungsbeamte de Jong, der früher hohe Posten in der holländischen Eisenbahnverwaltung und im Kolonialdienst bekleidete.

Als Sachverständige und Vertreterin der Abstimmungskommissions-Mitglieder ist die bekannte amerikanische Abstimmungssachverständige Miss Sarah Wambaugh ausersehen.

Eine Entscheidung ist noch nicht getroffen.

Erfolg beglückwünschen. Er sprach dann die Hoffnung aus, daß die im Saargebiet eingesetzten Organe ihre Aufgaben erfüllen werden, und daß es gelingen werde, die Volksabstimmung unter den denkbar besten Bedingungen durchzuführen.

Außenminister Benesch beglückwünschte Aloisi und die übrigen Mitglieder des Dreierausschusses, sowie die Regierungen Deutschlands und Frankreichs. Die Saarfrage sei eine sehr wichtige Frage. Seine Regierung habe die Verhandlungen zuweilen mit einiger Unruhe verfolgt, aber immer mit dem Wunsch, daß eine Einigung erzielt werden möge. Benesch wies dann ebenfalls darauf hin, daß der Rat sich noch mit der Frage der Ausdehnung der Garantien auf alle Bewohner des Saargebietes zu befassen haben werde. Er stelle die Frage, ob die hierfür notwendigen Untersuchungen nicht durch den Dreierausschuß gemacht werden könnten. Er fordere nicht, daß der Rat schon jetzt eine Entscheidung in dieser Frage fälle. Die Ratsmitglieder könnten sich die Sache natürlich noch überlegen. Der Ausschuß müsse dann aber zu gegebener Zeit Vorschläge machen. Außer diesen Rednern sprachen noch die Vertreter Mexikos und Dänemarks.

Der Präsident der Regierungskommission des Saargebietes, Anoz, sprach die Hoffnung aus, daß die nun angenommene Entschliekung die nötige Ruhe im Lande wiederherstellen und die für die Volksabstimmung unbedingt nötige Befriedung herbeiführen werde. (Das hängt in erster Linie von seinen Maßnahmen und seiner Unparteilichkeit ab. D. Schriftl.)

Als dann ergriff der Berichterstatter Baron Aloisi nochmals das Wort, um für die Glückwünsche herzlich zu danken. Er wünsche, daß der Geist der Verständigung sich bei der Lösung aller jetzigen internationalen Probleme ebenfalls zeigen werde. Als Letzter sprach der Präsident des Völkerbundsrates. Trotz der vom Rat jetzt erfüllten Aufgabe blieben immer noch wichtige Fragen zu lösen. Er beantrage daher, daß das Dreierkomitee seine Arbeiten fortsetze und seine Befugnisse behalte.

Der Bericht des Dreierausschusses wurde dann vom Völkerbundrat einstimmig und unverändert angenommen. Da Deutschland, Japan und Panama als Ratsmitglieder fehlten, waren nur zwölf Ratsmitglieder anwesend.

So spricht Frankreich

Frankreichs Enttäuschung über den Genfer Beschluß

In die am 30. Mai beginnende Tagung des Völkerbundsrates war die französische Regierung mit der bestimmten Erklärung eingetreten, auf ihrer bisherigen Ablehnung der Festsetzung des Abstimmungstages zu beharren, solange nicht „die Freiheit der Stimmabgabe und die Sicherheit für alle Bewohner des Saargebietes gesichert“ sei. Bei der Rede des Außenministers Barthou in der Deputiertenkammer über die auswärtige Politik hatte der Sozialistenführer Blum mit Freude den einstimmigen Jubel festgestellt, der die Zustimmung begrüßte, daß die „sozialdemokratischen Kameraden an der Saar vor Hitler-Repressalien geschützt werden“ würden („Populaire“, 26. 5. 34). Herr Max Braun persönlich wurde als würdiger Gegenstand dieses Schutzes angeführt. „Dieser Satz hatte einen wunderbaren Erfolg“ („Echo de Paris“, 26. 5.). „Das nackte Versprechen Deutschlands genügt mir nicht. Ich werde nicht nachgeben“, so hatte Barthou dem Baron Aloisi versichert. Als am 1. Juni in Genf die Abmachung zwischen Deutschland und Frankreich bekannt wurde, erfüllte zunächst Enttäuschung die Spalten der französischen Blätter: „Es ist ein Kompromiß und ein solches, das nicht alle unsere Besorgnisse über die Sicherung der Freiheit, der Unbeeinflusbarkeit und des Geheimnisses der Abstimmung beseitigt“, so gab Bertinaz zuerst seinen Gefühlen Ausdruck. Der „Matin“ spielte eine andere Leier: Er sagte am 2. Juni seinen Lesern einige kleine Unwahrheiten:

„Deutschland ist mit seinen Unterpfändern sogar über den Vertrag von Versailles hinausgegangen oder hat, wenn man das vorzieht, gewisse Lücken oder Vergeßlichkeiten ausgefüllt. Nach dem Abkommen ist das Geheimnis und die Freiheit der Wahl wirksam gesichert und der Schutz der Einwohner (Wähler und Nichtwähler) feierlich auch für die Folgezeit beschworen. . . . Der Völkerbundsrat hat entschieden, daß die Nachmittel der Regierungskommission nicht genügen. Ihm kommt es zu, diese zu ergänzen. Das ist noch nicht geregelt. Der Rat schwankt noch zwischen einem Appell an die Niederlande und eine nach Prag gerichtete Aufforderung (die Polizei zu stellen). Dort ist man einer entgegenkommenden Antwort sicher.“

Als dann aber die Schriftstücke veröffentlicht wurden, konnte man die Deffentlichkeit nicht darüber mehr hinwegtäuschen, daß das „bedeutsame Ereignis“ keinen Sieg Frankreichs darstellte, sondern daß für Deutschland die Festsetzung des Abstimmungstages eine verdiente Genugtuung war. Wie sage ich's meinem Kinde? war die große Frage. Der „Temps“ (3. 6.) begnügte sich nach merkwürdig kurzen Ausführungen mit der Feststellung, daß „man der Lage mit mehr Ruhe und Kaltblütigkeit entgegensetzen“ könne. „Echo de Paris“ (4. 6.) tröstete sich damit, daß ihm versichert worden sei, die Regierungskommission dürfe auch in Zukunft entsprechend dem 1926 vom Völkerbund genehmigten Beschluß im Falle von Gefährdung von Menschenleben die französische Armee zu Hilfe rufen. Und zum Schluß

führte es an, daß man Barthou nicht kritisieren dürfe. Dieser habe die viel wichtigere Abrüstungsfrage auf sich lasten, und habe in der minderwichtigen Saargelegenheit nachgegeben, um in jener Erfolge zu erreichen. Das war ein Gedanke, den die Franzosen verstehen, wie weit er verwirklicht wird, muß die Zukunft lehren.

Barthous Rede in Genf und seine Hintergedanken.

Die Erklärung, mit der am 4. Juni in Genf in der Ratsversammlung der französische Außenminister den Standpunkt seiner Regierung zu dem Abkommen festlegte, bedarf einer besonderen Erwähnung, weil in ihr Dinge enthalten sind, die in der Zukunft sehr bedeutungsvoll werden können. Das bezieht sich einmal auf die Aufforderung an den Rat, die von Deutschland nicht zugesicherte, sondern der Erwägung des Rates überlassene Sicherung auch der Nichtwähler im Saargebiet jener der Abstimmungsberechtigten gleichzustellen. Herr Barthou hat dabei die Worte gewählt: „Kein Einwohner des Saargebiets soll beunruhigt oder einen Schaden erleiden wegen seiner politischen Haltung im Verlauf der letzten 15 Jahre, während derer das Gebiet vom Völkerbund verwaltet wurde.“ So wie wir die französische Auslegungskunst bisher kennengelernt haben, wird sie hieraus bei Bedarf einen vollkommenen Freibrief für ihr bequeme Leute, die innerhalb dieser 15 Jahre auch nur vorübergehend im Saargebiet wohnten, auch für das, was sie außerhalb des Saargebiets getan haben, konstruieren wollen.

Von ganz besonderer Wichtigkeit aber sind folgende Sätze:

„Die beiden beteiligten Regierungen haben, indem sie die von ihnen übernommenen Verpflichtungen niederlegten, eben dadurch anerkannt, daß ihre Erfüllung eine wesentliche Bedingung der Abstimmung bildet. Der Völkerbundsrat erklärt das ausdrücklich in einer der ihm vorgeschlagenen Entschliekungen. Unter diesen Verpflichtungen befinden sich solche, die sofort in Kraft treten.“

„Trotz der von der Presse berichteten ärgerlichen Vorfälle will ich überzeugt bleiben, daß jene genau ausgeführt werden, so daß die Abstimmung in der Weise und zu dem Zeitpunkt stattfinden kann, wie sie der Rat auf Grund der ihm vorgelegten Entschliekungen bestimmen wird.“

Wir sehen hier den Pferdefuß durch den Weihrauch durchschimmern, die der Minister an anderer Stelle dem durch das Abkommen bewiesenen Versöhnungsgeist gestreut hat. Denn auf Deutsch heißen diese Worte nichts anderes, als daß Frankreich jeden angeblichen Verstoß zum Vorwand zu nehmen sich vorbehält, um die Abhaltung der Abstimmung anzufechten. Was dabei auch als Verstoß bezeichnet werden könnte, zeigt ein weiterer Satz der Rede Barthous:

„Nachdem der Abstimmungstag festgesetzt ist und die Sicherungen bestimmt worden sind, muß die Ruhe im Saar-

gebiet wieder einführen. Die Geister dürfen nicht mehr beunruhigt und aufgeregt werden durch Drohungen, Reden, Rundfunksendungen, deren gefährliche Folgen die Regierungskommission dem Völkerbundsrat mitgeteilt hat.“

Man wird gut tun, diese Rede sich im Gedächtnis zu halten bei der Weiterentwicklung der Dinge. Daß noch viele Schwierigkeiten bevorstehen, betonten auch manche Völkerbundsratsmitglieder bei der anschließenden Verhandlung. Auf Grund eigener Erfahrung in Oberschlesien äußerte der Vertreter Polens, daß „die Regelung einer Gebietsfrage auf dem Wege der Volksabstimmung Vorteile grundsätzlicher Art, aber Schwierigkeiten bei der Durchführung böte.“ Verschiedene andere Staatenvertreter, besonders der Tschechoslowakei, verlangten die Ausgestaltung des Schutzes der Nichtabstimmungsberechtigten durch den Völkerbund und gaben dabei Ansichten kund, die eine Souveränität des Völkerbundes über das Saargebiet bis zur Abstimmung andeuteten. Sie vertraten dabei einen auch in dem fettgedruckten Kernspruch des „Matin“ vom 20. Mai vertretenen Standpunkt, trotzdem durch den Versailler Vertrag nach bisheriger Rechtsauffassung die Souveränität Deutschlands über das Saargebiet nicht angetastet wurde. Zu der wahrscheinlichen künftigen Taktik Frankreichs paßt aber eine derartige Auffassung gut.

Französische Zukunftstaktik.

Andeutungen darüber, worin diese Taktik künftig bestehen wird, ergeben sich aus manchen Nachrichten. Die nunmehr festgesetzte Abstimmung nach Gemeinden bzw. Bürgermeistereien wird als hoffnungsvoll für Frankreich angesehen. Schon am 19. Mai hatte der auswärtige Ausschuß des Senats sich für eine solche ausgesprochen („Temps“, 20. 5.). Man denkt im Warndt Erfolge zu erringen und in der Gegend von Saarlouis. Bei der Hauptversammlung des französischen Saarvereins in der Sorbonne zu Paris am 25. Mai war es Herr S. Hector, der, nachdem Herr Revire den Jahresbericht erstattet hatte, dem Dank für die Unterstützung durch Frankreich Ausdruck gab und versicherte, daß „das kleine, unter Terror kämpfende Volk“ bei der Abstimmung ihn beweisen werde („Echo de Paris“, 26. 5.).

Anderer Mittel, die empfohlen werden, um die Lösung der Saarfrage hinauszuschieben, sind Überlastung der Abstimmungsgerichte durch Anfragen und Beschwerden wegen der Wahlberechtigten (es wird gesagt, daß bei den vielen hunderttausend Untersuchungen, die man dadurch hervorrufen könne, der Abstimmungstag nicht eingehalten werden könne), dann aber besonders ein Druck auf

Deutschland durch die Forderungen für den Rücklauf der Bergwerke.

Die Sehnsucht nach Zwischenfällen.

Vor allem aber wünscht man Zwischenfälle herbei und — veranlaßt solche. Wie man den „Diebstahl“ der Akten der französischen Schulen auszunutzen gedachte, zeigten die Presseäußerungen: Der „Matin“ (25. 5.) bezeichnete schon in seiner Überschrift Hermann Röchling als den Urheber des Einbruchs, „der im übrigen hierin schon Übung habe“. „Echo de Paris“ (24. 5.) griff noch höher hinauf. „Hier ist ohne Zweifel die Schuld der Regierung des Herrn Hitler festgestellt bei einer Tat, von der sie allein Nutzen haben kann.“ Als dann die Täter bekannt wurden und wahrhaftig den Deutschen nicht mehr angehängt werden konnten, glaubte letzteres Blatt die Feststellung abfertigen zu können mit der druckgedruckten Schlagzeile: „Nach dem Diebstahl auch noch Unverschämtheit von deutscher Seite.“

Die Vorgänge in Saarlouis aber sucht man vollständig umzufälschen. Es ist in der deutschen Presse der Umstand bisher nicht erwähnt worden, daß am 24. Mai den dorthin aus Nancy gekommenen Studenten auf dem Place Major de Lanrezac jenen Vortrag hielt, in dem die Rechte Frankreichs auf Saarlouis dargelegt wurden. In welcher Weise das geschah, ist für den, der diesen Mann kennt (vgl. „Saarfreund“, 1934, S. 95) ohne weiteres klar. Die durchaus harmlose Gegenäußerung der Einwohnerschaft stand durch ihre Ruhe und Diszipliniertheit wohltonend ab von der selbst von den Franzosen anerkannten Mißhandlung der 400 italienischen Balillas, die vier Tage später verprügelt wurden, als sie auf der Turbie bei Mentone das Giovinezza-Lied sangen („Temps“, 29. 5.). Trotzdem hat nicht nur der französische Saarverein als Sühneopfer der Stadt Saarlouis am Pariser Denkmal des Marshalls Ney einen Kranz niederlegen lassen („Matin“, 26. 5.), sondern die Studenten der „Patriotischen Jugend“ haben an allen Universitäten und hohen Schulen ein Flugblatt verteilt mit vollkommener Entstellung der Vorgänge, der Forderung an die Regierung, die deutschen Lummel (rustres) mit Gewalt Höflichkeit zu lehren“ und mit der Androhung von Gegenmaßnahmen gegen die deutschen Studenten. Ebenso wurden die Vorfälle am 2. Juni in dieser Stadt durchaus falsch geschildert.

Der Zweck ist klar: Die Forderung nach fremder Polizei soll immer wieder als berechtigt dargestellt werden, und letzten Endes denkt man an die erwähnte Möglichkeit einer Nichtdurchführung der Abstimmung wegen deutscherseits nicht erfüllter Verpflichtungen.

(Abgeschlossen am 8. Juni.)

Oberst a. D. Rudolf Ritter von Eylander.

Rechtsfragen der Volksabstimmung im Saargebiet¹⁾

Von Gerichtsassessor Dr. Groten, St. Wendel (Saar)

Neben den Abstimmungsproblemen sind heute die Fragen der Volksabstimmung des Saargebietes Gegenstand des allgemeinen politischen Interesses der gesamten Welt. Deutschland mußte nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges das kohlen- und industriereiche Tal der Saar mit seiner einheitlich deutschen Bevölkerung, die sich heute auf 825 000 Personen beläuft, für die Dauer von 15 Jahren einer internationalen Regierungskommission des Genfer Völkerbundes überliefern und das weitere Schicksal des Gebietes von dem Ergebnis einer Volksabstimmung abhängig machen, die vertragsgemäß zu Beginn des Jahres 1935 stattfinden soll.

Zur Teilnahme an der Volksabstimmung sind gemäß § 34 Abs. 2 des Saarstatuts alle Personen beiderlei Geschlechts berechtigt, die

1. am Tage der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, also am 28. Juni 1919, im Saargebiet gewohnt haben,
- und ferner
2. am Tage der Abstimmung über 20 Jahre alt sind.

¹⁾ Die Abhandlung ist in etwas anderer Fassung erstmalig erschienen im „Reichsverwaltungsblatt und Preussisches Verwaltungsblatt“ vom 21. April 1934.

Dies sind die einzigen Erfordernisse der Stimmberechtigung. Es ist daher unerheblich, wo man geboren ist, woher die Eltern stammen, welche Staatsangehörigkeit man hat, ob man die Eigenschaft als Saareinwohner besitzt und dergleichen. All das hat auf die Abstimmungsberechtigung keinen Einfluß. Inwiefern der Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte zur Zeit der Abstimmung vorausgesetzt wird, ist noch ungewiß. Darüber hat der Völkerbundsrat zu entscheiden.

Die Bedeutung des Begriffes „wohnen“ ist aus dem völkerrechtlichen Wohnsitzbegriff zu entnehmen. Ihm zufolge versteht man unter Wohnsitz den tatsächlichen Aufenthalt einer Person, mit dem Willen, sich ständig — d. h. nicht nur vorübergehend — niederzulassen. Dabei ist polizeiliche Meldung nicht unbedingt erforderlich, jedoch ist sie ein geeignetes Beweismittel für den ständigen Aufenthalt. Eine vorübergehende Abwesenheit ist unschädlich, sie beseitigt den Wohnsitz am ständigen Aufenthaltsort nicht. Daher sind insbesondere die saarländischen Studenten, die damals auswärts studiert haben, abstimmungsberechtigt. Das gleiche gilt im allgemeinen für die Ausgewiesenen, weil die Aus-

weisungen durchweg nur eine vorübergehende Entfernung vom Wohnsitz zur Folge hatten. Jedoch sind die französischen Soldaten, ebenso wie die französischen Zoll- und Grubenbeamten, nicht abstimmungsberechtigt, weil sie sich an dem damaligen Stichtag (28. Juni 1919) nur vorübergehend im Saargebiet aufgehalten. Ob und inwieweit die „Saargänger“ abstimmungsberechtigt sind, ist noch ungewiß.

Den Abstimmungsberechtigten sind drei Entscheidungsmöglichkeiten zur Wahl gestellt:

- a) Beibehaltung der internationalen Regierung des Genfer Völkerbundes,
- b) Vereinigung mit Frankreich,
- c) Rückgliederung an Deutschland.

Die erstgenannte Wahlmöglichkeit wird im Versailler Vertrag ungenau als „Beibehaltung der durch den gegenwärtigen Vertrag... geschaffenen Rechtsordnung“ bezeichnet. Diese Ausdrucksweise ist jedoch irreführend. Eine nähere Betrachtung des derzeitigen Regierungssystems des Saargebietes läßt deutlich erkennen, daß seine unveränderte Aufrechterhaltung gar nicht möglich ist. Denn es ist seinem ganzen Wesen nach ein Zwischengebilde. Die in der Zeit nach der Volksabstimmung einzurichtende Rechtsordnung soll aber eine dauernde und endgültige sein; sie würde sich daher naturnotwendig von dem bisherigen vorläufigen Rechtszustand wesentlich unterscheiden. Eine Ueberleitung des derzeitigen provisorischen Regierungssystems in einen Dauerzustand würde eine grundlegende Veränderung der Rechtsstellung des Saargebietes herbeiführen. Bisher war das Saargebiet ein Teil des Deutschen Reiches und unterstand der deutschen Souveränität. In Zukunft wäre es ein von Deutschland getrenntes besonderes Gebilde. Die treuhänderische Stellung des Völkerbundes würde hierdurch im wesentlichen gegenstandslos. Das Saargebiet wäre in noch weiterem Maße als bisher seiner Gewalt und damit der Willkür der Völkerbundsmitglieder unterworfen. Eine weitere Folge wäre für die Saarbevölkerung voraussichtlich der Verlust ihrer deutschen Staatsangehörigkeit, wodurch sie alle damit verbundenen Vorrechte einbüßen würde.

Jedoch könnte das Saargebiet niemals wirkliche Selbständigkeit gewinnen. Es bliebe sowohl rechtlich als auch politisch wie auch wirtschaftlich stets eine abhängiges und unfreies Sondergebilde. Denn wenn auch aus den angeführten Gründen eine unveränderte Beibehaltung der derzeitigen Rechtsordnung unmöglich ist, so ist doch die dahinlautende Vertragsvorschrift nicht bedeutungslos. Sie ist vielmehr so zu verstehen, daß das jetzige internationale Regierungssystem insoweit aufrechterhalten werden muß, als die Ueberleitung in einen Dauerzustand nicht ohne weiteres naturnotwendig Abänderungen herbeiführt. Soweit solche Umgestaltungen nicht die unumgängliche Folge der Ueberleitung sind, muß der gegenwärtige Rechtszustand beibehalten werden. Hiernach bliebe insbesondere die Unterordnung des Gebietes unter den Genfer Völkerbund und seine internationale Regierungskommission bestehen. Wie bisher würde daher der Völkerbundsrat, ohne daß er den Willen der Saarbevölkerung zu berücksichtigen hätte, die Mitglieder der Regierungskommission mit der Maßgabe ernennen, daß nur ein einziger von ihnen ein Saarländer sein dürfte und alle anderen Ausländer sein müßten. Der Saarbevölkerung bliebe also auch in Zukunft jede maßgebende Einflußnahme auf die Zusammenlegung der Regierungskommission verlagert. Ebenso hätte sie keinerlei Rechtsbefugnis, auf die Führung der Regierungsgeschäfte irgendwie Einfluß zu nehmen. Die internationale Regierungskommission könnte ebenso wie bisher nach freiem Belieben schalten und walten. Dabei wäre sie einzig und allein der gänzlich unwirksamen Kontrolle des Völkerbundsrates unterstellt, die Saarbevölkerung selbst hätte keinerlei entscheidendes Mitbestimmungsrecht. Wie bisher wäre ihre Mitwirkung bei der Gesetzgebung auf die recht belanglose Anhörung der Volksvertretung vor Gesetzesänderungen beschränkt, ohne daß ein Anrecht auf Berücksichtigung ihrer Wünsche bestünde.

Eine Abänderung dieser Rechtsordnung etwa in der Weise, daß die Bevölkerung rechtsmaßgeblichen Einfluß auf die Ernennung der Regierungsmitglieder erhielte oder ihr eine entscheidende Mitwirkung bei der Führung der Regie-

rungsgeschäfte und dem Erlaß der Gesetze eingeräumt würde, wäre völkerrechtlich unzulässig. Denn dies würde keine „Beibehaltung der durch den Vertrag geschaffenen Rechtsordnung“, sondern die Herbeiführung eines wesentlich anders gearteten Rechtszustandes sein. Eine solche Möglichkeit ist aber im Vertrag nicht vorgesehen und kann daher nicht willkürlich vom Völkerbund angeordnet werden. Denn dieser hat keine selbständigen freien Machtbefugnisse, sondern muß sich auf die Durchführung der Vorschriften des Versailler Vertrages nach Maßgabe der darin enthaltenen Bestimmungen beschränken.

Aber selbst wenn derartige Änderungen zulässig wären, so würde durch sie die Entrechtung der Bevölkerung nur wenig gemildert. Staatliche Freiheit würde sie niemals gewinnen können. Denn als wirklich souveräner Staat wäre das Saargebiet auch dann noch undenkbar. Dafür fehlen ihm alle politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen²⁾.

Der Versailler Vertrag beschränkt sich im allgemeinen auf die grundsätzliche Regelung der Abstimmung. Nähere Einzelvorschriften sind darin nur ausnahmsweise enthalten. In § 34 Abs. 4 ist daher bestimmt, daß weitere Ausführungsvorschriften durch den Völkerbundsrat erlassen werden. Dieser hat insbesondere die Einzelheiten der Abstimmungsberechtigung, das anzuwendende Verfahren und den genauen Zeitpunkt der Abstimmung festzusetzen.

Die Regierungskommission hat mit der Volksabstimmung nichts zu tun, sie kann in keiner Weise selbständig dabei mitwirken. Der Vertrag überträgt eindeutig alle Abstimmungsangelegenheiten allein dem Völkerbundsrat, ohne für die Regierungskommission eine eigene Mitwirkungsmöglichkeit offen zu lassen. Dies ist einmal aus dem gesamten Inhalt und Wortlaut des Vertrages und sodann auch aus seiner systematischen Gliederung erkennbar, indem die gesamten Abstimmungsangelegenheiten in einem besonderen Kapitel zusammengefaßt und von den der Regierungskommission übertragenen Regierungsgeschäften gesondert geregelt und dabei allein Zuständigkeiten des Völkerbundsrates sowie der Völkerbundsversammlung vorgegeben sind, wogegen die Regierungskommission nirgends erwähnt ist. Dementprechend ist auch die in § 33 der Regierungskommission verliehene Befugnis zur authentischen Vertragsinterpretation ausdrücklich auf die Regierungsangelegenheiten beschränkt. — Bemerkenswert ist auch der hier in Erscheinung tretende Gegensatz zu den Verwaltungseinrichtungen der anderen Abstimmungsgebiete der Nachkriegszeit. Die dort eingesetzten internationalen und interalliierten Kommissionen hatten nicht nur die Verwaltungsgeschäfte zu führen, sondern es war ihnen darüber hinaus ausdrücklich auch die Durchführung der Volksabstimmung anvertraut, wobei ihnen ähnliche Rechte verliehen waren, wie sie für das Saargebiet dem Völkerbundsrat zugewiesen sind. Die Regierungskommission des Saargebietes ist demgegenüber nur mit den normalen Regierungsgeschäften betraut und daher lediglich Regierungseinrichtung, nicht auch Abstimmungsorgan. Demgemäß hat die Regierungskommission auch selbst wiederholt deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie sich in den Angelegenheiten der Volksabstimmung nicht für zuständig halte.

Jedoch ist es nicht erforderlich, daß der Rat die Abstimmung unvermittelt selbst durchführt. Er kann seine Aufgabe auch einer Kommission oder einem Kommissar übertragen. Es ist zu erwarten, daß er dies auch tun wird. Denn einer unmittelbaren Erledigung durch ihn selbst stehen mannigfache praktische Schwierigkeiten entgegen, zumal es erforderlich ist, daß die Abstimmungsleitung ihren Sitz im Saargebiet nimmt, was der Völkerbundsrat schwerlich ermöglichen kann.

Es wäre auch nicht zulässig, wenn der Rat nun die Regierungskommission zu seinem Abstimmungsbeauftragten wählen und ihr seine Befugnisse übertragen würde. Denn indem der Vertrag die Regierungskommission eindeutig von den Abstimmungsgeschäften ausgeschlossen hat, hat er zwischen ihr und dem Abstimmungsorgan eine Gewaltenteilung angeordnet. Dies hat sachlich berechtigte Gründe. Man wollte damit offenbar dem Umstand Rechnung tragen, daß die Regierungskommission ein gewisses eigenes Inter-

²⁾ Vergl. hierzu im einzelnen die Abhandlung des Verfassers: Die rechtliche und politische Stellung der Regierungskommission des Saargebietes, Saarfreund vom 15. April 1934.

esse an der Volksabstimmung hat, indem der Vertrag die Möglichkeit einer Beibehaltung der Regierung dieser Kommission vorsieht. Hieraus erklärt sich auch die andersgeartete Regelung in den sonstigen Abstimmungsgebieten. Dort konnte die Abstimmung ohne solche Bedenken den Verwaltungskommissionen überlassen bleiben, da dort keine Möglichkeit einer derartigen Interessennahme der Kommissionen bestand, indem deren Beibehaltung nirgends vorgesehen war. Es wäre daher rechtswidrig, wenn der Rat etwa die hiernach im Vertrag aus guten Gründen erfolgte Ausschaltung der Regierungskommission des Saargebietes dadurch illusorisch machte, daß er ihr seine Aufgaben übertragen würde.

Abgesehen von diesen rechtlichen Erwägungen lassen auch praktische Gründe eine Durchführung der Abstimmung durch die Regierungskommission des Saargebietes nicht angängig erscheinen. In weiten Kreisen der Saarbevölkerung genießt sie nicht das erforderliche Vertrauen. Gegen einflußreiche Persönlichkeiten, die wichtige Ämter inne haben und denen daher im Falle einer Durchführung der Abstimmung durch die Regierungskommission auch hierbei bedeutende Aufgaben zufallen würden, erhebt man seit Jahren den Vorwurf, daß sie ihre Stellen zur einseitigen Förderung französischer Interessen ausnützen. Es ist daher zur Wahrung eines sachlich einwandfreien und würdigen Verlaufs der Abstimmung dringend zu wünschen, daß ihre Leitung durch Persönlichkeiten erfolgt, deren Unvoreingenommenheit von keinem sachlich denkenden Menschen in Zweifel gestellt werden kann.

Somit ist also eine Leitung der Volksabstimmung durch die Regierungskommission des Saargebietes rechtlich unzulässig und praktisch unerwünscht.

Diese Kompetenzverteilung führt zu dem bemerkenswerten Ergebnis, daß zur Zeit der Volksabstimmung zwei Kommissionen des Völkerbundes nebeneinander im Saargebiet tätig sein werden: die Regierungskommission und die Abstimmungskommission. Dabei sind beide in ihrer Amtsausübung voneinander unabhängig, indem sie beide ihre besonderen verschiedenartigen Zuständigkeitsbereiche haben. Denn laut ausdrücklicher Vorschrift des § 39 Abs. 2 hören die Befugnisse der Regierungskommission nicht schon mit dem 10. Januar 1935 oder mit dem Beginn der Abstimmung auf, sondern sie enden erst mit dem Inkrafttreten der neuen

Rechtsordnung, die auf Grund der Entscheidung des Völkerbundes eingerichtet wird, voraussichtlich also mit der Übergabe der Regierung an die deutschen Behörden.

In erster Linie wird es Aufgabe des Völkerbundsrates bzw. seiner Abstimmungskommission sein, die sich hinsichtlich der Abstimmungsberechtigung ergebenden Zweifelsfragen eindeutig zu klären. Dabei kann er nicht nach eigenem Belieben verfahren, sondern muß sich nach den Rechts- und Grundsätzen des Völkerrechts richten. Insbesondere wird er sich bei der Einzelregelung der Wohnsitzfrage an den völkerrechtlichen Wohnsitzbegriff zu halten haben. Nur insoweit hierbei Zweifelsfälle offenbleiben, hat er ein eigenes freies Bestimmungsrecht. Da es nicht möglich ist, in den allgemeinen Ausführungsvorschriften alle vorkommenden Einzelfälle erschöpfend zu erfassen, so wird der Völkerbundsrat ferner besondere Entscheidungsstellen einrichten müssen, die in Streitfällen über die Abstimmungsberechtigung entscheiden.

Der Vorschrift des § 34 Abs. 2 zufolge findet die Abstimmung entweder nach Gemeinden oder nach Bezirken statt. Somit hat der Völkerbundsrat die Wahl zwischen diesen beiden Möglichkeiten; man wird ihm aber auch die Befugnis zuerkennen müssen, beide Methoden nebeneinander anzuwenden, indem er nur in einem Teil des Saargebietes nach Gemeinden und im übrigen nach Bezirken abstimmen läßt. Bei Stimmabgabe nach Gemeinden werden die Stimmen innerhalb der einzelnen Gemeinden zusammengezählt, bei bezirkswise Abstimmung werden sie innerhalb der Abstimmungsbezirke zusammengezählt. Ob sich die Bezirkseinteilung nach der bestehenden Verwaltungsgliederung des Saargebietes richten muß, oder ob unabhängig von ihr besondere Abstimmungsbezirke gebildet werden können, ist im Vertrag nicht ausdrücklich gesagt, doch wird man aus dem Wortlaut des Vertrages wie auch aus seiner Entstehungsgeschichte folgern müssen, daß damit die zur Zeit der Vertragsabfassung bestehende Gliederung der allgemeinen Landesverwaltungen gemeint ist.

Eine einheitliche Abstimmung, die en bloc für das ganze Saargebiet in der Weise stattfände, daß nur ein einziger Abstimmungsbezirk gebildet und somit alle im ganzen Saargebiet abgegebenen Stimmen zusammengerechnet würden, wäre mit den Vertragsvorschriften, die eindeutig nur eine Abstimmung nach Gemeinden oder Bezirken ermöglichen, unvereinbar.

(Schluß folgt.)

„Saarländische Freiheitsmiliz“?

Die Gegner der Rückgliederung des Saargebietes an das Reich schreien seit Monaten immer wieder über Terror. Sie behaupten, daß die Anhänger der Deutschen Front es den antideutschen Gesinnungen unmöglich machten, für ihre Auffassung über die Lösung der Saarfrage Propaganda zu entfalten. Auch sei es so gut wie ausgeschlossen, daß die im Januar nächsten Jahres fällige Volksabstimmung frei und unbeeinflusst vonstatten gehen werde. Es soll heute hier nicht auf die Frechheit dieser Vaterlandsverräter, die allein schon darin liegt, daß sie es wagen, sich über Hindernisse bei ihrer schmutzigen Agitation gegen das eigene Vaterland zu beschweren, eingegangen werden. Aber das eine soll auch hier zum Ausdruck kommen, nämlich das, daß in jedem anderen Lande unter den gleichen Umständen Menschen, die für einen Judaslohn Heimat und Volkstum zu verraten bereit sind, aus der Volksgemeinschaft ausgestoßen und in bezug auf ihre Volkszugehörigkeit für vogelfrei erklärt werden. Doch das nur nebenbei.

Im Saargebiet finden diese Vaterlandsverräter im weitgehendsten Maße Schutz und Förderung durch die Regierungskommission. Sie betrachtet es geradezu als ihre Aufgabe, dem geschlossenen Willen der Saardeutschen entgegenzuarbeiten. Präsident Anoz hat sich sogar den Trieb der Verräter, über Terror zu schreien, um noch mehr Schutz und Geld zu erhalten, insofern zu eigen gemacht, daß auch er überall versucht, Stimmung für die Zulassung landesfremder Polizei oder Truppen zu machen. Dabei greift er selbst zu den gewagtesten Behauptungen und scheut auch nicht vor nachweisbaren Unwahrheiten zurück. Ein Musterbeispiel für die Richtigkeit dieser Behauptung ist die be-

rüchtigte Terrorentschrift, die die Regierungskommission um die Jahreswende an den Völkerbund schickte. Die strotzte geradezu von Unrichtigkeiten und wurde an der Saar allgemein als ein raffiniertes Fälscherkunststück des bei der Saarregierung in besonders hohem Ansehen stehenden Emigranten Rikel, früher hessischer Oberregierungsrat, gegen den die Staatsanwaltschaft wegen krimineller Vergehen einen Steckbrief erlassen hat und dessen Vermögen im Reich beschlagnahmt worden ist, bezeichnet.

Präsident Anoz und Genossen haben bisher ihr Ziel nicht erreicht. Aber sie arbeiten weiter daran. In ihrer Verlautbarung über das Vorgehen gegen die saarländische Polizeibeamten-Vereinigung war von weiteren „geplanten Maßnahmen“ die Rede. Vielleicht gehört hierzu auch die Prüfung der Bildung einer „saarländischen Heimwehr“ oder „saarländischen Freiheitsmiliz“, wie sie von der Regierungskommission sehr nahestehenden „Saarländischen Wirtschaftsvereinigung“ (SWV.) bereits im Februar dieses Jahres in Vorschlag gebracht wurde. Wir sind in der Lage, der Öffentlichkeit den von dieser Vereinigung der Regierungskommission unterbreiteten Plan, den sie auch an die Saarkommission in Genf schickte, nebst Begleitschreiben zur Kenntnis zu bringen. Sie lauten:

Saarlouis, den 7. 2. 1934.

An die Saarkommission in Genf,
z. Hd. des Herrn Baro. Aloisi, Genf.

Sehr geehrter Herr Baron! Wir gestatten uns ganz ergebenst, Ihnen in der Anlage eine Kopie sowie Organisationsplan zu überreichen mit der devoten Bitte, diesen

Wünschen nach Möglichkeit entgegenzukommen und gegebenenfalls bei den Vorbereitungsarbeiten für die Abstimmung zu berücksichtigen. Wir erlauben uns, der hohen Abstimmungskommission gleichzeitig ein Programm der SWB. zu übermitteln.

Ferner können wir es uns nicht versagen, der Kommission evtl. glaubhaft nachzuweisen, daß der größte Teil der katholischen saarländischen Bevölkerung geschlossen hinter uns steht und mit allen legalen Mitteln bestrebt ist, den status quo beizubehalten.

Die Regierungskommission ist im Besitze des Originalbriefes und einer Kopie des Organisationsplanes.

Wir sind der Auffassung, daß unser Plan zwecks Bildung einer saarländischen Heimwehr dem Gedanken vorzuziehen ist, fremde Truppen, die mit der Eigenart der Saarbevölkerung doch nicht ausreichend vertraut sind, hinzuzuziehen.

Wir bitten Sie höflichst um gefällige Stellungnahme und zeichnen

mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Gonter.

Saarländische Freiheitsmiliz
nach der Art der österreichischen Heimwehr.

Organisationsplan: 5000 Mannschaften, gegliedert in 45 Mannschaften für den ordentlichen Polizeidienst und 5 Mannschaften für den Geheimdienst, geführt von je einem Gruppenführer, eingeteilt in insgesamt 250 Staffeln zu je 20 Mann. Führer: „Staffelführer“.

Die Truppe wird geleitet von:

- Staffelführer,
- Gruppenführer,
- 1 Obergruppenführer der geheimen Miliz,
- 9 Obergruppenführer der ordentlichen Miliz,
- 10 von den Gruppenführern zu wählenden Ausschußmitgliedern,
- 1 Inspekteur, der von dem Dreiererrat gewählt wird.

Uniform:

Mütze: Dunkelblau mit Sturmriemen, ovale Kofarde in den Farben Blau, Weiß, Schwarz.

Hemdbluse: dunkelblau mit hellblauer Krawatte, Koppel mit Schulterriemen und Karabinerhaken, Koppelschloß verziert mit der Inschrift „Frei Saar, immerdar“.

Hose: schwarz mit hellblauer Biese.

Stiefel: schwarze Schaftstiefel, schwarze Schnürschuhe.

Staffelführer am linken Ärmel einen Winkel (hellblau),

Gruppenführer am linken Ärmel zwei Winkel

Obergruppenführer am linken Ärmel einen breiten und einen

schmalen Winkel,

Ausschußmitglied am linken Ärmel zwei breite Winkel,

Dreiererrat am linken Ärmel drei breite Winkel

Inspekteur am linken Ärmel drei breite Winkel und einen

schmalen Winkel.

Bewaffnung:

Mannschaften: Gummitnüttel oder Stahlrute,

Führer: Gummitnüttel mit Browning.

Ausbildung:

3 Monate Bogen, Jiu-Jitsu, Leichtathletik, Wehrsport.

Aufnahme:

Nur unbescholtene antisowjetische Saarländer können aufgenommen werden. Politische Vorstrafen zählen nicht. Nach dreimonatiger Ausbildung haben die Prüflinge den Eid auf die Regierungskommission und den Völkerbund zu leisten. Die vorläufige Führung wird durch zuverlässige Polizei- und Landjägerbeamte geregelt.

Verwendung:

- Zum Schutze einer freien, geheimen Abstimmung,
- zum Schutze der antisowjetischen Bevölkerung,
- zum Schutze der Regierungskommission und der antideutschen Beamten,
- zum Ausfüllen der durch Entlassungen freiwerdenden Polizei- und Landjägerposten,
- zur Bekämpfung der nationalsozialistischen Terroristen,
- zur Gewährleistung, daß die Verordnungen der Regierungskommission befolgt werden.

Sitz:

Zentrale: Saarlouis, Hauptgeschäftsstelle und je eines Ortsgruppenführers: Saarbrücken, Neunkirchen, Völklingen, Merzig, St. Ingbert, St. Wendel, Saarlouis, Lebach, Ludweiler, Dillingen.

Besoldung:

Freie Verpflegung und Unterkunft für Mannschaften und Staffelführer.

Wie komme ich in das Saargebiet?

Einreise, Meldevorschriften.

Für die Einreise in das Saargebiet bedarf es keiner besonderen Einreiseerlaubnis. Die Einreisenden müssen jedoch im Besitze eines Reisepasses sein. Der Aufenthalt bis zu drei Tagen ist ohne besondere Genehmigung gestattet. Für einen längeren Aufenthalt in Saarbrücken ist die Aufenthaltserlaubnis bei der Direktion des Innern (Verkehrsabteilung, Passbüro) der Regierungskommission des Saargebiets, Hindenburgstraße 15, nachzusuchen. In anderen Orten des Saargebiets kann der zuständige Bürgermeister den Aufenthalt bis zu 14 Tagen gestatten, darüber hinaus ist auch da der Aufenthalt von der Genehmigung der vorerwähnten Dienststelle der Regierungskommission abhängig. Die Aufenthaltserlaubnis wird in der Regel nur für 3 Monate erteilt und muß nach Ablauf dieser Frist erneut beantragt werden. Zum Zwecke der Arbeitsaufnahme im Saargebiet wird die Aufenthaltserlaubnis nur in Ausnahmefällen nach Lage des saarländischen Arbeitsmarktes erteilt.

Für solche Personen, die als Mitglieder eines Vereins oder einer sonstigen Personenmehrheit in dieser Eigenschaft, sei es einzeln oder geschlossen, sich in das Saargebiet begeben, um dort an einer öffentlichen Veranstaltung teilzunehmen, ist eine Genehmigung zur Einreise in das Saargebiet erforderlich.

Nimmt der Reisende in Saarbrücken in einem Hotel Wohnung, so erledigt das Hotelpersonal die polizeiliche Anmeldung. Im anderen Falle hat die Anmeldung mittels der in den Papiergeschäften erhältlichen Anmeldeformulare bei dem zuständigen Polizeirevier zu erfolgen.

Tagegelder:	a) Mannschaften	10.— Frs.
	b) Staffelführer	16.— "
	c) Gruppenführer	24.— "
	d) Obergruppenführer	30.— "
	e) Inspekteur	monatl. 1500.— "

Die Mittel hierzu werden z. T. von der SWB., SPD., SSP., von der UHS. und UFS. bestritten. Die Regierungskommission trägt bis auf weiteres zwei Drittel des Etats. Für besondere, nicht vorgesehene Ausgaben werden von der Mines domaniales sowie von Gönnern des autonomen Staates der Saar (Juden, Ausländer u. a.) regelmäßig Spenden geleistet.

Die Einberufung der Miliz geschieht vorläufig stillschweigend durch die Einberufer.

gez.: Buchheit, Feistel, Gonter, Groß."

Hierzu ist zunächst folgendes zu sagen:

- Die Behauptung, die in dem Schreiben an Baron Aloisi bezüglich der Katholiken aufgestellt wird, ist blander Schwindel; denn die Katholiken an der Saar legen sich so gut wie restlos für die bedingungslose Rückgliederung des Saargebiets an das Reich ein. Sie lehnen jede andere Lösung der Saarfrage mit aller Entschiedenheit ab.
- Es ist interessant, zu erfahren, daß auch die Franzosen und Französlinge, die der Saarländischen Wirtschaftsvereinigung angehören, hier die Auffassung vertreten, daß fremde Truppen für das Saargebiet ungeeignet erscheinen, weil sie „mit der Eigenart der Saarbevölkerung doch nicht ausreichend vertraut sind“, hier also im Gegensatz zu der Auffassung des Präsidenten der Regierungskommission stehen.
- Der aufgestellte Plan zeigt, daß man beabsichtigt, eine so starke „Heimwehr“ zu schaffen, daß sie unter Umständen ausreichen würde, um jede deutsche Regung wenigstens zeitweise gewaltsam unterdrücken zu können, zumal dahinter die ganze Macht der Regierungskommission stehen soll.
- Nach dem Plan soll die Regierungskommission zwei Drittel der Kosten aufbringen, d. h. die steuerzahlende deutsche Bevölkerung an der Saar soll eine antisowjetische — lies antideutsche — Knüttelgarde auch noch unterhalten.

Kann es eine größere Niederträchtigkeit geben, als sie in diesem Plane zum Ausdruck kommt? Wir glauben nein! Und die Leute, die solche Pläne haben, besitzen noch die Unverschämtheit, sich über angeblichen Terror der Deutschen Front zu beschweren und ihr Vorhaben damit zu begründen.

Hätten die deutschen Menschen an der Saar nicht eine geradezu ans Engelhafte grenzende Geduld, dann wäre angesichts der Vorgänge der letzten Zeit und solcher Zumutung zu befürchten, daß sie sich dazu hinreißen ließen, mit diesen Verrätern aufzuräumen. Wo man allerdings die 5000 Saarländer hernehmen wollte für den Fall, daß die Regierungskommission und der Völkerbund auf den Vorschlag der Bildung einer solchen Knüppelgarde eingingen, bleibt wohl das Geheimnis der Antragsteller; denn wir sind fest davon überzeugt, daß sie im Saargebiet nicht aufzu-

treiben sein werden, auch wenn man ihnen noch viel mehr verspricht als das, was in dem Plan vorgelesen ist. Wahrscheinlich wissen aber das die Väter des Planes auch selber, und sie hoffen, daß dann, wenn die Bildung einer solchen Miliz einmal genehmigt ist, und nicht genügend Saarländer dafür gewonnen werden können, man die Erlaubnis erhält, Ausländer dafür zu nehmen, so daß das Ganze ein Trid wäre, um auf diesem Umwege zu der besonders vom Präsidenten Krog so sehr ersehnten ausländischen „Schutzgarde“ zu kommen.

Asylrecht den Emigranten, Niederlassungsverweigerung den Deutschgesinnten

Ein Beitrag zur Neutralität der Regierungskommission von Rechtsanwalt Giersberg, Magdeburg

Durch polizeiliche Verordnung Nr. 109 vom 7. Februar 1934, erlassen vom Mitglied der Regierungskommission für die Angelegenheiten des Innern, Herrn Krog, veröffentlicht in Nummer 7 der Verordnungen, Erlasse, Verfügungen und Bekanntmachungen der Regierungskommission des Saargebiets vom 15. Februar 1934, ist bestimmt, daß Personen, welche aus politischen oder kulturellen Gründen ihren Heimatstaat verlassen haben und im Saargebiet Aufenthalt nehmen wollen, verpflichtet sind, sich innerhalb acht Tagen nach der Ankunft bei der Regierungskommission zu melden. Ihnen wird dann nach der Verordnung nach Prüfung ihrer Angaben ein besonderer Personalausweis ausgestellt, der sie berechtigt, im Saargebiet Aufenthalt zu nehmen. Diese Aufenthaltsgenehmigung kann insbesondere zurückgezogen werden, wenn bei Beantragung des Personalausweises falsche Angaben gemacht werden, oder wenn der Inhaber im Saargebiet eine politische Tätigkeit entfaltet, die nach völkerrechtlichen Grundsätzen mit der Gewährung des Asylrechts unvereinbar erscheint.

Das Wesentlichste in dieser Verordnung ist, daß damit bestimmt ist, daß Emigranten ein Asylrecht im Saargebiet gewährt wird. Bisher hat die Regierungskommission keinerlei Verordnungen erlassen, wonach sie ein Aufenthaltsrecht Personen gewährt, die in das Saargebiet einreisen. Das ist immer von Fall zu Fall besonders entschieden worden, und insbesondere Personen, die aus dem Deutschen Reich kamen, ist meist der dauernde Aufenthalt mit der Begründung verweigert worden, daß dadurch die Zahl der Erwerbslosen im Saargebiet vermehrt werde. Dieser Gesichtspunkt gilt für die Emigranten nicht. Die Regierungskommission hat in dieser Verordnung den ihr im Saarstatut und in der Instruktion des Völkerbundes vorgezeichneten Weg verlassen. Nach der letzteren sollte ihre einzige Richtschnur nur die Wohlfahrt der Bevölkerung sein. Daß es der Wohlfahrt der Bevölkerung nicht dient, wenn Tausenden von Emigranten ohne Rücksicht auf die Zahl der Arbeitslosen im Saargebiet dortselbst ein Asylrecht gewährt wird, liegt auf der Hand. Die Emigranten sind zum Teil mit saarländischen Arbeitsstellen bedacht worden, auch mit Regierungsämtern, werden also letzten Endes von der Bevölkerung des Saargebiets ernährt. Dasselbe gilt für ihnen gewährte Unterstützung.

Vor allem aber sind dadurch verletzt die Bestimmungen des Versailler Vertrages über die Regierung des Gebietes.

Im Artikel 49 des Versailler Vertrages hat Deutschland zugunsten des Völkerbundes, der insoweit als Treuhänder gilt, auf die Regierung des Saargebiets verzichtet. Die treuhänderische Aufgabe ergibt sich insbesondere aus dem Artikel 46, in dem es heißt, daß Deutschland zur Sicherstellung der Rechte und der Wohlfahrt der Bevölkerung und um Frankreich volle Freiheit bei der Ausbeutung der Gruben zu verbürgen, die Bestimmungen der Kapitel 1 und 2 der Anlage annimmt. Die Kapitel 1 und 2 handeln von der Abtretung und Ausbeutung der Gruben und der

Regierung des Saargebiets. Da im Artikel 45 die Abtretung der Gruben als Ersatz für die Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich und als Anzahlung auf die Wiedergutmachung der Kriegsschäden erfolgt ist, ist der Sinn wohl klar. Die Regierung ist bei Deutschland nicht belassen worden, weil dadurch Frankreich in der Ausbeutung der Gruben hätte behindert werden können; sie ist aber auch nicht Frankreich übertragen worden, weil dadurch die Rechte und die Wohlfahrt der Bevölkerung gefährdet worden wären. Aus diesem Grund hat die Regierung der Völkerbund durch eine Kommission übernommen. Es ergibt sich damit der eigentümliche Zustand, daß diese Regierungskommission, die als Treuhänderin eingesetzt ist, denjenigen Personen, die aus dem Reich die Flucht ergreifen, zumeist weil sie mit den Behörden des Reichs in Konflikt gekommen sind, alle jedoch, weil sie zu der nationalsozialistischen Bewegung, die ganz Deutschland ergriffen hat, im Widerspruch stehen, ohne Begrenzung ihrer Zahl Aufenthalt im Saargebiet gewähren, während sie das bei Personen, die keinerlei politischen oder kulturellen Grund haben, aus Deutschland zu flüchten, keineswegs tut. Daß sie damit ihre treuhänderische Verpflichtung, soweit sie ihr gegenüber der Bevölkerung des Saargebiets obliegt, verletzt, ist oben schon gesagt. Sie hat aber auch kein Recht, auf diese Weise Partei gegen das heutige Deutschland zu ergreifen. Ihr sind die Regierungsbefugnisse des Deutschen Reiches treuhänderisch übertragen worden. Sie kann daher diese Regierungsbefugnisse nicht zum Nachteil und in gewollter Richtung gegen die deutsche Regierung anwenden. Die Regierungskommission handelt vielmehr so, als ob das Saargebiet Völkerbundsland wäre, das heißt ein Land, dessen Regierung dem Völkerbund nicht zur Erfüllung bestimmter Aufgaben übertragen worden ist, sondern ein Land, das schlechtweg der Regierung des Völkerbundes unterstehe.

Es ist bekannt, daß die Regierungskommission den aus dem Reich geflüchteten Emigranten nicht nur vollständige Freiheit läßt in einer strupellosen Agitation gegen das neue Deutschland, sondern auch, daß sie sie direkt unterstützt und ihre Dienste benutzt, in der freilich eiteln Hoffnung, dadurch eine Beeinflussung der Bevölkerung in bezug auf die Abstimmung gegen Deutschland zu erreichen. Auch das ist natürlich eine Verletzung der durch den Friedensvertrag der Regierungskommission auferlegten Pflichten.

Es ist nicht richtig, wenn die Regierungskommission sich dabei auf die ihr auferlegte Neutralität stützt. Gewiß ist richtig, daß nach dem Versailler Vertrag jeder Einwohner für eine der drei Möglichkeiten stimmen kann: für die Verewigung des jetzigen Regiments, für Frankreich oder für Deutschland. Stünde die Regierungskommission in Wirklichkeit auf diesem Neutralitätsstandpunkt, so hätte sie nicht seinerzeit die Ausweisungen solcher deutschen Männer, die entschlossen waren, im Sinne der Rückkehr des Saargebiets zu Deutschland zu stimmen und dafür zu wirken, durch die französische Militärbehörde dulden können und hätte nicht selbst Ausweisungen solcher deutschgesinnten Männer verfügen können. Sie hätte vielmehr derartige Auswei-

Jungen unterlassen müssen, da sie mit dem deutschen Recht, das laut Friedensvertrag im Saargebiet herrscht, im Widerspruch stehen, und sie hätte die Ausweisungen, soweit sie während des Waffenstillstandes und später während des Beamtenstreiks im Jahre 1920 verhängten Belagerungsstandes durch das französische Militär geschehen sind, wieder aufheben müssen und der Rückkehr der zu Unrecht Ausgewiesenen keine Schwierigkeiten entgegenzusetzen dürfen.

Wie dagegen die Regierungskommission sich gegenüber der beabsichtigten Rückkehr solcher ausgewiesenen Männer, die wegen ihres Deutschtums ausgewiesen waren, verhalten hat, zeigt der Schriftwechsel des Leiters der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Verwaltungsdirektors Th. Vogel, mit der Regierungskommission.

Am 28. April 1926 hatte Herr Vogel an den Präsidenten der Regierungskommission, damals Herr Stephens, wie folgt geschrieben:

„An den Präsidenten

der Regierungskommission des Saargebiets,

Herrn Stephens,

Saarbrücken.

Am 8. April 1919 bin ich von dem damaligen militärischen obersten Befehlshaber der französischen Armee, der in Saarbrücken seinen Sitz hatte, des Landes verwiesen worden. Ich bin der Auffassung, daß diese Ausweisung rechtlich ungültig ist, jedenfalls nach Eintritt des Friedensvertrages ihre Wirksamkeit verloren hat, und daß ich daher ebenso wie jeder Deutsche und erst recht wie jeder dem Saargebiet entstammende Deutsche das Recht habe, mich in meine Heimat zu begeben. Da ich nun nicht wissen kann, ob meine damalige Ausweisung von den polizeilichen Stellen des Saargebiets als gültig betrachtet wird, bitte ich um eine Bekanntgabe der Auffassung der Regierungskommission darüber, ob der damalige Ausweisungsbefehl der französischen Militärbehörde dortseits als noch wirksam angesehen wird, bzw. welche Maßnahmen die Regierungskommission getroffen hat, um etwa seinerzeit ergangene Haftbefehle gegen mich aufzuheben. Nach meiner Rechtsauffassung widersprach meine Ausweisung durch die französische Okkupationsarmee nicht nur dem Waffenstillstandsabkommen vom 11. Oktober 1918, sondern auch dem Völkerrecht und vor allem auch dem Haager Abkommen vom 17. Oktober 1907.

Ich bin aber trotz dieser Bestimmungen durch eine einfache Anordnung ohne irgendein Rechtsverfahren, im Gegensatz zu den Bestimmungen des Rechts, ausgewiesen worden. Diese Ausweisung ist rechtlich ungültig.

Aber selbst wenn man dem französischen Militärbefehlshaber ein Ausweisungsrecht zugestehen würde, mußten seine Maßnahmen ein Ende finden in dem Augenblick, als die vom Völkerbund ernannte Regierungskommission des Saargebiets die Verwaltung des Gebietes übernahm.

Das Saargebiet ist nicht besetztes Gebiet, sondern heute noch, wie allgemein anerkannt, ein Teil des deutschen und preussischen Staatsgebietes. Die Regierung ist der Regierung des Völkerbundes übertragen. Demgemäß kann nach meiner Ansicht die Stellungnahme der Regierungskommission auch nur die sein, daß mit dem Aufhören der Befehlsgewalt der französischen Armee im Saargebiet, also spätestens mit Uebernahme der Regierung durch die Regierungskommission alle diese militärischen Anordnungen ihre Wirksamkeit verloren haben.

Ich darf daher um eine Stellungnahme der Regierungskommission bitten. Nachstehend gebe ich noch kurz die Angaben meiner persönlichen Verhältnisse.

Ich heiße Theodor Vogel, bin am 14. Oktober 1870 in Saarbrücken geboren und daselbst, Grafenhof 7, in meinem eigenen Hause bis zu meiner Ausweisung wohnhaft gewesen. Bis zu meiner Ausweisung war ich als Redakteur des „Bergmannsfreund“ bei der staatlichen Bergwerksdirektion Saarbrücken tätig.

Hochachtungsvoll

gez. Th. Vogel, Verwaltungsdirektor.“

Auf dieses Schreiben hat die Regierungskommission des Saargebiets am 6. Mai 1926 wie folgt geantwortet:

„Auf Ihr Schreiben vom 28. April 1926 wird Ihnen mitgeteilt, daß Ihnen die Einreise in das Saargebiet freisteht gemäß den Vorschriften der Verordnung vom 16. April 1925 betreffend die Regelung des Verkehrs im Saargebiet (Amtsblatt 1925 S. 81).“

Die in diesem Schreiben angezogene Verordnung vom 16. April 1925 besagt, daß Personen, die in das Saargebiet einreisen, sich drei Tage nach ihrer Ankunft bei der Polizeibehörde anzumelden haben, daß, wenn sie länger

als 2 Wochen bleiben wollen, sie ein Gesuch an die Regierungskommission richten müssen, die ihnen Erlaubnis zu einem weiteren Aufenthalt bis zu drei Monaten erteilen kann und die sie jedesmal nach Ablauf um weitere drei Monate verlängern kann, ferner daß Personen, die sich dauernd niederlassen wollen, der besonderen Genehmigung der Regierungskommission bedürfen.

Damit war also eine Antwort auf die Anfrage, ob die Ausweisung ungültig gewesen sei, direkt nicht gegeben. Durch die Mitteilung, daß der Einreise die Ausweisung nicht entgegenstehe, kann man wohl schließen, daß die Ausweisung als ungültig anerkannt worden war, mindestens daß sie nach Beendigung des Waffenstillstandes ihre Kraft verloren hatte. Das ist auch als Auffassung des Herrn Heimburger, Direktor des Inneren der Regierungskommission, nämlich daß Ausweisungsbefehle der früheren Militärbehörde im Saargebiet keine Geltung mehr haben, Herrn Vogel durch eine Persönlichkeit, an die er sich wegen Vermittlung gewandt hatte, nach einer Rücksprache dieser Persönlichkeit mit Herrn Heimburger mitgeteilt worden. Auf Anraten dieser Persönlichkeit hat dann Herr Vogel unter dem 6. August 1930 folgenden Antrag an die Regierungskommission gerichtet:

„An die Regierungskommission für das Saargebiet,

Saarbrücken.

Der Regierungskommission für das Saargebiet unterbreite ich hiermit den Antrag, meine Zureise und Niederlassung im Saargebiet unter Berufung auf folgende Begründung zu genehmigen.

Ich bin in Saarbrücken im Jahre 1870 geboren, habe dort meine Schulzeit, meine Militärzeit, meine praktische und theoretische Ausbildung als Bergmann und Bergbeamter erfahren und bin bis zum Frühjahr 1919 bei der Königlich Preussischen Bergwerksdirektion in Saarbrücken beschäftigt gewesen. Meine ganze Lebensenergie, meine beruflichen, familiären, wirtschaftlichen und politischen Beziehungen wurzeln in Saarbrücken, wo ich auch ein Haus besitze, das mir und meiner Familie für meinen Lebensabend Ruhestätte sein sollte.

Durch meine auf Veranlassung der französischen Besatzung am 8. April 1919 erfolgte Ausweisung aus meiner Heimat sind diese naturgegebenen Beziehungen und Existenzbedingungen zerrissen worden. Mit der Fortentwicklung der Verständigungspolitik, wie sie durch die Räumungsvereinbarungen zwischen den alliierten Mächten und Deutschland einen besonders sichtbaren Ausdruck gefunden hat, und dem allseitigen Bestreben nach Liquidierung aller Kriegsfragen dürfte es durchaus vereinbar sein, wenn auch die Regierungskommission des Saargebiets alle jene Besatzungsmaßnahmen als liquidiert ansieht, die in einer besonders bewegten Zeit politischer Umwälzung angeordnet wurden.

Zu diesen Maßnahmen gehören auch die Ausweisungen von Personen, die nach ihrem nationalen Empfinden im Interesse ihrer Heimat sich betätigen. Von diesen Ausweisungsmaßnahmen wurde auch ich betroffen. Finden diese Ausweisungsmaßnahmen der einstigen Besatzungsbehörden schon völkerrechtlich keinerlei Stütze, so sind sie auch unter dem Gedanken des Völkerbundes und seiner Bestrebungen nicht haltbar, da sie bodenständige und mit ihrer Heimat kulturell, wirtschaftlich und nationalpolitisch eng verwachsene Personen aus ihrem engeren Heimatsbezirk vertreiben.

Ich gebe mich der bestimmten Hoffnung hin, daß die Regierungskommission des Saargebiets unter Anerkennung der hier dargelegten Gesichtspunkte, ferner in Anerkennung und Förderung der von dem französischen Ministerpräsidenten Briand und dem inzwischen verstorbenen deutschen Außenminister Dr. Stresemann eingeleiteten und von beiden Regierungen im Sinne der Völkerbundsdeklaration fortgeführten Verständigungspolitik bestrebt und gewillt ist, die in einer politischen Ausnahmezeit von einer fremden Macht, die zudem durch Räumung des Rheinlands ihre Machtbefugnisse innerhalb der reichsdeutschen Grenzen eingebüßt und annulliert, erlassenen Ausweisungsverfügungen als nicht bestehend zu betrachten. Ich wäre daher für eine entsprechende bestimmte und klare Mitteilung dankbar, damit ich meine Ueberfiedlung nach Saarbrücken in die Wege leiten kann. Da mit einer solchen Ueberfiedlung weitgehende Existenzfragen für mich verbunden sind, ist ein Hinweis, meine Niederlassung im Saargebiet unterliege den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, nicht genügend. Ich erhoffe von der Regierungskommission die Einsicht, daß ich einmal als geborener Saarbrücker ein Naturrecht besitze, in meiner

Heimat zu leben und tätig zu sein, und ferner, daß ich mich bei einer Neuniederlassung nicht abermals der Gefahr aussetzen kann, eines Tages das Niederlassungsrecht entzogen zu bekommen. Mein Antrag an die Regierungskommission geht daher dahin, meine Einreise mit der Gewähr einer Dauerniederlassung zu genehmigen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Th. Vogel,
Verwaltungsdirektor."

Die Antwort darauf war folgendes Schreiben vom 8. November 1930:

Auf Ihr Schreiben vom 6. August 1930 wird Ihnen mitgeteilt, daß Ihnen die Einreise in das Saargebiet freisteht gemäß den Vorschriften der Verordnung vom 16. April 1925 betreffend die Regelung des Verkehrs im Saargebiet. —

Der Direktor des Innern und des Kabinetts:
gez. Henri Heimburger."

Es hat sich darauf folgender Schriftwechsel entsponnen:

22. November 1930.
An die
Regierungskommission des Saargebiets
Direktion des Innern und Präsidialbüro,
Saarbrücken.

Betr. I. C. Tgb. Nr. 5062 C.

Der Regierungskommission des Saargebiets beehre ich mich, den Eingang des sehr gefl. Schreibens vom 8. d. M. zu bestätigen, in welchem mir mitgeteilt wird, daß mir die Einreise in das Saargebiet freisteht gemäß den Vorschriften der Verordnung vom 16. April 1925 betreffend die Regelung des Verkehrs im Saargebiet.

Ich gestatte mir, noch einmal darauf hinzuweisen, daß ich in meiner Eingabe vom 6. August d. J. nach längeren Ausführungen ausdrücklich um eine bestimmte und klare Mitteilung gebeten hatte, damit ich meine Uebersiedlung nach Saarbrücken in die Wege leiten könnte. Da mit einer solchen Uebersiedlung weitgehende Existenzfragen für mich verbunden sind, ist der Hinweis, daß mir die Einreise in das Saargebiet freisteht, gemäß der vorerwähnten Verordnung, nicht genügend und ich bitte hiermit die Regierungskommission auf Grund der in vorerwählter Eingabe gemachten Darlegungen nochmals um die Zusicherung, daß ich als geborener Saarbrücker ein Naturrecht besitze, in meiner Heimat zu leben und tätig zu sein und ferner, daß ich mich bei einer Neuniederlassung nicht abermals der Gefahr aussetzen kann, eines Tages das Niederlassungsrecht wieder entzogen zu werden.

Mein Antrag an die Regierungskommission geht daher nochmals dahin, nicht nur meine Einreise, sondern auch meine Einreise mit der Gewähr einer Dauerniederlassung gefl. genehmigen zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Th. Vogel,
Verwaltungsdirektor."

Regierungskommission
des Saargebiets.
Direktion des Innern Saarbrücken, den 12. Dezember 1930.
und Präsidialbüro.
J. C. Tgb. Nr. 5304 P.

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 22. November 1930 beehre ich mich Ihnen mitzuteilen, daß die Regierungskommission des Saargebiets lt. Beschluß vom 10. Dezember 1930 dem Inhalt des Schreibens der Direktion des Innern vom 8. November 1930 zugestimmt hat.

Es steht Ihnen aber frei, gemäß den Vorschriften der Verordnung vom 16. April 1925 in das Saargebiet einzureisen.

Der Direktor des Innern und des Kabinetts:
gez. Unterschrift."

23. August 1932.

An den Präsidenten
der Regierungskommission im Saargebiet
Herrn Geoffrey George Knox,
Saarbrücken.

Betr. Antrag um Genehmigung
zum dauernden Aufenthalt im
Saargebiet.

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ev. Hochwohlgeboren unterbreite ich hiermit das Gesuch, innerhalb der Regierungskommission oder seitens der in Frage kommenden Stelle eine Entscheidung darüber treffen zu wollen, ob mir die Genehmigung zum dauernden

Aufenthalt in meiner Heimatstadt Saarbrücken erteilt wird, oder ob und welche Gründe zur Ablehnung dieses Gesuches vorliegen.

Daß ich mich mit diesem Gesuch direkt an Sie, sehr geehrter Herr Präsident, wende, hat seinen Grund darin, daß mir auf meine früheren Eingaben (28. April 1926, 7. April 1930, 6. August 1930 und 22. November 1930) der gewünschte klare Entscheid nicht geworden ist.

Ich bin am 14. Oktober 1870 in Saarbrücken geboren, habe dort die Schule besucht und bin später in den Dienst der kgl. preussischen Bergwerksdirektion in Saarbrücken getreten. Am politischen, kommunalen und kulturellen Leben meiner Heimat habe ich mich rege betätigt, wurde auch durch das Vertrauen meiner Mitbürger in das Stadtverordneten-Kollegium von Saarbrücken berufen. Am Kriege habe ich als Leutnant der Landwehr und Kompagnieführer teilgenommen. Nach Rückkehr aus dem Felde nahm ich meine Tätigkeit bei der preussischen Bergwerksdirektion als Redakteur des „Bergmannsfreund“ wieder auf.

Am 8. April 1919 bin ich von dem damaligen militärischen obersten Befehlshaber der französischen Besatzungstruppen im Saargebiet ohne nähere Angabe der Gründe gleichzeitig mit einer großen Anzahl von angesehenen Landsleuten aus dem Saargebiet ausgewiesen worden. Der Grund war zweifellos die offene Bekenntung zum Deutschtum, die ich mir immer zur Ehre angerechnet habe.

Es ist mir bekannt, daß dieser militärische Ausweisungsbefehl inzwischen seine Geltung verloren hat und daß bezüglich meiner Einreise in das Saargebiet, da ich durch Abwesenheit seit 1919 meine Eigenschaft als Saareinwohner verloren habe, die Bestimmungen der Verordnung betr. Regelung des Verkehrs im Saargebiet in Frage kommen.

Diese Bestimmungen gestatten mir indes zunächst nur einen vorübergehenden Aufenthalt, der dauernde Aufenthalt ist nach Artikel 5 der genannten Verordnung von einer besonderen Genehmigung der Regierungskommission abhängig.

Ich beabsichtige, mich wieder in meiner Heimat dauernd niederzulassen und in meinem am Grafenhof 7 gelegenen Hause Wohnung zu nehmen. Eine solche Uebersiedlung ist natürlich mit erheblichen Unkosten und anderen Entschliefungen verknüpft, so daß es für mich wichtig ist, vor der Ausführung der Uebersiedlung zu wissen, daß der Erteilung der Genehmigung zum dauernden Aufenthalt für mich und meine Familie innerhalb der Regierungskommission oder seitens der zuständigen Stelle (Abteilung des Innern) Bedenken nicht entgegenstehen.

Mein Gesuch geht somit dahin, die Regierungskommission um eine Entscheidung darüber zu bitten, ob Gründe zur Veragung der Genehmigung zum dauernden Aufenthalt für mich bestehen oder nicht bestehen. In diesem Sinne stelle ich hiermit den Antrag, mir, nachdem ich schon wiederholt von der Einreiseerlaubnis Gebrauch gemacht habe, nunmehr auch die Genehmigung zum dauernden Aufenthalt im Saargebiet zu erteilen.

Ich bemerke, daß es mir bekannt ist, daß seitens der Regierungskommission in einigen Fällen, die meinem Antrag gleich gelagert waren, die Genehmigung zum dauernden Aufenthalt vor der Uebersiedlung der Antragsteller ins Saargebiet erteilt worden ist, so daß also grundsätzliche Bedenken gegen meinen Antrag nicht zu bestehen scheinen.

Indem ich um eine gefällige Bescheidung auf meinen Antrag bitte, zeichnet

mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Th. Vogel.

Regierungskommission Saarbrücken, den 26. August 1932.
des Saargebiets.

Der Präsident
P. S. Nr. 250/9

Herrn Theodor Vogel,
Verwaltungsdirektor

Berlin S.W. 11.

Sehr geehrter Herr Direktor!

Ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom 23. d. M., betreffend Genehmigung zum dauernden Aufenthalt im Saargebiet, zu bestätigen und Ihnen mitzuteilen, daß Ihre Eingabe einer Prüfung unterzogen wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. G. G. Knox.

An den
Präsidenten der Regierungskommission des Saargebiets
Herrn Geoffrey George Knox,
Saarbrücken.
14. November 1932.
Zu Nr. P. S. 250/9.

Ich gestatte mir hierdurch ganz ergebenst unter Bezugnahme auf die mir in vorbezeichnetem Schreiben vom 28. 8. d. J. gewordene Mitteilung, daß meine Eingabe vom 23. 8. d. J. betreffend Genehmigung zum dauernden Aufenthalt im Saargebiet einer Prüfung unterzogen werden würde, daran zu erinnern, daß mir bis heute ein Bescheid nicht zugegangen ist.

Ich beehre mich, hiermit nochmals die Bitte auszusprechen, mir der freundlichen Zusage gemäß den erbetenen Bescheid baldgefl. zugehen lassen zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Th. Vogel.

Saarbrücken, den 5. Dezember 1932.
Regierungskommission des Saargebiets.
Tgb. Nr. 5567.

Die Abteilung des Innern der Regierungskommission hat Ihnen wiederholt mitgeteilt, daß es Ihnen frei steht, gemäß Vorschriften der Verordnung vom 16. 4. 1925 in das Saargebiet einzureisen. Die Genehmigung zum dauernden Aufenthalt im Saargebiet kann Ihnen jedoch, wie jedem anderen auch, im voraus nicht erteilt werden. Diese Genehmigung würde gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßen und einen ganz unmöglichen Präzedenzfall schaffen.

Der Direktor des Innern und des Kabinetts:
gez. Unterschrift.

Herrn
Verwaltungsdirektor Vogel,
Berlin SW. 11.

Berlin, den 23. Dezember 1932.
An die
Regierungskommission des Saargebiets,
Saarbrücken.

Ich beabsichtige, meinen ständigen Wohnsitz nach Saarbrücken zurückzuverlegen und bitte hierdurch, mir die Genehmigung zum dauernden Aufenthalt erteilen zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Th. Vogel.

Regierungskommission
des Saargebiets.
Herrn
Saarbrücken, den 13. Januar 1933.
Verwaltungsdirektor Theodor Vogel,
Berlin SW. 11,
Stresemannstraße 42/II.

Zur Erledigung Ihrer Eingabe vom 23. 12. 1932 beehre ich mich, Ihnen mein Schreiben vom 5. 12. 1932 zu bestätigen, wonach die Genehmigung zum dauernden Aufenthalt im voraus nicht erteilt werden kann.

Der Direktor des Innern
gez. Unterschrift.

Verwaltungsdirektor
Theodor Vogel.
Berlin SW. 11, den 6. April 1934,
Stresemannstraße 42.

An die
Saar-Regierungskommission
Saarbrücken
(Saargebiet)

Hierdurch bitte ich ganz ergebenst, mir die Einreise-Erlaubnis ins Saargebiet baldgefl. erteilen zu wollen, da ich als geborener Saarbrücker und Hausbesitzer dringliche private Angelegenheiten zu erledigen habe und bei dieser Gelegenheit auch das Grab meines auf dem Ehrenfriedhof bestatteten Sohnes und meiner Eltern besuchen möchte.

In der Hoffnung, die Erlaubnis zur Einreise möglichst bald erhalten zu können, verbleibe ich

mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Th. Vogel,
Verwaltungsdirektor.

Regierungskommission
des Saargebiets
Direktion des Innern
Abtlg. Verkehrswesen
Tgb.-Nr. 1602/c

Saarbrücken, den 11. April 1934

An Herrn
Verwaltungsdirektor Theodor Vogel
Berlin SW. 11
Stresemannstraße Nr. 42, II.

Zur Erledigung Ihrer Eingabe vom 6. 4. 34 teile ich Ihnen höflich mit, daß nach den zur Zeit bestehenden Bestimmungen für reine Besuchszwecke die Einreise in das Saargebiet und der Aufenthalt für drei Tage frei sind, sofern der Einreisende im Besitze eines ordnungsmäßigen Reisepasses oder Personalausweises ist.

Soll der Aufenthalt sich über diese Zeitdauer hinaus erstrecken, so muß für den Bezirk der Stadt Saarbrücken bei der hiesigen Verkehrsabteilung, für das übrige Saargebiet bei der zuständigen Polizeiverwaltung eine entsprechende Genehmigung beantragt werden.

Der Direktor des Innern.
gez. Unterschrift.

Verwaltungsdirektor
Theodor Vogel

Berlin SW. 11, den 14. April 1934.
Stresemannstraße 42.

An die
Regierungskommission des Saargebiets
Direktion des Innern — Abtlg. Verkehrswesen,
Saarbrücken/Saargebiet.

Tgb.-Nr. 1602/c

Hiermit bestätige ich den Eingang des vorbezeichneten Schreibens, in welchem mir für reine Besuchszwecke die Einreise-Erlaubnis in meine Heimat, das Saargebiet, erteilt und der Aufenthalt für 3 Tage freigegeben worden ist.

Ich bemerke heute schon, daß für meine privaten Zwecke ein dreitägiger Aufenthalt nicht genügt und bitte deshalb ganz ergebenst, mir wenigstens einen 8- bis 10tägigen Aufenthalt genehmigen zu wollen. Ich betone dabei nochmals, daß ich geborener Saarbrücker und Hauseigentümer dortselbst bin und daß ich infolge meiner Ausweisung durch die damaligen Besatzungsmächte sowie meinen Wohnsitz nicht aufgehoben habe und daher auch mein Abstammungsrecht nicht berührt werden kann. Als geborener Saarbrücker, der bis zu seiner Ausweisung als Bergbeamter, als Stadtverordneter und als politischer Führer dort tätig gewesen ist, hätte ich es gar nicht für menschenmöglich gehalten, daß es einer besonderen Einreise-Erlaubnis bedürfe, wenn man seine deutsche Saarheimat einmal wieder aufsuchen will.

In der Hoffnung, daß meiner Bitte entsprochen werden wird, zeichne ich

mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Th. Vogel,
Verwaltungs-Direktor.

Regierungskommission
des Saargebiets.
Direktion des Innern
Abtlg. Verkehrswesen.
Tgb. Nr. 1602/c.

Saarbrücken, den 16. April 1934

Herrn
Verwaltungsdirektor Theodor Vogel,
Berlin SW. 11,
Stresemannstraße 42, II.

In Beantwortung Ihres gefl. Schreibens vom 14. April 1934 erlaube ich mir hiermit zunächst unter Bestätigung meiner Mitteilung vom 11. April 1934 nochmals darauf hinzuweisen, daß Sie zu dem beabsichtigten Besuch im Saargebiet einer besonderen Einreiseerlaubnis nicht bedürfen. Sie können vielmehr wie jeder andere frei und ungehindert hier einreisen und sich auch drei Tage ohne jede Genehmigung aufhalten. Bezüglich des weiteren Aufenthaltes über diese drei Tage hinaus scheint mein Schreiben vom 11. April 1934 insofern mißverstanden worden zu sein, als diese dann erforderlich werdende Genehmigung nicht im voraus, sondern jeweils anlässlich der Anwesenheit im Saargebiet nachzusuchen ist, und zwar für Personen, die sich in Saarbrücken aufhalten, bei der Abteilung Verkehrswesen der Regierungskommission im neuen Landgericht, in anderen Fällen bei der zuständigen örtlichen Polizeiverwaltung.

Der Direktor des Innern.
gez. Unterschrift.

Bemerkenswert an diesem Schriftwechsel ist, daß er sich hinzieht bis in die allerletzte Zeit, also bis in die Zeit, in der von der Regierungskommission ein Asylrecht den Emigranten gewährt ist. Es ist demnach festzustellen: Emigranten, das heißt Feinden Deutschlands, gewährt die Regierungskommission ein Recht auf Niederlassung im Saargebiet, gleichgültig, ob sie aus dem Saargebiet stammen oder nicht. Deutschen Männern dagegen, die im Saargebiet geboren sind und abstimmungsberechtigt sind,

gewährt sie ein solches Recht nicht, sondern sie behält sich vor, ihnen die Genehmigung zum dauernden Aufenthalt zu erteilen, oder zu versagen, und verweigert es, auf alle Fälle ihnen diese Genehmigung vor ihrer Einreise in das Saargebiet zu erteilen. Freilich, daß Herr Th. Vogel im Saargebiet Mitglied der deutschen Front werden würde und daß er für die unversehrte Rückkehr des Saargebiets zu Deutschland stimmen würde, ist der Regierungskommission wohl klar. Ebenso klar ist es ihr, daß die Emigranten nicht der deutschen Front beitreten.

Des Saarloftes Leiden in der Besatzungszeit

(2. Fortsetzung. Siehe auch Nr. 10 und Nr. 11 des „Saar-Freund“.)

Unsicherheit, Ueberfälle, Mißhandlungen.

Die Freiheit und Sicherheit von Leben und Eigentum schien überhaupt in dieser Zeit der militärischen Fremdherrschaft so gut wie aufgehoben zu sein. Gegen die Brüder Hermann und Robert Röchling ging man französischerseits vor, weil sie angeblich während des Krieges die Zerstörung französischer Eisenwerke in Nordfrankreich betrieben hätten. Man machte ihnen den Prozeß vor dem französischen Kriegsgericht, das sie zu zehn Jahren Gefängnis, 15 Jahren Aufenthaltsverbot und 10 Millionen Frank Geldstrafe verurteilte. Ein härterer Schlag konnte dem Deutschtum im Saargebiet nicht gut zugefügt werden. Durch die ungeheure Straßsumme, die in Mark ausgedrückt, das Vierfache der Frankensumme erreichte, wurde das Familienkapital der Röchlings aufs schwerste getroffen. Offenbar war das von den Franzosen beabsichtigt, denn durch die Verurteilung der Röchlings sollte das Ansehen der seit zwei Jahrhunderten im Saartale ansässigen Industriellen-Familie, darüber hinaus aber die ganze Industrie und damit das deutsche Volk im Saargebiet getroffen werden. Die Verurteilung war also eine rein politische. So empfand es auch jeder Saarländer.

Die Unsicherheit zeigte sich aber auch auf anderen Gebieten. Der friedliche Bürger war auf der Straße seines Lebens nicht sicher. Die französischen Autos schlugen auf den Straßen ein Tempo an, das geradezu lebensgefährlich war. Die Inhaber kümmerten sich nicht im geringsten um die Opfer dieses rasenden Tempos. U. a. fiel ein Arbeiter aus Saarbrücken, namens Heinrich Güth, Vater von 5 Kindern, diesem „Sport“ zum Opfer.

Zahlreiche Mädchen verschwanden, namentlich in der Nähe der mit Marokkanern belegten Ulanenkaserne. Bis zum Januar 1920 wurden allein 35 gezählt. Man sprach auch von Mädchenhändlern, die die Gegend unsicher machten. Etwas Genaueres war nicht zu erfahren. Jedenfalls wuchs die Unsicherheit ins Beängstigende. Man sprach auch von Leichenfunden und Gefangenenmißhandlungen auf dem Bahnhof in Saarbrücken. Großes Aufsehen erregte der Justizmord an dem Eisenbahner Johannes im Oktober 1919, den kein Dementi aus der Welt schafft. Als das Todesurteil an Johannes durch Erschießen vollstreckt wurde, wußte das aburteilende Kriegsgericht, daß die Anschuldigungen gegen den Verurteilten falsch waren. Also ein ausgesprochener Mord.

Bis heute unvergessen und ungesühnt ist die Ermordung der Studentin Maria Schnur im Herbst 1919. Es ist nötig, den Fall einem lebenden Geschlecht und besonders der Jugend, die diese Zeit nicht miterlebt hat, ins Gedächtnis zurückzurufen. Auf Grund eingehender Feststellungen wurde damals folgendes mitgeteilt: Ein Fräulein Schnur, Tochter des Fahrsteigers Schnur von der Grube Heinitz bei Saarbrücken, war von Marburg, wo sie studierte, zu den Weihnachtsferien 1918 nach Hause gereist. Am Tage nach ihrer Ankunft, am 20. Dezember, begab sie sich zum Besuch einer Freundin nach Friedrichstal. Unterwegs auf dem Waldweg begegnete sie einem französischen Soldaten, der ihr unsittliche Anträge machte, auf sie eindrang und, als sie sich wehrte, ihr mehrmals mit dem Seitengewehr über den Kopf schlug. Dann verließ er den Ort seiner Schandtat, offenbar in der Meinung, daß sie tot sei. Wieder zu sich gekommen, schleppte sich Frä. Schnur bis zu einem Fahrweg, wo sie aufgefunden und nach Hause geschafft wurde. Tags darauf ist sie ihren Verletzungen erlegen. Kurz vor ihrem

Tode hat sie dem französischen Kommandanten von Heinitz, der zu ihr gerufen wurde, den Hergang geschildert. Dieser äußerte sein Bedauern und versprach Bestrafung. Gleichwohl wurde der Vorgang von dem französischen Militärverwalter General Andlauer, desgleichen von dem General Fayolle in einer Note an die deutsche Waffenstillstandskommission bestritten. Es bedurfte erst der Vorlegung des sehr eingehenden Beweismaterials und einer nachdrücklichen Vorstellung der deutschen Regierung, bis der Täter und die Personen, die versucht hatten, die Untersuchung des Falles zu unterdrücken, zur Rechenschaft gezogen wurden.

Derartiges war in Saarbrücken zur Zeit der Fremdherrschaft möglich. Frauen und Mädchen waren damals vogelfrei! Niemals kann der Saarbrücker diese ruchlose Tat vergessen! (Saar-Freund, 1920, Nr. 3, S. 21.)

Besonders rücksichtslos, aber systematisch ging man gegen die deutsche Presse an der Saar vor. Sie war während der Besatzungszeit einer Zensur unterworfen, die aber die Zeitungen vor Verböten und Verfolgungen keineswegs schützte. Ein typischer Beweis dafür ist die erste Ausweisung des Schriftleiters Richard Posselt von der „Saarbrücker Zeitung“ im August 1919. (Seine zweite und endgültige erfolgte im August 1920.) In dieser Zeitung war eine Bekanntmachung des Generals Andlauer veröffentlicht worden, die lediglich in dem französischen Propagandaorgan mitgeteilt worden war und besagte, daß die Bestimmungen des deutschen Betriebsrätegesetzes im Saargebiet keine Gültigkeit hätten. Diese Verordnung des Generals Andlauer hatte insofern auch für das Saargebiet größere Bedeutung, als die Wahlen für die Arbeiter- und Betriebsräte zum Teil schon durchgeführt oder in Vorbereitung waren. Erklärlicherweise löste die Bekanntmachung des Obersten Militärverwalters unter der Arbeiterschaft große Erregung aus, für die man aber nicht die Bekanntmachung, sondern — den verantwortlichen Schriftleiter der „Saarbrücker Zeitung“ wegen „unberechtigter Veröffentlichung der Bekanntmachung“ verantwortlich machte und auswies.

Wie man bei Unruhen gegen die Bevölkerung vorging.

Elend und Not waren im Saarland zu jener Zeit zu Hause. Weite Kreise waren von Verzweiflung gepackt. Wirtschaftsschwierigkeiten, Valutanot, Paßschwierigkeiten trieben das Volk an der Saar zum äußersten. Wehe aber, wenn die Massen in ihrer Verzweiflung zu unüberlegten Schritten und Wutausbrüchen sich hinreißen ließen! Dann wurden sofort die Paragraphen des Belagerungszustandes bekannt gemacht und Unruhen mit blutiger Hand unterdrückt.

Es war im Oktober 1919, wo Volksmassen in den Straßen Saarbrückens und in den Landorten Ausschreitungen begingen. Es wurden Plünderungen vorgenommen, und ein nach Millionen zählender Schaden angerichtet. Es wäre den Franzosen ein Leichtes gewesen, durch starke Militärpatrouillen die Unruhen im Keime zu ersticken. Erst nachdem der Mob durch seine Plünderungen einen unberechenbaren Schaden angerichtet hatte, ermannte sich die Garnison und schickte Panzerautos vor, bei deren Erscheinen natürlich die „Helden“ das Weite suchten. Aber gegenüber harmlosen Bürgern bewiesen die französischen Soldaten einen beispiellosen „Mut“, indem sie in den Straßen blindlings darauf los schossen, wo sich nur jemand blicken ließ. Man schoß auf jeden Schatten in den Gassen. Zwei Nächte dauerte dieser „Sport“ an. Das Un-

glück wollte es, daß hierbei ein französischer Oberst, der der unsinnigen Schießerei vor seiner Wohnung Einhalt tun wollte, erschossen wurde, als er sich dem Fenster näherte. Statt nun die wild gewordene Soldateska für diesen „Unglücksfall“ verantwortlich zu machen, hielt sich die französische Militärverwaltung an die Stadt Saarbrücken, und diese mußte, wie es die französische Besatzung auch im besetzten Rheinland so oft gemacht hat, für den Schaden aufkommen und die hohe Buße von 450 000 Francs an die Hinterbliebenen zahlen. Echt französische Gerechtigkeit! („Saar-Freund“, 1920, Nr. 4, S. 10 und 16.)

Wenn wirklich irgendwo im Saargebiet auch nur die kleinste Neigung für die Franzosen bestand, durch solche Vorfälle wurde sie den Beteiligten mit Keulenschlägen ausgetrieben. Es gelang dem Franzmann nicht, die Seele des Saarländers zu gewinnen. Die wirkliche Stimmung der Bevölkerung kam kurze Zeit später zu spontanem und überwältigendem Ausdruck, als deutsche Offiziere, als Mitglieder der Grenzfestsetzungskommission in Saarbrücken eintrafen. Die „Basler Nationalzeitung“ fabelte damals von Unruhen in Saarbrücken, aber das waren keine Unruhen, sondern ein Aufflammen deutschen Nationalgefühls, als man der Vertreter der deutschen Wehrmacht ansichtig wurde. Als am 14. Februar die deutsche Abordnung unter Führung des bayrischen Oberstleutnants Ritter von Kplander in Uniform vom Bahnhof nach dem Hotel „Rheinischer Hof“ fuhr, sammelten sich im Handumdrehen Hunderte von Menschen an, die in begeisterte Hoch- und Hurrarufe ausbrachen. Bis in die Nacht fluteten die Menschenmengen durch die Straßen unter Absingen der „Wacht am Rhein“ und von „Deutschland, Deutschland über alles“. Das war ein Stück vom alten, lieben Deutschland, das war die vorweggenommene Abstimmlung.

Scheelen Auges sahen die Franzosen diesen Kundgebungen zu, gegen die sie nichts machen konnten. Sie konnten es nicht hindern, daß den Offizieren Blumenpenden in einer Fülle zugingen, daß die Ueberbringer vor dem Hotel Spalier stehen mußten, und die Offiziere sich vor der Fülle der Blumen nicht retten konnten. Die Besatzung ließ die Bestimmungen des Belagerungszustandes in Erinnerung bringen, sie ließ Kavalleriepatrouillen durch die Straßen reiten und einige Leute verhaften, alles das schreckte die Saarbrücker nicht, denn sie waren nun schon anderes gewöhnt. Und doch war auch hier wieder ein Vermutstropfen in ihrer kurzen Freude. Denn die deutschen Offiziere waren in einer ganz besonders delikaten Mission gekommen, nämlich um die Grenzen des Saarlandes gegen das übrige Deutschland abzusteden.

Die Uebergabe der Saargruben und die Betternwirtschaft auf den französischen Gruben.

Der Winter 1919 zu 1920 brachte auch sonst allerlei aufregende Ereignisse für das Saargebiet. Der 18. Januar, der Tag, der die stolzen Saarstädte der preußischen Staatsgruben so oft im schönen Flaggenschmuck der alten Reichsfarben gesehen hatte, wurde für die Bergknappen und Bergbeamten der preußischen Staatsgruben zu einem Trauertag erster Ordnung. Denn an diesem Tage fand die Uebergabe der Saargruben an die französische Bergverwaltung statt. Nach dem Friedensvertrag wurde die französische Regierung Eigentümerin der staatlichen Saargruben. Mit der neuen Verwaltung zog eine große Zahl französischer Beamter und Ingenieure in Saarbrücken ein, ließ aber organisatorisch zunächst alles beim Alten. Die Bayrischen Grubenvorstände — denn auch die Bezirke von Homburg und Zweibrücken wurden ja durch die neue Grenzfestsetzung zum Teil zum Saargebiet geschlagen — verabschiedeten sich in erhebenden Kundgebungen von ihren Beamten und Knappen, und diese selbst gaben überall Treuegelübnisse zum deutschen Vaterland ab.

Fürs erste veränderte sich auf den preußischen und bayrischen Staatsgruben nicht viel. Der französische Grubenverwalter erließ bei seinem Amtsantritt eine Proklamation, worin den Beamten die Wahrung ihrer wesentlichsten Rechte zugesichert, gleichzeitig eine neue Gehaltsskala verheißen wurde. Es war das altbeliebte System der Zuckertüte. Die Obersteiger sollten bis zu 28 000 Mark, die Steiger bis zu 21 000, die Unterbeamten bis 14 000 Mark Gehalt erhalten. Von einer Aufbesserung der Bergarbeiter-

löhne wurde nichts gesagt. Die Aufbesserung der Gehälter war aber praktisch bedeutungslos, denn sie wurde aufgehoben durch die fortgesetzte Steigerung aller Preise für Lebensmittel und notwendige Bedarfsartikel. Um aber auch die Peitsche nicht fehlen zu lassen, rief man gleichzeitig die Disziplin der Beamten an und erklärte, daß nur bei einer Steigerung der Förderung die materielle Lage der Bergbeamten und Knappen sich bessern könne.

Aber bald lernten die deutschen Bergarbeiter und Beamten die „Segnungen“ der französischen Grubenverwaltung kennen. Als bald setzte eine gigantische Betternwirtschaft auf den Gruben ein, die alles überstieg, was man bisher von französischer Lotterei und Schlamperei gehört und erfahren hatte. Von einer wahrhaft technischen Fachaufsicht und einer ihren Namen mit Recht tragenden sozialen Fürsorge war keine Rede. Beides lag und liegt in den Händen von Beamten, die, wie man bald überall hörte, von den örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen keine Ahnung haben. Auch machten sich sehr bald Bestrebungen bei der französischen Grubenverwaltung geltend, die Saargruben im Raubbauverfahren auszubeuten. Indes die deutschen Bergarbeiter lehnten das Ansinnen der neuen Grubenverwaltung, 9 Stunden zu arbeiten, rundweg ab. Die Franzosen fabelten nämlich von einer „Kohlennot im Saargebiet“. Eine solche war aber künstlich von ihnen erzeugt. Sie hatten nach dem Friedensvertrag die Verpflichtung, aus dem Förderungsertrag der Saargruben den Kohlenbedarf des Gebietes nach dem Verhältnis von 1913 zu decken. Das taten sie aber nicht. Sie ließen vielmehr fast sämtliche Kohlen nach Frankreich rollen und verkauften sie dort teilweise zu phantastischen Preisen nach Italien!!

Die Pfalz, die kraft ihrer Lage dringend auf die Saarkohlen angewiesen ist, erhielt fast nichts, und auch im Saargebiet selbst wurde der Kohlenbedarf der industriellen Werke nur zum kleinsten Teile gedeckt. Die Folge war, daß eine große Reihe von deutschen Werken ihren Betrieb in jenen Monaten des Jahres 1920 einstellen oder doch erheblich einschränken mußte, so z. B. das Kraftwerk in Saarbrücken und die Gasanstalt in Neunkirchen. Auch hier wurde das System von Zuckerbrot und Peitsche angewandt. Denn diejenigen Werke, die sich zur Aufnahme von 60 Prozent französischem Kapital bereit erklärten, erhielten die nötigen Kohlenmengen. Kein Wunder, daß das französische Kapital immer mehr in die deutsche Saarindustrie eindrang. Dieser Zwang und Druck spottete jeder Beschreibung. Es war ganz offensichtlich, daß die Franzosen im wirtschaftlichen Leben immer mehr die Führung an sich zu reißen suchten. Die französische Propaganda arbeitete in diesem Sinne vor. Ein Symptom dafür war auch, daß sich in Saarbrücken ein „Berein französischer Kaufleute und Industrieller“ niederließ. Die Wirtschaftsmethoden wurden dadurch nicht besser. Man hörte sogar, daß auch französische Offiziere sich an dunkeln Schiebergeschäften beteiligten. Vom Mainzer Kriegsgericht wurden 6 französische Offiziere, von denen drei der Wirtschaftsabteilung Saarbrücken angehörten, zu Degradation und Zuchthaus verurteilt. („Saar-Freund“, 1920, Nr. 2, Seite 2 und 3.)

An die anderen

Wenn's jezt im Saarland singt und klingt
Und Jubelruf zum Himmel bringt,
Soweit die Wolken wandern,
Dann fragt das treu saarländisch Herz
In heil'gem Zorn und grimmem Schmerz:
„Wo bleibt Ihr denn, Ihr andern?“
Wollt wirklich Ihr zur Seite stehn,
Wollt Ihr nicht heim zur Mutter gehn
In's Vaterhaus, das traute?
Wohl dem, der eine Mutter hat!
Wohl dem, dem eine sich're Statt
Das Vaterland erbaute!

Unselig der, der heimatlos
Aus seinem Vaterlande groß
Will in die Fremde wandern!
Dum lehrt zurück zum Mutterarm,
Er schützt Euch treu, er hält Euch warm,
Kommt heim, kommt heim, Ihr andern!

Friedrich Schön.

Das Saargebiet unter der Fremdherrschaft

Kurze Chronik besonders bemerkenswerter politischer Geschehnisse

Von Verwaltungsdirektor Th. Vogel-Berlin

(Schluß.)

— 1926: —

18. März: Der Präsident Kault wird vom Völkerbundsrat nicht wieder bestätigt in seinem Amte als Präsident der Regierungs-Kommission. Er verläßt in aller Stille am 1. April sein Amt und begegnet in Frankreich einer sehr unfreundlichen Kritik, da er es nicht verstanden hat, das Saargebiet zu einem Anschluß an Frankreich zu befehlen.

1. April: Das bisherige Mitglied der Regierungs-Kommission Mister Stephens übernimmt die Geschäfte als Präsident der Regierungs-Kommission. Unter seiner Amtsführung macht sich eine gewisse Beruhigung der Gemüter bemerkbar, aber der französische Einfluß in der Regierungs-Kommission wirkt weiter, und gegen ihn ist auch Stephens machtlos.

— 1927: —

18. Februar: Präsident Stephens entschließt sich, beim Völkerbundsrat die Entlassung aus seinem Amte zu beantragen.

1. Mai: Das in Saarlouis garnisonierende 3. französische Dragoner-Regiment verläßt die Stadt. Der Abbau der militärischen Besetzung des Saargebiets beginnt damit.

22. Mai: Der Völkerbundsrat entschließt sich zur Aufhebung der militärischen Besetzung des Saargebiets. Auf Betreiben Frankreichs soll jedoch noch in der Form des Bahnschutzes eine verkappte Besetzung aufrechterhalten bleiben. Der Bahnschutz wird gebildet aus 620 französischen, 100 englischen und 80 belgischen Soldaten, die der Verfügung des Präsidenten der Regierungs-Kommission unterstellt werden.

3. Juni: Zum Nachfolger des Präsidenten Stephens wird der Engländer Sir Ernest Wilton vorgeschlagen.

8. Juni: Abzug des französischen Militärs aus Saarbrücken.

20. Juni: Sir Ernest Wilton tritt sein Amt als Präsident der Regierungs-Kommission an.

27. Juni: Präsident Stephens verabschiedet sich von der Saarbevölkerung, der er das Zeugnis ausstellt, daß sie ehrlich und aufrichtig ist und der er wünscht, daß sie wieder mit ihrem deutschen Vaterland vereinigt werden möge.

20. Juli: Die englische Abteilung des Bahnschutzes trifft in Saarbrücken ein.

— 1928: —

25. März: Die dritte Wahl zum saarländischen Landesrat endet wieder mit einem rein deutschen Ergebnis.

19. März: In Frankreich schreitet man zur Gründung einer neuen Vereinigung, deren Aufgabe die Verteidigung der Rechte Frankreichs im Saargebiet sein soll.

13. Juli: Die saarländische Presse protestiert gegen den Raub von Saarkohlen aus dem deutschen Warndtgebiet durch lothringische Grubengesellschaften. Der Generaldirektor der französischen Bergwerksdirektion bezeichnet diesen Kohlenraub höhnisch als „une sorte de rectification de frontière“ (eine Art „Grenzberichtigung“).

27. Juli: Die Regierungs-Kommission unter dem Präsidenten Wilton beginnt ihren Kampf gegen die nationalsozialistische Bewegung, die auch im Saargebiet immer mehr Anhänger gewinnt und in der sie eine Förderung des Deutschtums erblickt. Verboten wird das Abhalten von „militärischen“ Übungen, das Tragen von Uniformen usw. Vereine, die sich mit „militärischen“ Dingen befassen, sollen der Auflösung verfallen.

— 1929: —

28. Juni: Anläßlich des zehnten Jahrestages des Versailler Schanddiktates finden im Saargebiet große Protest-Rundgebungen statt, die Saarbevölkerung verlangt stürmisch die endliche Befreiung von der schmachvollen Fremdherrschaft.

30. August: Im Haag wird ein Übereinkommen getroffen, daß die Frage der Lösung des Saarproblems Gegenstand von Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich sein soll.

31. August: Die englische Abteilung des sogenannten Bahnschutzes verläßt Saarbrücken, da sie in Rücksicht auf die be-

vorstehende Aufhebung der Besetzung des Rheinlandes ihre Aufgabe als erfüllt betrachtet. Frankreich nimmt diese Entschliebung der englischen Regierung sehr übel auf.

2. September: Als Termin für den Beginn der Saarverhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland wird der 15. September genannt.

21. November: Die auf Betreiben Frankreichs immer wieder hinausgeschobenen Saarverhandlungen beginnen endlich am 21. November.

— 1930: —

30. Juni: Aus Anlaß der Rheinlandbefreiung große deutsche Treuekundgebungen im gesamten Saargebiet, überaus reicher Flaggen- und Girlandenschmuck in Stadt und Land.

7. Juli: Die Saarverhandlungen, die nach monatlichen Besprechungen zu keinem Ergebnis führten, werden vertagt auf unbestimmte Zeit. Die Forderung der schwerindustriellen französischen Kreise nach Preisgabe der Saargruben tragen die Schuld an dem Abbruch der Verhandlungen. Das Inausfertigen von direkten Aussprachen von Regierung zu Regierung bedeutet nur ein Begräbnis erster Klasse. Zu einer solchen Aussprache ist es niemals gekommen.

31. August: Ministerialdirektor Dr. Nottow scheidet aus seinem Amte. Er war der größte Schädling der deutschen Sache im Saargebiet und hat seine Hand dazu gereicht, daß durch die französischen Schulen die deutsche Schuljugend ihrem Volkstum entfremdet wurde, auch wird ihm zur Last gelegt, daß er der Lostrennung der katholischen Kirche vom Bistum Trier Vorschub geleistet hat. Sein endlicher Weggang wurde mit großer Genugtuung begrüßt.

12. September: Der Völkerbundsrat beschließt endlich die völlige Aufhebung des Bahnschutzes, gewährt aber der französischen und belgischen Abteilung hierzu noch eine Frist von drei Monaten, obwohl die kümmerlichen Reste dieser verkappten Besetzung an einem Tage hätten abgeschoben werden können.

— 1931: —

20. Juni: Die Regierungs-Kommission entzieht dem Gauleiter der nationalsozialistischen Vereinigung im Saargebiet, Studien-Assessor Ehrde, die Aufenthaltsgenehmigung und vertreibt ihn damit aus dem Saargebiet.

27. Dezember: Der Präsident der Regierungs-Kommission Wilton und der tschechoslowakische Minister Beczinski stellen ihre Ämter dem Völkerbundsrat zur Verfügung und lehnen dabei eine Wiederwahl ab.

— 1932: —

22. Januar: Im Pariser „Intransigeant“, einem vielgelesenen Blatte, wird die Forderung erhoben, das Saargebiet als Bürgschaft für die Erfüllung der deutschen Reparationen zu erklären. Wörtlich heißt es: Dies Land sei das letzte Pfand, das Frankreich heute noch in der Hand habe. Niemand in der Welt könne Frankreich daran hindern, dieses Pfand für eine unbestimmte Zeit als Garantie der nicht bezahlten deutschen Schulden zu verwenden.

13. März: Die dritten Wahlen zum saarländischen Landesrat finden statt. Die frankophilen separatistischen Organisationen ziehen es vor, von den Wahlen fernzubleiben, um ihre Schwäche und Ohnmacht nicht öffentlich selbst zu erweisen. Es werden nur Vertreter der deutschen Parteien gewählt.

29. März: Präsident Wilton tritt von seinem Amte zurück. Er verabschiedet sich offiziell von der Polizei und dem Landjägerkorps. Zwischen der Saarbevölkerung und ihm hat während der Dauer seiner Amtsführung ein äußerst kühles Verhältnis bestanden. Irgendwelche Beziehungen zur Bevölkerung hat er nie gesucht.

1. April: Der neue Präsident Mister Anoz, ein Engländer, tritt sein Amt an. Seine Amtsführung artete bald in eine Unterdrückung der Deutschtumsbefindungen schlimmster Art aus.

28. April: Der neugewählte Landesrat erklärt in seiner ersten Sitzung, daß die baldige Rückkehr des Saargebiets zum Reich vor wie nach als das vornehmste Ziel aller Deutschen im Saargebiet zu gelten habe.
25. Oktober: Die Regierungs-Kommission erläßt wesentlich verschärfte Bestimmungen über die Einreise ins Saargebiet.
8. November: Präsident Knor verfügt die Auflösung der angeblich im Saargebiet bestehenden militärischen Organisationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei. Eine in der Geschäftsstelle angeordnete Hausdurchsuchung soll angeblich Geheimpapiere und Waffen zutage gefördert haben. Die Partei erklärt öffentlich, daß militärische Organisationen überhaupt nicht bestanden und das die Hausdurchsuchung ergebnislos verlaufen sei. Sie fordert ein gerichtliches Verfahren. Knor hüllt sich in Stillschweigen, sendet aber nach Genf einen schauerlichen Bericht über einen im Saargebiet bestehenden gefährlichen Unruheherd. Es tritt klar zutage, daß Knor kurz vor der Abstimmung zu den übelsten Maximen der Deutschumsunterdrückung des ersten Präsidenten Rault zurückgegriffen hat.

— 1933: —

24. Januar: Der Völkerbundsrat bestätigt in geheimer Sitzung den Präsidenten Knor und die übrigen Mitglieder der Regierungs-Kommission für ein weiteres Jahr in ihren Ämtern.
5. März: Präsident Knor reist nach Paris und wird von dem französischen Außenminister Paul Boncour in Audienz empfangen. Ueber Ziel und Zweck dieser Reise wird nichts bekannt gegeben.
25. März: Die Regierungs-Kommission untersagt der nationalsozialistischen Partei die Abhaltung von Versammlungen jeglicher Art einschließlich der sogenannten Sprechabende.
2. Mai: Die Regierungs-Kommission verbietet unter Androhung von Strafen das Tragen der Uniform des Freiwilligen Deutschen Arbeitsdienstes im Saargebiet.
20. Mai: Die Regierungs-Kommission untersagt allen politischen Vereinigungen das Tragen einheitlicher Kleidung oder von Teilen davon.
Die erste skandalöse Notverordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, deren Gefährdung vorgetauscht wird, wird veröffentlicht, gleichzeitig auch eine Verschärfung des Reichsvereinsgesetzes, das dem Vereinsleben unerhörte Schranken auferlegt. Der Landesrat lehnt diese Verordnungen ab, die das Ziel hätten, das ganze deutsche Leben im Saargebiet unter Ausnahmegesetz zu stellen. Die Verordnungen werden unmittelbar darauf in Kraft gesetzt.
14. Juli: Die Parteien, ausschließlich der Reste der kommunistischen und sozialdemokratischen Partei, bilden als deutsche Front eine Vereinigung.
27. August: Der Reichskanzler erklärt auf der großen Saarkundgebung des Bundes der Saar-Bereine am Niederwalddenkmal, daß es für die Deutsche Regierung nur die eine Lösung der Saarfrage gebe: die Rückkehr zum Reich! Diese Erklärung löst im gesamten Saargebiet eine große Befriedigung aus.
21. Oktober: Die Deutsche Front tritt mit einem Aktionsprogramm an die Öffentlichkeit. Sämtliche Parteien, mit Ausnahme der kommunistischen und sozialdemokratischen, hören auf als selbständige Gruppen zu existieren. Ziel der Deutschen Front ist, die Einheit der Saarbevölkerung nach außen hin in einer Weise zu bekunden, wie es bisher noch nicht der Fall gewesen ist. Die Deutsche Front nimmt alle Deutschen auf, die des Willens sind, für die Rückgliederung des Saargebietes zum Reich einzutreten.
4. November: Präsident Knor erläßt verschärfende Bestimmungen zu seiner Notverordnung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, die trotz des Widerspruches des Landesrats unmittelbar darauf in Kraft gesetzt werden.
Bis zum Ende des Jahres 1933 hat der Präsident Knor in 1½-jähriger Amtswirkung 37 saarländische Zeitungen auf die Dauer von zusammen 14 Monate verboten, dazu noch eine Reihe deutscher Zeitungen. Dem Treiben der marxistischen Presse, die das Deutsche Reich und seine neuen Führer schamlos verhöhnen, hat er keinen Einhalt geboten. Der Führer der Sozialdemokratischen Partei, Max Braun, hat sich im Laufe dieses Jahres völlig zum Verrat des Saargebiets entschlossen und tritt hemmungslos für die französischen Interessen ein. Außer der Unterdrückung der deutschen Presse hat Präsident Knor das ganze öffentliche

Leben der Saarbevölkerung durch einen Stachelbrautverhau eingeengt und mit Strafen bedroht. Der Engländer Knor hat sich zu einem zweiten Diktator Rault entwickelt, den er noch in der Mißachtung der Rechte der Saarbevölkerung zu übertreffen sucht.

7. Dezember: Vor dem Obersten Gericht in Saarlouis spielt sich der beachtliche Prozeß gegen Kommerzienrat Köhling ab, der eidlich die Unterdrückungen der Saarbergleute zu dem Zwecke der Erpressung ihrer Kinder für die französische Schule erweist. Die Zeugen der Bergwerksdirektion versuchen entgegen der Wahrheit die Ableugnungen der Bergwerksdirektion zu decken. Es ergibt sich, daß mehrere dieser Zeugen unter Eid falsche Aussagen gemacht haben und nun eine Anklage wegen Meineids zu erwarten haben. Drei dieser Angeeschuldigten haben bereits das Saargebiet

Den deutschen Brüdern an der Saar zur Abstimmung im Januar 1935!

Auch zu singen nach der Melodie des Rheinliedes von Joh. Peters. In dem Falle wird die unterlegte Melodie ohne Wiederholung von Versen durchgesungen.

Endlich naht die Schicksalsstunde,
Die verspricht zur Siegestat,
Daß sie heilt die bitt're Wunde,
Die euch schlug das Schand-Diktat!
Laßt nicht länger welsche Lügen
Stören euren Freiheitsdrang!
Mögt den welschen Wahn ihr knien,
Der schon währte viel zu lang!
Mögt ihr nun euch selbst beglücken
Durch Befrei'n von fremdem Zwang!

Denkt, was all euch widerfahren
In so manchem bitt'ren Leid!
Strömt in dichtgedrängten Scharen
An die Urne stimmbereit!
Wenn dann einft die Weltgeschichte
All die Taten ruft herbei
Und erzählt im Wahrheitslichte,
Wie die Saar ward rühmlich frei, —
Jauchzt der Enkel zum Berichte:
„Ha, mein Ahn' war auch dabei!“

Euch, ihr Frauen jener Gauen,
Die der Franzmann heiß begehrt,
O, auf euch wir fest vertrauen,
Daß ihr hütet Ehr' und Herd!
Werbt bei allen deutschen Brüdern,
Werbt mit eurem Zauberbann,
Daß sie, hei, die Schmach erwidern
Bei der Wahl nun Mann für Mann!
Dann entfleucht mit Rumpf und Gliedern
Wutentbrannt auch Mariann'!

Männer ihr, so fleißig, bieder,
Scholletreu und langesfroh,
Zeigt der Welt begeistert wieder,
Daß ihr deutsch noch lichterloh!
Ob nun Bergmann, ob Gewerke,
Gleich, was jeder schafft und kann, —
Stimmt all für Deutschlands Stärke,
Brecht des Gegners schnöden Bann!
Geht geschlossen frisch zu Werke!
Heil! Glückauf! Zur Wahl wohl an!

Schließt ihr fest jetzt eure Reihen,
O, so bleibt der Sieg nicht aus!
Hymnen mögt ihr ihm dann weihen
Zu des Franzmanns Gram und Graus!
Dank wird euch vom Mutterlande
Für bewies'ne Lieb' und Treu'!
Euch bewahrt vor weit'rer Schande
Unser Führer wie ein Leu!
Stolz im ganzen Vaterlande
Flattert Schwarz-Weiß-Rot aufs neu!

J. Brunthaler, Köln.

fluchtartig verlassen, um der sicheren Strafe wegen Meineids zu entgehen. Der Hauptzeuge der Bergwerksdirektion, Divisionär Schöller, gegen den ein Haftbefehl erlassen war, ist gegen Kaution von 50 000 Franken auf freien Fuß belassen worden. Die unmoralischen und schimpflichen Schulerpressungen unter der Verwaltung der französischen Bergwerksdirektion sind nunmehr vor Gericht erwiesen und können auch nicht mehr von der Regierungs-Kommission wie bisher in den Berichten nach Genf in Abrede gestellt werden.

— 1934: —

21. Januar: Der Völkerbundsrat beschließt, die Vorbereitungen für die Saarabstimmung in Angriff zu nehmen. Zu diesem Zwecke wird unter dem Vorsitz des italienischen Ratsmitgliedes Aloisi ein Ausschuss gebildet, der der nächsten Ratsitzung einen Bericht vorlegen soll.
15. Februar: Der Saar-Ausschuss tritt zu einer vertraulichen Sitzung zusammen. Präsident Knox stellt die Forderung, zur Wahrung der ihm gefährdet erscheinenden Ruhe und Ordnung während der Abstimmungsperiode ausländische Polizeikräfte heranzuziehen. Es wird die Einsetzung eines Juristen-Komitees beschlossen, um einige Fragen über die Abstimmung juristisch zu klären. Der Tag der Abstimmung selbst ist bisher noch nicht festgesetzt worden, ebenso ist noch kein Beschluss gefasst über die Heranziehung ausländischer Polizeikräfte für die Abstimmungszeit.

Kleine politische Umschau

* Zwischenfälle in Saarlouis

Auf einer Besichtigungsreise durch das Saargebiet kamen 40 bis 50 Studenten aus Tübingen in Autobussen nach Saarlouis. Sie stiegen am Großen Markt vor der Städtischen Sparkasse ab und begaben sich zum Teil in das Hotel „Zwei Hasen“, zum anderen Teil in die unmittelbar an der Haltestelle liegende Wirtschaft „Deutscher“ (früher Budens) am Großen Markt. Sie hielten sich hier etwa eine Stunde auf und bestiegen dann wieder ihre Autos. Bei der Abfahrt sangen sie das Saarlandlied und das Lied „Die märkische Heide“. In der Pariser Separatistischen Presse ist behauptet worden, es sei das Horst-Wessel-Lied und „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“ gesungen worden. Die Behauptung ist falsch. Zu irgendwelchen Kundgebungen der Studenten oder der Bewohner anlässlich der Anwesenheit der Studenten ist es nicht gekommen. Festgestellt wurde lediglich, daß ein Mann in der Wirtschaft „Deutscher“ sich erfolglos bemühte, die Studenten durch Zurufe zu reizen. Er wurde nachträglich als der Kassierer des „Saarlouiser Journal“ Schlehuber aus Badgassen ermittelt, der sonst niemals in dieser Wirtschaft verkehrt.

Ein weiterer „Zwischenfall“ ereignete sich gegen 6 Uhr nachmittags an diesem ereignisreichen 2. Juni: Der Wirt Nikolaus Lessel, der an der Ecke der Bibelfstraße ein viel von Kommunisten, Autonomisten und sonstigen Antifaschisten besuchtes Lokal betreibt, verursachte dort einen Menschenauflauf, indem er auf der Straße alle möglichen Leute belästigte, schrie und schließlich einen jungen Mann mit Namen Thirion ohne jede Veranlassung auf den Kopf schlug. Er hatte auch eine Schußwaffe in der Hand, mit der er die Vorübergehenden bedrohte. Die Polizei nahm ihm die Waffe ab und verhütete so weitere Ausschreitungen Lessels. Dem Lessel selbst ist nicht das allergeringste widerfahren. Mit der Anwesenheit der Studenten hatte dieser Vorfall nichts zu tun. Diese hatten die Stadt längst verlassen, als er sich abspielte.

★

Die marxistische und sonstige Emigrantenpresse, die aus durchsichtigen Gründen Terrorakte der Deutschen Front konstruieren will, brachte in größter Aufmachung die Meldung von der Beseitigung einer Fahne von der Geschäftsstelle der SWV. (Saarländische Wirtschaftsvereinigung) in Saarlouis und ähnlichen Vorfällen. Unter anderem wird von der Hekypresse behauptet, daß der Besitzer des Hauses in dem sich das Büro der SWV. befindet, ein gewisser Goerg, kurz nach der Beseitigung der Fahne in einer Gastwirtschaft der Nachbarschaft von Mitgliedern der Deutschen Front niedergeschlagen und am Kopf so schwer verletzt worden sei, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Der Täter, der die Fahne heruntergeholt habe, sei mittlerweile bekanntgeworden, sei aber von seinen Gesinnungsgenossen nicht verraten worden. Die Tatsache seiner Nichtverhaftung habe er dazu benutzt, um abends die Fenster der Büros der SWV. zu zer-

schlagen. Gemeinsam mit „einem großen Haufen zusammengeroteter Menschen, sämtlich nationalsozialistischer Gesinnung“, sei er dann in das Haus eingedrungen. Die wie „wild wütende Menge“ habe die Akten aus den Regalen gerissen und zusammen mit den Möbeln auf die Straße geworfen.

Demgegenüber geht aus der amtlichen Mitteilung klar und eindeutig hervor, daß die Vorgänge sich keinesfalls so abgespielt haben, wie es die Hekypresse darstellt. Die auf der Geschäftsstelle der SWV. gehißte Fahne ist von bisher unbekannten Tätern nachmittags abgeschnitten und entfernt worden. Abends entstand dann in einer Stehbierhalle ein Wirtshausstreit zwischen dem Geschäftsführer der SWV., Ortsgruppe Saarlouis 2, Richard Goerg und den Erwerbslosen Heinrich Fries und Georg Kiehn, die schon den ganzen Tag beim Zechen waren. Der Inhaber der Stehbierhalle entfernte die Streitenden. Goerg erstattete sofort Anzeige bei der Polizei Saarlouis 2, die dann Fries und Kiehn sofort vernommen hat. Danach kehrte Fries wieder in die Stehbierhalle zurück. Gegen 21 Uhr kamen die beiden — anscheinend schwer betrunken — auf dem Nachhauseweg an der Wohnung Goergs vorbei und setzten sich auf den Treppentufen nieder. Nach einer Weile stand Fries plötzlich auf und schlug die Fenster der Geschäftsstelle SWV. ein, ohne daß irgend ein neuer Streit vorangegangen wäre.

Nachdem die Feststellung des Tatbestandes erfolgt war, wurden die auf der Straße vorgefundenen Gegenstände durch Polizeihauptwachtmeister H. wieder in den Raum der Geschäftsstelle der SWV. eingeräumt, um das Verkehrshindernis an dieser Straßenkreuzung zu beseitigen. Inzwischen war Dr. Hector aus Saarlouis am Tatort eingetroffen und ließ die gesamten Gegenstände wieder auf die Straße bringen, damit die so gestellte Szenerie durch einen Photographen des „Saarlouiser Journal“ photographiert werden konnte.

Fries ist als rauflustiger Mensch bekannt, wenn er stark dem Alkohol zugesprochen hat, was ja an dem fraglichen Abend der Fall war. Er ist wegen ähnlicher Vergehen schon verschiedentlich vorbestraft. Fries und Kiehn sind für solche Streitigkeiten und Händel ortsbekannt. Sie waren bis zum Herbst vorigen Jahres Mitglieder der kommunistischen Partei, traten dann bei Gründung der SWV. dieser Vereinigung bei und sind vor etwa sechs Wochen ausgeschieden. Bei dem ganzen Vorfall wurden politische Dinge überhaupt nicht berührt. Es handelt sich lediglich um eine persönliche Auseinandersetzung.

Knox entzieht dem Bürgermeister Polizeigewalt

Der Präsident der Regierungskommission hat unter Berufung auf die Ausnahmeverordnung vom 20. Mai 1933 verfügt, daß die Polizeigewalt der Stadt Saarlouis dem Bürgermeister Dr. Bag entzogen und dem Landrat des Kreises Saarlouis, Arweiler, bzw. seinem Stellvertreter übertragen wird. Eine weitere Begründung zu der Verfügung ist nicht gegeben worden. Es ist aber zweifellos, daß sie im Zusammenhang mit den erwähnten Vorfällen getroffen worden ist.

★

Offenbar ist die Entscheidung des Präsidenten der Regierungskommission infolge der Hekykampagne der Separatisten übereilt getroffen worden. Denn die inzwischen stattgefundenen Verhandlung vor dem Schnellrichter und die Feststellungen des Staatsanwalts, der den ganzen Vorfall als Angelegenheit betrunkenen Personen bezeichnet hatte, hätten für eine derartige weitgehende Maßnahme keine ausreichende Grundlage geben können.

* Französische Provokationen . . .

Der Pariser „Matin“ berichtete kürzlich aus Saarlouis, daß dort „eine Gruppe friedliebender französischer Touristen Gegenstand eines feindseligen Empfangs von Seiten einer Horde von Rasenden gewesen sei, die von landfremden Agitatoren geführt wurde“.

Der hier erwähnte Vorgang spielte sich in Wahrheit nach amtlicher Feststellung wie folgt ab:

Französische Studenten aus Nancy waren unter Führung des bekannten französischen Propagandamajors Lanrezac nach Saarlouis gekommen, um die Stadt zu besichtigen. Dabei hielt Lanrezac auf dem großen Markt vor seinen Hörern eine Ansprache, die mit den Worten schloß: „Saarlouis war französisch, Saarlouis ist französisch, Saarlouis bleibt französisch.“ Dies war von den hinzu gekommenen Saarlouiser Bürgern gehört worden, die sich mit Recht über

dieses unverfälschte Auftreten und diese Provokation stark unterstützten. Aber man hielt Disziplin, und nichts geschah den Franzosen, die sich nachher in den Saalbau begaben, um dort zu speisen. Allerdings hielten am Kleinen Markt und in den anliegenden Straßen die Anwohner spontan deutsche Fahnen, um den französischen Studierenden zu zeigen, wie „französisch“ die Stadt Saarlouis ist und bleiben will. Auch als die Franzosen später nach beendeten Mittagssmahl zu ihren zwei Omnibussen gingen, um fortzufahren, ereignete sich nichts, außer daß die Umstehenden den Besuchern durch Erheben der rechten Hand erneut zeigten, daß diese sich nicht in einer französischen, sondern in einer ferndeutschen Stadt befanden. Zugleich spielte eine Musikkapelle deutsche Lieder.

Das ist der Vorgang, von dem man in Frankreich so viel Aufhebens macht. Nicht mit Unrecht fragt die „Saar-Zeitung“ in Saarlouis: „Was wäre mit einem Trupp von 50 deutschen Studenten in Nancy geschehen, deren Führer auf dem dortigen Marktplatz in deutscher Sprache eine Rede gehalten hätte mit den Schlussworten: Nancy war deutsch, ist deutsch und wird deutsch bleiben? Glaubt jemand im Ernst, diese Studenten hätten unbehelligt Nancy verlassen können?“

Die Person Lanrezacs bürgt dafür, daß es sich gewiß um keine unpolitische Ansprache gehandelt hat, die er auf dem Saarlouiser Marktplatz hielt. Denn schließlich kann niemand aus seiner Haut heraus. Wie nun aus Saarlouis gemeldet wird, ist jetzt gegen Major Lanrezac Strafantrag gestellt worden, weil er entgegen den Bestimmungen der Regierungskommission eine öffentliche Versammlung, und zwar im Freien ohne besondere Genehmigung veranstaltet und abgehalten hat. Dazu kommt, daß diese Versammlung politischen Charakter trug. Der Strafantrag ist allerdings nicht — wie bezeichnend — von der Saargebietregierung, sondern aus der Bevölkerung heraus gestellt worden. Es ist ja hinreichend bekannt, daß von der Regierungskommission scharf darüber gewacht wird, daß bei Besuchen aus dem Reich die geltenden Bestimmungen in jeder Hinsicht beachtet werden.

* Brauns Front wankt.

Wie verlautet, ist der leitende Geschäftsführer der Buchdruckerei und des Verlags der „Volksstimme“ und der „Deutschen Freiheit“, Ernst Klopfer, aus der Sozialdemokratischen Partei des Saargebiets ausgetreten und damit gleichzeitig als Geschäftsführer des Unternehmens ausgeschieden. Die Ursachen sollen schwere Differenzen mit Max Braun sein. Weiter soll auch Ministerialdirektor Valentin Schäfer aus der Sozialdemokratischen Partei, deren Vorsitzender er lange Jahre war, ausgetreten sein.

* Wer schreitet dagegen ein?

Aus Schaffhausen und Rittenhofen wird uns gemeldet, daß die Werber des „Generalanzeiger“ die Bergleute zum Abonnement auf dieses Blatt zu veranlassen suchen mit dem Hinweis, es werde von der Grubenverwaltung gewünscht. Die Ehefrauen von Bergleuten suchen sie einzuschüchtern mit der Drohung, ihre Männer würden entlassen, wenn sie den „Generalanzeiger“ nicht bestellten. In Schaffhausen hat einer der Werber wiederum behauptet: „Die Listen hat die Grubenverwaltung herausgegeben und sie uns gegeben. Wir sind direkte Beauftragte der Inspektion.“

In Göttelborn ist der Lehrer an der Domanialschule (der frühere Verlademeister der Grube Göttelborn) von Haus zu Haus gezogen und hat unter Hinweis darauf, daß die Bergleute Arbeit und Wohnung verlieren würden, die Familien dahin zu beeinflussen versucht, ihre Kinder in die Domanialschule zu schicken.

Das sind Fälle für das Abstimmungsgericht.

* Der Saarbrücker Bürgermeister gegen die Putzgerüchte

Eine gewisse Presse sucht seit Monaten und Wochen die Meinung im Saargebiet aufzubringen, als ob irgendwelche Gewaltakte und Putzsch von deutscher Seite geplant würden. Die deutsche Front hat ebenso wie früher die saarländischen Parteien immer wieder darauf hingewiesen, daß solche Gerüchte völlig unsinnig sind, denn die Saarbevölkerung ist so vorbildlich diszipliniert und hat ihre deutsche Gesinnung unter viel schwierigeren Verhältnissen als den jetzigen so oft unter Beweis gestellt, daß nur ein Narr oder ein Böswilliger an solche Putzgerüchte glauben kann. Eine gewisse Unruhe war nur entstanden durch die dauernde Hinausschiebung

der Festsetzung des Abstimmungstermins durch den Völkerbundsrat. Erst sehr spät hat man sich in Genf dazu entschlossen, dieses Moment der Unruhe aus dem Wege zu räumen. Oberbürgermeister Dr. Reikes von Saarbrücken hat den Vertreter der „Baseler Nationalzeitung“ in einem Interview auf die Friedensstörung aufmerksam gemacht, die in der dauernden Hinausschiebung der Terminsanberaumung lag, er hat aber niemals von einem „Brandherd in Europa“ oder von der „Gefahr von Explosionen“ gesprochen. Der Schweizer Journalist hat leider den Gedankengang des Saarbrücker Oberbürgermeisters völlig verdreht. In einem Schreiben an Baron Aloisi, den Vorsitzenden des Saarausschusses des Völkerbundsrates hat Dr. Reikes den Sachverhalt richtiggestellt und weiterhin wörtlich erklärt: „Ich stehe dafür ein, daß die Bevölkerung der Stadt Saarbrücken wie des ganzen Saargebietes die vorbildliche Disziplin, die sie bisher bewiesen hat, auch weiterhin bewahrt. Im Saargebiet herrscht weniger Gewalttat und Terror als in irgendeinem Lande Europas. Störungen der öffentlichen Ordnung sind hier nur von Seiten Landfremder Elemente zu befürchten, die ein Interesse daran haben, einen geordneten Ablauf der Volksabstimmung zu unterbinden.“ Man sollte meinen, daß nach dieser durch Deutlichkeit ausgezeichneten Erklärung das Gerede von Putzplänen im Saargebiet endlich aufhört.

Hungerlöhne für die Saargrubenarbeiter

In der französischen und frankophilen Presse des Saargebietes kann man immer wieder von den „glänzenden Löhnen“ des Saarbergmanns lesen und von den angeblichen Hungerlöhnen, die auf deutschen Kohlengruben gezahlt würden. Namentlich auch der Straßburger Sender gefällt sich immer wieder in solchen Gegenüberstellungen. Daß das genaue Gegenteil der Fall ist, das sieht diese Presse und den genannten Sender wenig an. Wo Hungerlöhne gezahlt werden, das wissen die Saarbergleute am besten, nämlich auf den von der französischen Grubenverwaltung geleiteten Gruben des Saargebietes. Ein neuer Beweis dafür wird von der Grube Maybach geliefert. Nach einem Bericht der „Deutschen Front“ vom 25. Mai wurden auf dieser Grube bei der letzten Löhnung Gehilfslöhne von etwas über 6 Franken ausbezahlt. Der Schichtlohn stellt sich demgemäß auf ungefähr 29 Franken. Bei 19 verfahrenen Schichten ergibt sich hiernach ein Monatsverdienst von rund 550 Franken. Da die sozialen Zulagen sich bei einer Familie mit Frau und drei Kindern auf 114 Franken berechnen, so beträgt das Bruttoeinkommen eines solchen Familienvaters 664 Franken. Die monatlichen Abzüge für Gezüge, Kassenbeiträge und Strafen belaufen sich erfahrungsgemäß und durchschnittlich monatlich auf 100 Franken. Es bleibt bestenfalls ein Nettoeinkommen von 550 Franken. Von dieser Summe gehen aber bei den meisten Bergleuten für die Fahrt von und zur Grube monatlich 60 Franken und mehr ab, so daß für die Familie höchstens 500 Franken bleiben, d. h. etwa 85 RM. Für Miete, Steuern und Gewerkschaftsbeiträge muß man aber einen entsprechenden Betrag in Abzug bringen. Berücksichtigt man nun den niedrigen Stand des Frankenkurses, so kann sich jeder selbst ausrechnen, was einer fünfköpfigen Familie für den Lebensbedarf im Monat noch übrig bleibt.

* Versprechungen und Taten der französischen Saargrubenverwaltung. Als die französische Verwaltung die Saargruben im Jahre 1919 übernahm, machte sie der Saarbevölkerung große Versprechungen, in welcher Weise und bis zu welchem Ausmaß sie die Produktion der Saargruben steigern werde. Es ist heute, wo die Volksabstimmung in wenigen Monaten stattfinden wird, von großem Interesse, festzuhalten, wie wenig die Taten der französischen Saargrubenverwaltung mit ihren Versprechungen im Einklang gestanden haben. Am 27. Dezember 1919 unterbreitete die französische Regierung der Kammer einen Gesetzentwurf über die Schaffung „Office des mines domaniales de la Sarre“. Berichterstatter zu diesem Entwurf war der Abgeordnete Fernand Engerand. Er stellte in seinem Bericht sowohl die wirtschaftlichen wie auch die politischen Aufgaben Frankreichs im Saargebiet sehr deutlich heraus und verkündete u. a. folgendes: „Die Grubenverwaltung hat ein Programm aufgestellt, dessen Verwirklichung in 10 Jahren die gegenwärtige Förderung verdoppeln wird. . . . Es darf nicht aus dem Auge verloren werden, daß von dem Regime, das den Saargruben gegeben werden wird, und von der Politik, die wir dort befolgen werden, zum großen Teile der Ausfall der Volksabstimmung abhängen wird, durch die die Bevölkerung im Jahre 1935 sich über ihr Schicksal aussprechen wird.“

Man muß schon sagen, daß Herr Engerand sich in wirtschaftlicher Beziehung als ein schlechter Prophet erwiesen hat, denn von der angekündigten Verdoppelung der Förderung hat bisher niemand im Saargebiet etwas gemerkt. Die französische Grubenverwaltung hat es nicht einmal fertiggebracht, in den 15 Jahren, in denen sie das Ausbeutungsrecht an den Saargruben hat, die Vorkriegsförderung von 1913 beizubehalten. Sie hat in diesen 15 Jahren nur fünfmal das Ergebnis von 1913 knapp überschritten und ist in den übrigen Jahren niemals an die Förderziffer von 1913 herangelommen. Das die Politik der französischen Grubenverwaltung restlos versagt und daß sie die Bergleute an der Saar durch ihre Knebelungsmethoden in ihrem Deutschtum nur noch fester gemacht hat, das liegt heute offen zutage. Sie war auf einem Kardinalfehler aufgebaut, nämlich auf dem trügerischen Glauben, daß die deutschen Bergarbeiter und Angestellten ihr Vaterland verraten würden. Die Saarbergleute aber haben trotz aller Schikanen ihrem Vaterlande die Treue gehalten. Die französische Saargrubenverwaltung hat in wirtschaftlicher und politischer Beziehung ein völliges Fiasko erlitten.

... und was man in Paris daraus macht.

Im Großen Amphitheater der Sorbonne fand eine Hauptversammlung der französischen „Saarvereine“ statt. Zur Ausschmückung des Theaters hatte man die Wappen der saarländischen Städte mißbraucht. Zuerst ertönte die Marseillaise. Dann sprach Jacques Bardoux, der sich in Redensarten wie „Das französische Volk wolle unerbittliche Gerechtigkeit“ erging und sich bitter über den Empfang der französischen Studenten auf ihrem „geographischgeschichtlichen“ Ausflug in Saarlouis beklagte. Diese Franzosen hätten in Saarlouis „mit derselben Höflichkeit empfangen werden müssen, wie die deutschen Studenten in Frankreich“. Der Redner spielte dann weiter auf die bekannte Dokumentenunterschlagung durch naturalisierte Franzosen an, die er dem Deutschtum in die Schuhe schieben wollte. Aus allen diesen geistlichen Verdrehungen leitete er die Forderung ab, daß die französische Kolonie im Saargebiet „zu ihrer Vertretung und zu ihrem Schutze“ einen Konsul haben müsse, der seine Fahne neben der des italienischen Konsuls aufpflanzen müsse. Nach einigen anderen Rednern ergriff dann der stellvertretende Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der Kammer, der Abgeordnete Fribourg, das Wort, der ebenso wie Bardoux die „Zwischenfälle“ in Saarbrücken und Saarlouis in französischem Sinne auszuschlachten versuchte. Die Saar sei der Zufluchtsort derer, die die neue Herrschaft in Deutschland mit Zähigkeit verfolge, nämlich der zweiten und dritten Internationalen und des Zentrums. Aus den weiteren Ausführungen Fribourgs zur Wirtschaftslage ging hervor, daß es Herrn Fribourg lediglich auf machtpolitische und wirtschaftspolitische Forderungen Frankreichs ankomme und das Schicksal der unbezweifelbar gesamtdeutschen Bevölkerung im Saargebiet ihm völlig gleichgültig ist. Auf diesem Ignorismus bauten sich dann die weiteren Ausführungen Fribourgs über Menschenrechte und über die Forderungen von wirksamen Garantien vor, während und nach dem Abstimmungsakt auf. Daß Fribourg nicht nur für die Abstimmungsberechtigten, wie es mit dem Versailler Vertrag wohl zu vereinbaren ist, schützende Garantien verlangt, sondern auch für Ortsfremde und Emigranten, ist bei der starken Aufmunterung, die gerade er diesen Kreisen zuteil werden läßt, nicht verwunderlich, hat aber mit Recht und Vertrag nichts zu tun. Wenn der Abgeordnete Fribourg von „stummem Terror“ spricht, so sollte er lieber einmal die Akten des Röchling-Prozesses studieren.

Vom Bunde der Saarvereine

* Ortsgruppe Berlin. Die Tätigkeit der Ortsgruppe im Monat Mai begann mit der am Donnerstag, dem 3. Mai, hier, im Franziskaner, stattgefundenen Monatsversammlung. Der Vorsitzende gab u. a. bekannt, daß der Chef des Preussischen Bergbaues, Herr Oberberghauptmann Winnacker, mit sämtlichen Herren der Bergbauabteilung des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit als Mitglieder der Ortsgruppe beigetreten sind. Herr Oberberghauptmann Winnacker hat dadurch einen schönen Beweis für die enge Verbundenheit des Preussischen Bergbaues mit unserer Heimat gegeben. Schriftleiter Olmert berichtete über die politische Lage an der Saar. In der Zeit vom 28. Mai bis 1. Juni 1934 weilten auf Einladung der Zentrale des Hausfrauenvereins Groß-Berlin etwa 500 Hausfrauen aus dem Saargebiet in Berlin. Bei ihrer Ankunft auf dem Anhalter Bahn-

hof wurden sie von dem Ortsgruppenführer Herrn Hellwig begrüßt. Am 29. Mai fand in den Kammerjulen in Anwesenheit des Herrn Vizkanzlers von Papen ein Saarunterhaltungsabend statt. Nach Begrüßung durch den Ortsgruppenführer und die Führerin des Berliner Hausfrauen-Vereins, Frau Alara Mende, ergriff Herr Vizkanzler von Papen das Wort, übermittelte die Grüße des Herrn Reichspräsidenten und des Führers und gab der Verbundenheit der Reichsregierung mit unserer Heimat beredten Ausdruck. Als Vertreterin der Saarahausfrauen dankte Frau Graeff-Saarbrücken für die herzliche Aufnahme in der Reichshauptstadt und betonte die unwandelbare Treue der Saarfrauen zum deutschen Vaterlande. An weiteren Gästen begrüßten wir in Berlin den Saarbrücker Gastwirteverband bei seiner Durchfahrt nach Danzig zur Teilnahme an der Tagung des Reichsgastwirteverbandes und eine Gruppe schwer kriegsbeschädigter Landsleute, die nach einem Kuraufenthalt in Freienwalde in die Heimat zurückkehrten. Am 7. Juni fand die ordentliche Monatsversammlung der Ortsgruppe mit einem Lagebericht des Herrn Olmert statt.

* Die Ortsgruppe Koblenz rechnet mit Präsident Knog ab. An zwei Tagen sprach der Gebietsleiter des Bundes der Saarvereine, Heinz Kellner-Koblenz, auf machtvollen, von der Kreisgruppe Altentirchen des Bundes der Saarvereine veranstalteten Saarheimatabenden in Wissen und Kirchen an der Sieg über das Thema „Saarvolk und Landschaft im Lichtbild unter besonderer Berücksichtigung des Kampfes um Kultur und Wirtschaft an der Saar“. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgten die Besucher dem interessanten Vortrag des Redners, dessen Ausführungen über die Geschichte, die Wirtschaft, die Landschaft, die Kultur und den Kampf des Saarvolkes um sein Deutschtum durch ein außerordentlich reichhaltiges und überaus wertvolles Lichtbildmaterial, zum Teil aus der allerjüngsten Zeit, anschaulich erläutert wurden. Unter anderem geißelte der Redner in scharfen Worten die franzosenhörige Tätigkeit der Regierungskommission und bezeichnete besonders das Verhalten des Präsidenten, des Engländers Knog, als vollkommen unverständlich. Wenn dieser im Sinne einer Vereinigung des Saargebietes mit Frankreich arbeite, so lasse er nicht nur den Willen der überwältigenden Mehrheit des Saarvolkes unbeachtet, sondern bringe auch sein eigenes Land in Mißkredit und verstoße gegen dessen Interessen. Der endgültige Besitz des Saargebietes sei für Frankreich eine der schärfsten Handelswaren gegen England. Gegenwärtig führe Frankreich noch jährlich ca. 25 Millionen Tonnen Kohlen aus England ein. Durch die endgültige Eingliederung des Saarlandes in das französische Wirtschaftsgebiet und durch restlose Ausnutzung der Saarkohlengruben hätte Frankreich die Möglichkeit, sich von der englischen Kohleneinfuhr frei zu machen. Das bedeute schließlich, daß 100 000 englische Bergleute Brot und Arbeit verlieren würden. Die beiden Veranstaltungen haben wieder bewiesen, daß überall im Reich der Kampf des Saarvolkes mehr und mehr als Kampf des ganzen deutschen Volkes miterlebt wird.

* Wattenscheids Bekenntnis zur deutschen Saar. Ein Bekenntnis zur deutschen Saar legte auch die Wattenscheider Bevölkerung ab. Die Kundgebung wurde mit einem Saar-Verbeabend bei Rede eingeleitet. Fast 70 Fahnendeputationen marschierten durch den Saal und nahmen auf dem Balkon Aufstellung. Nachdem der Vereinsführer Sticher im Namen der Ortsgruppe alle Erschienenen und insbesondere den Schirmherrn der Ortsgruppe, Bergwerksdirektor Winkler, sowie den Redner des Abends, stellvert. Bundesführer Debusmann, Elberfeld, begrüßt hatte, sang der Männergesangsverein das von Heinz Meyer (Bochum) vertonte „Schwört und sprech“ und darauf „Deutscher Frühling“ in fein ausgearbeiteter Weise. Nunmehr erhielt stellv. Bundesführer Rektor Debusmann das Wort zu seiner Festrede. Er führte u. a. aus: Der Auftakt dieser Veranstaltung durch diesen Propagandaabend sowie die mit Fahnen prächtig geschmückten Straßen Wattenscheids zeigten, daß auch hier der Saargebante marschiert. Der Redner sprach dann über die Stellen, die sich mit der Abstimmung zu befassen haben: Der Völkerbund, die Regierungskommission und Frankreich. Eine ganz besondere Enttäuschung sei der Kommission gewesen, als sie die katholische Front (das Saargebiet ist zu 75 Prozent katholisch) statt auf ihrer Seite in den Reihen ihrer Gegner, nämlich in der Deutschen Front vorfanden, die von Staatsrat Spaniol ins Leben gerufen sei. Sonntag nachmittag versammelten sich sämtliche Wattenscheider Vereine auf dem Gertrudisplatz und traten von dort einen Propagandamarsch durch die Straßen der Stadt an. Im Stadion Beckmannshof nahmen die Tausende Aufstellung. Unter den Klängen des Badenweiler-Marsches marschierten sodann die Fahnenabteilungen in das Stadion ein. Die Sängerinteressengemeinschaft Wattenscheid eröffnete die Kundgebung mit Rudolf Hoffmanns Chorwerk „Wieland der Schmied“. Staatsrat Spaniol trat dann vor das Mikrophon und hielt eine einstündige Rede, in der er u. a. folgendes ausführte:

Während wir es erleben, daß wir durch den Mund des Führers immer vor neue Aufgaben gestellt werden, kommt aus dem Westen der Ruf: Handelt, es geht um Großes! Der Führer hat Frankreich

die Hand geboten zu einer friedlichen Lösung, aber Frankreich hat die Hand ausgeschlagen. Einer wird sich in der kommenden Abstimmung blamieren, Deutschland ist das nicht, sondern Frankreich. 15 Jahre lang mußten wir ein furchtbares Joch tragen. Doch heute sind wir stolz darauf, diese Last haben tragen zu dürfen für Deutschland. Sechs deutsche Männer und Frauen kamen durch die fremde Soldateska zu Tode, und auch das Saargebiet hat ein Schlagetererschicksal. Der Eisenbahnarbeiter Jakob Johannes aus Burbach wurde vier Jahre vor Albert Leo Schlageter, dessen wir demnächst wieder gedenken werden, am 20. Oktober 1919 von den Franzosen erschossen. Nach Anzeige einer marokkanischen Patrouille soll Johannes während des Belagerungszustandes auf Soldaten geschossen haben. Der Mann hat nie eine Waffe in der Hand gehabt, er wurde unschuldig zum Tode verurteilt, und dieses Urteil wurde nach Ablehnung eines Gnadengesuches vollstreckt. Staatsrat Spaniol sprach dann über die „Segnungen“, die der Völkerbund mit seiner Regierung über das Saarland gebracht hat, an dessen Wirtschaft und an dessen Rohenvorräten die französischen Grubenbesitzer Raubbau trieben. In einem weiteren Abschnitt seiner Rede behandelte Staatsrat Spaniol die Momente, die maßgebend sind, um die Saar für Deutschland zurückzugewinnen. Viele meinen, das Saargebiet muß in erster Linie deshalb zu Deutschland zurück, weil es so ungeheure Schätze hat. Selbstverständlich sollen diese nicht in französische Hände kommen, ebenso wenig wie das Saargebiet dem Franzosen als strategischer Stütz- und Ausgangspunkt überlassen werden soll. Aber entscheidend für uns ist, daß die Menschen, deren Väter mit Schweiß und Blut diese Schätze verteidigt haben, wieder deutsch werden. Denken wir nicht zuerst an das Wirtschaftliche, zuerst müssen wir uns bei der Betrachtung der Saarfrage den schaffenden Menschen zuwenden. Entscheiden sie sich für Deutschland, dann wandert der ganze wirtschaftliche Reichtum des Saargebietes an Kohle, Glas, Keramik usw. mit ihnen nach Deutschland. In vielen Einzelerlebnissen erzählte der Redner von dem Schicksal der Saarländer und ihrem heroischen Kampf. Das Schlusswort des Redners bildete ein Appell an die Saarländer, am Tage der Abstimmung reiflos ihre Pflicht zu tun. Hände weg von der Saar, das soll die ganze Welt erfahren. Hände weg von der Saar! Begeistert sang die Menge das Deutschland-, Horst-Wessel- und Saarländ. Lied.

* **Aus der Arbeit der Ortsgruppen.** Die Ortsgruppe Magdeburg veranstaltete am 30. Mai in Verbindung mit der Kreisleitung der NSDAP. und dem Verband Mitteldeutscher Industrie- und Handelskammern eine machtvolle Saarkundgebung in der Stadthalle, die von ungefähr 6000 Personen besucht war. In atemloser Spannung lauschten die Tausende dem Redner, Stadtverordneten Gustav Maurer aus Saarbrücken, der ein packendes Bild von dem Kampfe des deutschen Volkstums an der Saar, von dem Kampfe des Rechts gegen das Unrecht, von den Bedrückungen der Bergleute durch den französischen Bergfiskus und den schikanösen Maßnahmen der Regierungskommission gab. Die Ausführungen des Redners gipfelten in dem Satz: „Wir wollen für immer vereint werden mit unserem deutschen Volk und Vaterland. Gemeinsam wollen wir mit dem ganzen deutschen Volke die neue deutsche Zukunft bauen helfen. Gemeinsam mit ihm wollen wir uns emporarbeiten.“ Dem Dank der Versammlungsteilnehmer gab der Abschnittsleiter Rudolf Krause Ausdruck in einem glühenden Bekenntnis zu Volk und Vaterland. Außerdem wurde die Abendung eines Telegramms an die Deutsche Front, Landesleitung Saarbrücken beschlossen. Das Telegramm lautete: „Tausende Magdeburger Volksgenossen grüßen am heutigen Abend aus der Magdeburger Stadthalle die deutschen Volksgenossen an der Saar. Treue um Treue!“ — Die Ortsgruppe Bremen hielt im Mai eine von etwa 60 Saarländern besuchte Versammlung ab. Nach einem kurzen Referat über den neuesten Stand der Saarfrage wurden hauptsächlich einige organisatorische Angelegenheiten der noch sehr jungen Ortsgruppe besprochen. Die Mitglieder der Ortsgruppe wollen sich in Zukunft an jedem zweiten Montag im Monat im Restaurant „Hohenzollern“ treffen. Im Laufe des Monats Juni will man anlässlich der Anwesenheit der sogenannten „Saarländischen Spielschar“ gemeinsam mit dem Reichsbund der deutschen Beamten einen Saaraabend veranstalten. — Die Ortsgruppe Buer-Erle, die sich am 13. Mai an der großen Saar-Kundgebung der Ortsgruppe Gellertkirchen in großer Zahl beteiligt hatte, hielt noch am selben Abend eine Monatsversammlung im Vereinslokal Klaas in Buer-Erle ab. Vereinsführer Sulzbacher erstattete Bericht über die Sitzung der Saarvereinsvertreter vom 9. Mai im städtischen Saalbau Essen. Die Ortsgruppe betrauert das Hinscheiden ihres verdienstvollen Mitbegründers, des Herrn Heinrich Schuster, der im Alter von fast 63 Jahren am 26. Mai gestorben ist. — In Ulm fand sich die Ortsgruppe am 2. Juni im Bahnhofshotel zusammen. Der Ortsgruppenführer Lehnhoff begrüßte die Erschienenen und hielt dann einen längeren Vortrag über Frankreich und das Saargebiet. Er konnte in seinem Vortrag bereits auf die Entscheidung vom 1. Juni, abends, Bezug nehmen und gab seiner Freude über die endliche Festlegung des Abstimmungstermins

Ausdruck. Weiter betonte er, daß die Saarländer weiter arbeiten müßten und bis zur Rückgliederung des Saargebietes noch viele Schwierigkeiten zu überwinden hätten. Der größte Trumpf liege in der Bildung der Deutschen Front. Man könne annehmen, daß 95 Prozent trotz aller Schikanen für die Rückgliederung stimmen würden. Er mahnte die Anwesenden, vor allem nicht die Ruhe zu verlieren. Mitgeteilt wurde noch, daß die Stadtverwaltung Ulm eine Straße in der Neustadt nach der Saar benannt hat. — Die Württembergische Saarvereinigung, mit dem Sitz in Stuttgart, Landesgruppe des Bundes der Saarvereine, hat in letzter Zeit eine außerordentlich ruhige Tätigkeit für die Saarsache entfaltet. Sie hat im Laufe des Monats April und auch im Mai in vielen Orten Württembergs und Hohenzollern Saar-Kundgebungen veranstaltet. Der Zweck war, die ganze württembergische Bevölkerung davon zu überzeugen, daß sie in dem Endkampfe hinter dem Saarkampf stehen müsse. In den meisten Orten hatten sich einheimische Redner zur Verfügung gestellt. Stadt und Land wurden bis in die kleinsten Bezirke erfasst, so daß der Widerhall der Kundgebungen ein außerordentlich großer war. Bisher haben in mehr als 800 Orten Württembergs und Hohenzollerns Saar-Kundgebungen stattgefunden, in denen über 400 Redner gesprochen haben. — Die Württembergische Saarvereinigung hatte in den letzten Wochen mehrfach Besuch aus dem Saarlande, so u. a. den Hüttengelangsvereinen der vereinigten Vöpeliuschen und Wehelschen Glashütten „Eintracht-Lyra“ aus St. Ingbert und den Saarbrüder Lehrer-Gesangsverein. Eine besondere Ehrung bereitzte die Vereinigung dem scheidenden bisherigen zweiten Vorsitzenden Obersteuerinspektor Bur durch eine Abschiedskundgebung. Herr Bur ist beruflich nach Münster i. W. versetzt. Die Ortsgruppe bedauert außerordentlich seinen Weggang und widmete ihm nach einigen stimmungsvollen Musikstücken durch den 1. Vorsitzenden, Krufmann Julius Schellenberger Worte der Anerkennung und des Dankes für seine mühevollen und stets opferbereite Arbeit. Als äußeres Zeichen des Dankes wurden dem Scheidenden eine Radierung von Stuttgart überreicht. Herr Bur dankte mit bewegten Worten für die ihm in Worten und Taten dargebrachten Dankesbeweise und gab der Hoffnung auf den Sieg im Befreiungskampf für die deutsche Saar Ausdruck.

* **Neugründungen.** Am 1. Juni fand im Konzerthaus Beuthen OS. die Gründungsversammlung des Bundes der Saarvereine statt. Kreispropagandaleiter Heinrich begrüßte die Erschienenen. Darauf legte Ortsgruppenleiter Dr. Karlowa in einer kurzen Ansprache die Ziele und den Zweck des Bundes der Saarvereine dar. Kriminalassistent Mehler sprach über die rechtlichen Grundlagen der Abstimmungsberechtigung. Oberstudiendirektor Dr. Hadauf gab eine aufschlußreiche Schilderung seiner Eindrücke auf der großen Saarkundgebung in Mainz und Trier. Ein Männerchor der Liedertafel, unter Leitung von Lehrer Ullmann, brachte vaterländische Lieder zum Vortrag, die großen Beifall fanden. Mit einem dreifachen Sieg Heil auf den Reichspräsidenten und Generalfeldmarschall von Hindenburg und den Volkstanzler Adolf Hitler wurde der offizielle Teil geschlossen.

Neue Ortsgruppen wurden gegründet in: Grünstadt, Führer: Hermann Neu, Gefängnisverwalter, Grünstadt (Pfalz); Emden, Ostf., Führer: Oskar Kramer, Emden, Ostf., Grobstraße 5/6 I; Lauban, Schles., Führer: Studienrat Dr. Gold, Lauban, Schles., Kerkdorferstr. 5; Biedenkopf/L., Führer: Landrat Böniß, Biedenkopf/L.; Waldburg, Führer: Rechtsanwalt und Notar Dr. jur. J. W. Schallwig, Waldburg, Schles.; Rothenburg, Führer: Kantor Ernst Böhm, Rothenburg (Oberlausitz); Patzschlau (Oberlausitz), Führer: Philipp Brandenburger, Patzschlau (Oberlausitz); Landeshut (Schles.), Führer: Stadtoberinspektor Hoffer, Landeshut (Schles.); Merseburg, Stützpunkt der Ortsgruppe Halle a. S., Führer: Regierungsinspektor Ferdinand Mayer, Merseburg, Glanweg 11; Naumburg a. O., Führer: Alfred Rippen, Naumburg a. O., Markt 20; Hamm i. Westf., Führer: Ingenieur Sporleder, Hamm i. Westf., Feidischstr. 89.

* **100 Frauen von der Saar beim Führer.** Der Führer empfing in der Reichstanzlei 100 Frauen aus Bücklingen, die auf Einladung der NS-Frauenchaft Groß-Berlin in der Reichshauptstadt weilten. Die Führerin der Abordnung überreichte dem Reichstanzler eine prachtvolle Vase, mit einem Rosenstrauß. Die Vase ist von den Heimarbeitern in Badgassen hergestellt worden und war ein besonderer Gruß der NS-Frauenchaft dieses uralten Glaschleiferdörfchens. Abschließend erklärte der Führer, ganz Deutschland sehne mit ebenso heißem Herzen wie die Saarländer den Augenblick herbei, in dem das Saargebiet wieder dem deutschen Mutterlande angegliedert werde.

* **Der Saarbrüder Lehrer-Gesangsverein in Stuttgart.** Auf seiner Süddeutschlandsfahrt, die ihn nach Mannheim, Rüsselsheim und Nürnberg führte, machte der Saarbrüder Lehrer-Gesangsverein auch in Stuttgart Halt. In einem öffentlichen Saar-

Abend, der im Festsaal der Niederhalle von der Württ. Saarvereinigung und vom Stuttgarter Liederfranz veranstaltet wurde, gab der Saarbrücker Lehrergesangsverein einen Begriff davon, wie hoch das deutsche Lied, wie hoch die deutsche Kunst an der Saar im Kurse steht. Ueber das Saarproblem und über den Willen der Saarbevölkerung, durch die Abstimmung zu ihrem deutschen Heimatland zurückzukehren, sprach ein Redner aus den Reihen der Saarbrücker Lehrer. In fesselnden Ausführungen unterrichtete er die Versammlung über die verschiedenen Etappen der französischen Saarpolitik und über die Auswirkungen der französischen Kulturpolitik im Saargebiet. Diesen Bestrebungen entgegen steht der geschlossene Wille der Saarbevölkerung zur Rückgliederung in das deutsche Vaterland. Ein zweiter Redner sprach von den Eindrücken, die der Saarbrücker Lehrer-Gesangsverein auf seiner Süddeutschlandsfahrt gewonnen hat. Stürmisch verlangte die Versammlung das Saarländ, das als Treuebekenntnis durch den Saal brauste.

* **Saarländler in Peißenberg.** Die Marktgemeinde Peißenberg widmete den Pfingstsonntag ausschließlich der Saarbewegung. Der Empfang der 250 Saarländler gestaltete sich zu einer macht- und klangvollen Kundgebung, die einen Beweis echter deutscher Treue und Brüderlichkeit lieferte. Herr Steiger Spaniol begrüßte seine Landsleute als Ortsgruppenführer des Bundes der Saarvereine aufs herzlichste. Steiger Lederer sprach als 2. Bürgermeister der Gemeinde Peißenberg vom Herzen gehende Worte des Empfangs und erinnerte daran, daß er im Jahre 1919 selbst noch den Einzug der Franzosen in das Saarland und damit die Leiden einer fremden Besatzung miterlebt habe. Die Saarkundgebung selbst zeigte, daß das Verbundenheitsgefühl mit unseren Saarbrüdern in der Bevölkerung Peißenbergs feste Wurzel gefaßt hat. Herr Fahrsteiger Rösch aus Mittelbezach, der besonders den Hohenpeißenbergern kein Unbekannter ist, sprach als Saarländler und überbrachte

Grüße von der Saar und all denen, die leider keine Gelegenheit hatten, an der Kundgebung teilzunehmen. Er sprach von dem Lande, wo aus tiefen Schächten die von der Natur aufgespeicherten Energiequellen über Tag geschafft werden, wo Schlot an Schlot, Esse an Esse und Schachturm an Schachturm stehen, von dem schönen Stück deutscher Erde, reich an Schätzen, wo echte deutsche Herzen sich wieder nach der deutschen Heimat sehnen und mit Ungeduld den Tag erwarten, der ihnen die Befreiung bringt. Wiederum ergriff der Führer der Ortsgruppe Peißenberg des Bundes der Saarvereine das Wort und sprach von dem reichen Land, das uns die Franzosen mit gieriger Hand entreißen wollen und endete seine kraftvolle Rede mit den Worten Hitlers, daß weder das Reich ohne Saarland, noch das Saarland ohne das Deutsche Reich bestehen wollen. Sr.

Geheimrat Ewald Hilger feiert am 13. d. Mts. seinen 75. Geburtstag. Er ist durch seine langjährige Tätigkeit an der Saar und durch seinen Beruf als Bergbeamter mit seinem Herzen mit dem Saargebiet und seinem jetzigen Schicksal verbunden. Mit größter Aufmerksamkeit hat er alle Vorgänge verfolgt, die sich auf den Saarkampf beziehen. Er ist zahlreichen Rat und Hilfe suchenden Saardeutschen ein tatbereiter Helfer gewesen. Seine Persönlichkeit und seine Verdienste um das Saargebiet zu würdigen, dient die Sonderbeilage, die dieser Ausgabe beigegeben ist.

Briefkasten

Wir bestätigen mit herzlichem Dank den Eingang folgender freiwilliger Spenden: F. W. in C. 6 RM; J. Sch. in D. 3 RM; D. B. in S. 7 RM.

Was jeder von der Volksabstimmung im Saargebiet schon heute wissen muß.

Nach dem Versailler Vertrag soll über das endgültige Schicksal des Saargebiets die Saarbevölkerung selbst durch Volksabstimmung entscheiden.

Die Abstimmung soll Anfang 1935 erfolgen. Der genaue Zeitpunkt steht noch nicht fest. Er wird vermutlich etwa Mitte Januar 1935 liegen.

Abstimmungsberechtigt sind alle Personen beiderlei Geschlechts, die 1. am Abstimmungstage über 20 Jahre alt sind und 2. am Tage der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, d. h. am 28. Juni 1919 im Saargebiet gewohnt haben. Es kommt lediglich auf die Erfüllung dieser beiden Bedingungen an, weitere Bedingungen werden nicht gestellt. Es ist also nicht erforderlich, daß man im Saargebiet geboren ist oder am Abstimmungstage dort wohnt; auch auf den Besitz einer bestimmten Staatsangehörigkeit kommt es nicht an und ebenso wenig auf den Besitz der sogenannten Eigenschaft als „Saareinwohner“, die mit der Abstimmungsberechtigung nichts zutun hat. Das im Saargebiet vorhandene amtliche Material wie Meldeberegister, Stimmlisten, Hausstandslisten usw., das als Grundlage für die Feststellung der Abstimmungsberechtigten dienen kann, ist auf Anordnung des Völkerbundes bereits vor Jahren gesammelt und sichergestellt worden. Jedoch kann jedem, der am 28. Juni 1919 im Saargebiet gewohnt hat und inzwischen von dort verzogen ist, nur empfohlen werden, sich alle Urkunden und sonstigen Beweismittel, mit denen er seine Abstimmungsberechtigung nachweisen kann, sorgfältig aufzuheben.

Abgestimmt wird über folgende drei Fragen:

1. Beibehaltung der durch den Versailler Vertrag geschaffenen Rechtsordnung, 2. Vereinigung mit Frankreich, 3. Wiedervereinigung mit Deutschland. Das ist die Reihenfolge der Abstimmungsfragen nach dem Versailler Vertrag.

Selbstverständlich kommt nur die dritte Frage in Betracht. Die erste Abstimmungsfrage wird von der französischen Propaganda vielfach als Abstimmung für eine „Autonomie“, für ein „selbständiges Saargebiet“ bezeichnet. Dies ist ein Täuschungsmanöver. Nach dem klaren Wortlaut des Vertrags darf lediglich über die Beibehaltung der jetzigen Rechtsordnung abgestimmt werden. Diese Rechtsordnung ist aber das Gegenteil von staatlicher Selbständigkeit, denn die Saarbevölkerung regiert sich nicht selbst, sondern wird von einer in Genf ohne ihr Zutun ernannten Kommission regiert, außerdem werden die Kohlengruben von Frankreich betrieben, und zollrechtlich ist das Saargebiet an Frankreich angeschlossen. Will man also das, was der Versailler Vertrag bei der ersten Abstimmungsfrage meint, mit anderen Worten wiedergeben, so darf man nicht „Autonomie“ oder „Selbständigkeit“ sagen, sondern „Beibehaltung der Fremdherrschaft“.

Die Abstimmung erfolgt nach Gemeinden oder Bezirken. Ob die eine oder die andere Möglichkeit gewählt wird, ist noch unbestimmt, ebenso, was unter „Bezirken“ zu verstehen ist.

Die Vorbereitung und die Durchführung der Volksabstimmung liegt nicht in Händen der Regierungskommission, sondern des Völkerbundes. Der Völkerbund, und zwar der Völkerbundsrat, hat auch Bestimmungen über den Zeitpunkt und über die näheren Einzelheiten der Abstimmung zu treffen. Bei all diesen Bestimmungen hat er die allgemeine Richtlinie zu befolgen, daß eine freie, geheime und unbeeinflusste Stimmabgabe gesichert ist. Die Bestimmungen des Völkerbundes werden natürlich ausreichende Zeit vor der Abstimmung öffentlich bekanntgegeben werden.

Die Entscheidung über die Volksabstimmung trifft ebenfalls der Völkerbund nach Maßgabe des durch die Abstimmung ausgedrückten Willens der Stimmberechtigten. Es ist anzunehmen, daß diese Feststellung des Abstimmungsergebnisses nur ganz kurze Zeit in Anspruch nehmen wird.

Die Nr. 4 der „Saarheimatbilder“ liegt dieser Ausgabe bei.

Regelmäßige Zusammentünfte der Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine

Ortsgruppe Berlin. Jeden ersten Donnerstag im Monat im Restaurant „Zum Franziskaner“ im Stadtbahnbogen Friedrichstraße (Altdeutscher Saal), abends 8½ Uhr.

Ortsgruppe Bielefeld. Jeden letzten Samstag im Monat, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal „Erholung“, Papenmarkt.

Ortsgruppe Bochum. Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 5 Uhr, im Vereinslokal Gasthaus Ohligschläger, Bochum, Hattinger Straße 103.

Ortsgruppe Bottrop. Jeden zweiten Sonntag im Monat Versammlung im Vereinslokal Mainz (Storp), nachmittags 5 Uhr.

Ortsgruppe Buer. Monatsversammlung stets am ersten Sonntag nach dem 13., um 5 Uhr nachmittags, in der Wirtschaft Man, Dorstener Straße.

Ortsgruppe Buer-Erle. Jeden dritten Sonntag im Monat im Restaurant „Kaiserhof“, Buer-Erle, Bismarckstraße 178, nachm. 5 Uhr.

Ortsgruppe Castrop-Rauel-Nord 2. Jeden zweiten Sonntag im Monat im Vereinslokal Budde, Adolf Hitlerstraße.

Ortsgruppe Castrop-Rauel-Süd. Jeden zweiten Sonntag im Monat bei Werner Altheide, Holzstr. 55.

Ortsgruppe Datteln. Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 4 Uhr im Lokal Börner (Gasthaus zur Post).

Ortsgruppe Dinslaken. Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8 Uhr, abwechselnd im NSBO-Heim (Zum Fürsten Bismarck) und beim Landsmann Rau.

Ortsgruppe Dortmund. Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 5 Uhr bei Berghoff, Körnerplatz.

Ortsgruppe Duisburg. Jeden zweiten Sonntag im Monat in der Bürgergesellschaft „Union“, Duisburg, Josephsplatz 3, abends 8 Uhr.

Ortsgruppe Düsseldorf. Jeden zweiten Samstag im Monat (bzw. durch bes. Rundschreiben) im Restaurant „Rheinhof“, Kasernenstraße 29 (bei Landsmann Wagner), abends 8½ Uhr.

Ortsgruppe Erkenschwid i. W. Jeden zweiten Sonntag im Lokal von Herrn Anton Hundrop.

Ortsgruppe Erfurt. Jeden zweiten Dienstag im Monat 20.15 Uhr im Hotel „Fürst Bismarck“, Erfurt, Reglering Nr. 6.

Ortsgruppe Gelsenkirchen. Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 5 Uhr, im Bahnhof-Hotel Gelsenkirchen, gegenüber dem Hauptbahnhof.

Ortsgruppe Gelsenkirchen-Horst. Jeden ersten Sonntag im Monat im Vereinslokal Heinrich Dehler, Horst-E., Am alten Amtshaus.

Ortsgruppe Hagen. Jeden zweiten Donnerstag im Monat im Vereinslokal „Deutscher Krug“, Körnerstraße.

Ortsgruppe Halle. Jeden zweiten Donnerstag im Monat, 20 Uhr 30 Min., im „Koburger Hofbräu“, Kaulenberg.

Ortsgruppe Hamburg. Jeden dritten Dienstag im Monat, abends 8 Uhr, im Rheinischen Hof, Hamburg, Holzdamm 51.

Ortsgruppe Hannover. Jeden zweiten Mittwoch im Monat, 20½ Uhr, im Restaurant Ferd. Steg, Haltenhoffstraße 22.

Ortsgruppe Herne. Jeden Donnerstag, 8 Uhr, Ritterschenke, E. Biermann, Bahnhofstraße 128.

Ortsgruppe Heilbronn. Jeden zweiten Samstag im Monat im „Fürstenberger Hof“ in der Deutschhofstraße bei Herrn Stirn.

Ortsgruppe Herve-Dorsten. Jeden zweiten Sonntag im Monat, 15 Uhr, Westfalenhalle.

Ortsgruppe Homberg. Jeden ersten Sonntag im Monat im Vereinslokal Restauration „Zur Post“, Inh. Heinrich Friedrichs, Mörlersstraße, Hochheide, um 16 Uhr.

Ortsgruppe Karlsruhe. Jeden ersten Mittwoch im Monat im Lokal zum „Prinzen Karl“, Ede Zirkel- u. Lammstraße, abends 8½ Uhr.

Ortsgruppe Köln. Jeden ersten Mittwoch im Monat, Rudolfssaal, Inh. Heinrich Feith, Hahnenstr. 36.

Ortsgruppe Lübeck. Jeden dritten Montag in jedem Monat, 8 Uhr abends, im Kulmbacher Bierhaus, Fleischhauerstraße 16.

Ortsgruppe Mainz. Jeden ersten Mittwoch im Monat in der Gaststätte am Kaiserfor, Rhein-Allee 2, abends 8.30 Uhr.

Ortsgruppe Mörs-Meerbed. Jeden vierten Sonntag im Monat, nachm. 4 Uhr, im Lokal von Hendriks (früher Hüsten), Meerbed, Bismarckstraße.

Ortsgruppe Mülheim. Jeden zweiten Samstag im Monat im Hotel „Rheinischer Hof“, Hindenburgstraße 162, Am Hauptbahnhof.

Ortsgruppe Münster i. W. Jeden zweiten Samstag im Monat von abends 20½ Uhr an im Mathäuserbräu, Münster, Roggenmarkt 16—17.

Ortsgruppe Neuf. Jeden zweiten Donnerstag im Monat im Junfthause Neuf.

Ortsgruppe Nürnberg. Jeden zweiten Mittwoch im Monat Nürnberg-A., „Coburger Hof“, Hallplatz 7, abends 8 Uhr.

Ortsgruppe Oberhausen. Jeden vierten Sonntag im Monat in der Gastwirtschaft „Im Krug“, Eduard Tenge, Oberhausen, Markt 5.

Ortsgruppe Osnabrück. Jeden ersten Mittwoch im Monat im Hotel Bayerischer Hof (Stadtschänke), Adolf-Hitler-Platz, 8½ Uhr abends.

Ortsgruppe Reddinghausen. Jeden ersten Donnerstag im Monat, abends von 7 Uhr ab, im Lokal „Zum Drübbelken“, Münsterstraße.

Ortsgruppe Rheinhafen. Jeden letzten Sonntag im Monat, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Portmann, Deichstraße 109.

Ortsgruppe Sobernheim (Nahe). Monatsversammlung jeden ersten Samstag im Monat im Hotel Caesar (Schuler), Untere Adolf-Hitler-Str., 3.30 Uhr.

Ortsgruppe Stettin. Jeden zweiten Mittwoch des Monats im Restaurant „Zum Landsknecht“, Birkenallee, Grabower Straße.

Ortsgruppe Stuttgart. Jeden ersten Montag im Monat im Restaurant Schwalb, Stuttgart, Charlottenplatz 3.

Ortsgruppe Walldarlesheim. Jeden ersten Sonntag im Monat im Vereinslokale Lindenschänke (Saar-schänke), Inh. Frau Karola Weinanz.

Ortsgruppe Wanne-Eidel. Jeden zweiten Sonntag im Monat im Gasthause Anton Altmeier, Wanne-Eidel, Hindenburgstraße 20.

Ortsgruppe Wattencheid. Jeden ersten Sonntag im Monat im Lokal Josef Meyer (Zentralhof), Oststraße 19, nachmittags 5 Uhr.

Ortsgruppe Wiesbaden. Jeden zweiten Donnerstag im Monat, 8 Uhr abends, im Restaurant „Lebe-Verein“, Luisenstraße. Ferner Stammtisch: Altdeutsche Weinstube, Luisenstraße, Hotel Union, Neugasse.

Ortsgruppe Wilhelmshaven-Rüstringen. Jeden ersten Montag im Monat, abends 8.30 Uhr, im Kurpark Wilhelmshaven.

Ortsgruppe Wuppertal. Jeden zweiten Mittwoch im Monat im Vereinshaus Elberfeld, Kasinostraße 1. Weitere Ergänzungen werden erbeten!

Gegründet 1920 von Verwaltungsdirektor Th. Vogel-Berlin.

Erscheint monatlich zweimal: am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder“. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW 11, Stresemannstraße 42. Fernsprech-Anschluss: Amt Bergmann 3243. — Bezugspreis monatlich 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW 7, Nr. 66 536, oder auf Deutsche Bank. Depositionskasse O. Berlin SW 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten. — Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Pösel, Berlin-Lichterfelde. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11, Stresemannstraße 42. — Druck: Deutsche Zentraldruckerei A.-G., Berlin SW 11. — Auflage 3650.

Das Bücherangebot

der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11, Stresemann-Straße 42

Bestellungen bitten wir unmittelbar an die Verlagsanstalten zu richten, wo solche nicht angegeben, an uns.

1. Politisches.

	RM.
Deutsch die Saar immerdar — Helft die deutsche Saar befreien. Ein Merkblatt mit 63 Bildern in Kupfer- tiefdruck und der Karte des Saargebiets von Th. Vogel, Berlin	1,—
Das deutsche Saargebiet. Vom deutschen Schicksal an der deutschen Saar, von Th. Vogel	0,50
Rettet das Saarland, von Stegemann	0,50
Grundlagen des Rechts im Saargebiet, von D. Andres Das Saarknappschäftsgeleß, von M. Rarius	4,— 0,50
Frankreichs Fundamentalirrtum im Saargebiet, von J. M. Goergen	1,50
Grundfragen der Volksabstimmung im Saargebiet, von Gerichtssass. Dr. jur. Curt Groten, St. Wendel (Saar)	0,20
Die Bedeutung des Wohnsitzbegriffes für die Volks- abstimmung im Saargebiet, von Gerichtssassessor Dr. jur. Curt Groten, St. Wendel (Saargebiet)	0,20
Die Volksabstimmung im Saargebiet 1935, allgemein- verständlich bearbeitet von Dr. jur. Curt Groten, St. Wendel (Hausen Verlags-G.m.b.H., Saarlouis)	0,35
Die Entstehungsgeschichte des Saarkartuts, von Dr. jur. Curt Groten. Hausen Verlags-G.m.b.H., Saarlouis	0,45
Wirtschaftskunde des Saargebietes, von Dr. Walther Cartellieri. Hausen Verlags-G.m.b.H., Saarlouis. Mit einer Uebersichtskarte und zwei Schaubildern	0,65
Saarpresse im Kampf gegen Frankreichs Propaganda 1918—1925, von Dr. phil. Eugen Wagner	3,30
Stimmen der Saar zum Befreiungskampf der Saar- deutschen. Von Dr. S. A. Delges. Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G.	0,50
„Der Kampf um die Saar“, von Dr. Adolf Müller. Philipp Reclam jun., Leipzig	0,35
Die Saarlüge, von Rechtsanwalt und Notar Giers- berg	unentgeltl.
Als Vortragsmaterial zwei fertig ausgearbeitete Vorträge: a) Das deutsche Saargebiet, von Senatspräsident Andres-Naumburg	unentgeltl.
b) Das Saargebiet, Vortragsmaterial d. Geschäfts- stelle „Saar-Verein“, Berlin	unentgeltl.

2. Geschichtliches.

Geschichte des Saargebiets, von Professor Ruppertsberg	10,—
Geschichte des Kreises Merzig, von Schulrat Kell, Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G.	6,—
Chronik von Friedrichsthal-Bildstock, von Oberlehrer W. Schäking, Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G.	5,—
Denkschrift der Stadt Saarlouis, von Bürgermeister Dr. Paz (Hausen-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Saar- Louis)	9,—
Geschichte der Abtei Fraulautern, von R. Rud. Rehaneß, Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G.	2,—
Das Hambach-Buch für Saar und Pfalz. Deutsch- lands Wiedergeburt 1832—1932, von Prof. Dr. Albert Becker. (Verlag der „Saarbrücker Landes- Zeitung“)	2,—
Durch zwei Jahrtausende saarländischer Verkehrs- geschichte, von H. J. Becker. (Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G.)	5,—
Saarlouis-Roden im Wandel der Jahrhunderte, von Dr. Delges. (Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G.)	3,—

3. Bilderwerke und Geographisches.

Das schöne Land an der Saar, von Reuth, Direktor des Saarheimatmuseums. 2. Folge	5,—
Ein Königsgrab an der Saar, oder die Klausz zu Castell, 72 Seiten, 30 Bilder, zu beziehen vom Ver- fasser R. Laßas, Trier, Speest. 10. Vorzugs- Preis für die Mitglieder des Saarvereins	0,50

RM.

„Unsere Heimat“ (20 Bilder in Größe 18/24 mit einem Vorwort)	
Die Saarpfalz, eine Bildermappe v. Max Wenß	4,20
„Die deutsche Saar“, Bildermappe, 12 ausgewählte Photos aus dem Saargebiet und das Saarländ. Bündel und rechts der Saarbahnen. Ein Reisebuch von Schriftleiter Hugo Hagn, 288 Seiten mit 105 Bil- dern. (Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G.)	1,—
Paddelfahrten im Westen, von R. Rud. Rehaneß. (Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G.)	2,—
Die Späherer Höhen, von H. Hagn. (Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G.)	0,50

4. Schöne Literatur und Allgemeines.

Das Saargebiet, seine Struktur, seine Probleme, von Professor Dr. Kloevelorn	15,—
Saarländische Volkskunde, von Dr. Jox	6,—
Wörterbuch der Mundart des Saarbrücker Landes, von F. Schön, Mitteilungen des Historischen Ver- eins für die Saargegend, Saarbrücken, Heft 17, 2. Aufl., Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G.	0,70
Wörterbuch der saarländischen Mundarten, von E. u. A. Lehnert, Saarlouis, Hausen-Verlag	0,70
Die Sagen des Saarbrücker und Völkensfelder Landes, von R. Lohmeyer, Saarbrücken, Hofer	
„Das deutsche Herz“, hist. Drama aus Saarbrückens Vergangenheit (1815), von Fr. Schön. Zu beziehen von Gebr. Hofer A.-G., Saarbrücken	1,—
Deutsches Heldentum an der Saar. Zwei Novellen aus Saarbrückens Vergangenheit v. Friedr. Schön	1,—
Unser schön freilich Saar. Gedichte in Saarbrücker Mundart (Gebr. Hofer, A.-G., Verlagsanstalt, Saarbrücken)	2,—
Zwischen Welt und Wäldern, von J. Kirschweg. (Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G.)	2,50
Saarmacht, Sprechstunde für den deutschen Kampf an der Saar, von Theo Jörg. Erschienen im Hausen- Verlag, Saarlouis. Einzelpreis	0,30
Die habgierige Marianne. Eine Dorfgeschichte von Wilhelm Kleber	1,80
Das Herz der Saar. Ein Treuspiel von Not und Leid. Von H. M. Luz. Saarbrücker Druckerei und Ver- lagsgesellschaft	
„Samor aus der rheinischen Besatzungszeit 1918 bis 1930“, von Laßas. (Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G.)	1,—
„Wiße und Späße vom Fischeßers Maathes“ in einem Band. (Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G.)	1,—

5. Lieder.

Saarländischer-Buch des Bundes der Saarvereine	0,30
„Deutsch ist die Saar“, von H. M. Luz, Verlag Strohmayr, Saarbrücken, mit Klavierbegleitung	1,—
„Saarvölk singt“, Lieder und Gedichte für den Saar- kampf. Kleine Ausgabe. Gebr. Hofer, Saarbrücken I	0,30
Kinderlieder und -spiele des Saarbrücker Landes, von F. Schön, Buchhandlung Bock und Seip in Saarbrücken	1,20
Volkslieder von der Mosel und Saar, von C. Köhler, M. Diesterweg, Frankfurt/Main	0,90
Werbepostkarten (einfarbig) 100 Stück	3,—
dto. vierf. Druck (Winterbergdenkmal und Wappen aus dem Saargebiet) pro Stück	0,10
Werbepostkarte, 48 x 72 cm, „Hände weg vom deutschen Saargebiet“, „Schwurhand mit Winterbergdenk- mal“ Einzelpreis	0,25
von 20 Stück an	0,18

Leset und verbreitet

die von der Geschäftsstelle „Saar-
Verein“ herausgegebene Halb-
monatsschrift

„SAAR- FREUND“

Bestellungen nimmt jede Post-
anstalt entgegen. — Der Bezugs-
preis beträgt vierteljährl. 1,50 RM

Alle Zuschriften für den „Saar-
Freund“ sind zu richten an:

Geschäftsstelle „Saar-Verein“
Berlin SW 11, Stresemannstrasse 42

Jeder Deutsche

muß

Mitglied des Bundes der Saarvereine

sein!

Anmeldungen sind zu richten an
die Geschäftsstelle „Saar-Verein“,
Berlin SW 11, Stresemannstraße 42,
oder an den Führer des Bundes der
Saarvereine, Koblenz, Schloßstraße 45

Gebr. Sinn

„ZUR LANDSKRONE“

Saarbrücken

SEIT 1878 IM FAMILIENBESITZ

„Deutsch die Saar immerdar.“

Helft die deutsche Saar befreien!

28 ganzseitige

50 halbseitige

Bilder aus dem Saargebiet

150 Seiten stark

RM. 1.—

Bestellungen nur bei der Geschäftsstelle „Saar-Verein“,
Berlin SW 11, Stresemannstraße 42

Jeder muß die Druckschrift lesen!